



Zensus 2011

Erste Ergebnisse für das Land Bremen

Zensus 2011

Erste Ergebnisse für das Land Bremen

ISSN 0175 - 7350

Herausgeber Statistisches Landesamt Bremen

Redaktion Referat 25 Zensus 2011

Gestaltung Trageser GmbH, Bremen
Statistisches Landesamt Bremen

Satz und Druck Statistisches Landesamt Bremen

Fotonachweis BTZ Bremer Touristik-Zentrale (www.bremen-tourismus.de)
Schlachte Marketing und Service Verband (www.schlachte.de)

Bezug Gedruckte Ausgabe:
Statistisches Landesamt Bremen
An der Weide 14-16
28195 Bremen
Telefon: +49 421 361-6070
E-Mail: info@statistik.bremen.de
Download der pdf-Datei unter:
www.statistik.bremen.de

Erschienen im Dezember 2013

© Statistisches Landesamt Bremen, Bremen, Dezember 2013
Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Vorwort

Nachdem im Mai 2013 bundesweit erste Ergebnisse des Zensus 2011 veröffentlicht wurden, legt das Statistische Landesamt Bremen mit dem vorliegenden Band weitere Ergebnisse dieser Großzählung vor.

Der Zensus 2011 ist mit keiner vorangegangenen Zählung zu vergleichen. Während frühere Großzählungen grundsätzlich als Totalerhebungen durchgeführt wurden, betrat die amtliche Statistik mit dem Zensus 2011 sowohl in methodischer als auch in organisatorischer Sicht Neuland. Hintergrund für diese Neuorientierung war nicht zuletzt die Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts an den Gesetzgeber in seinem Volkszählungsurteil von 1983, sich vor zukünftigen Totalerhebungen mit dem jeweiligen Stand der statistischen Methodendiskussion auseinanderzusetzen. Insbesondere sollen Methoden zur Gewinnung statistischer Daten geprüft werden, die eine Entlastung der Bevölkerung zur Folge haben. Während bei der letzten Großzählung, der Volkszählung 1987, ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger Auskunft geben mussten, wurden 2011 im Rahmen der Haushaltebefragung bundesweit weniger als 10 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner befragt.

Im Land Bremen betrug der Auswahlsatz sogar nur 4,3 Prozent, das waren weniger als 30 000 Personen – bei mindestens gleichbleibendem Qualitätsanspruch im Vergleich zu früheren Zählungen. Vollständig erhoben wurden im Rahmen des Zensus 2011 lediglich die Eigentümerinnen und Eigentümer von Gebäuden und Wohnungen. Zusammen kam also nur rund ein Drittel der Bevölkerung mit der Befragung unmittelbar in Berührung.

Neben zwei einführenden Aufsätzen zur Datenbasis des Zensus, zum Veröffentlichungsplan und zur Einwohnerzahlermittlung sowie einer Darstellung der Gebäude- und Wohnungszählung steht im vorliegenden Heft der Vergleich im Mittelpunkt. Das Land Bremen wird den anderen Ländern und dem Bund gegenübergestellt, die Stadt Bremen den anderen Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und die Stadt Bremerhaven ausgewählten Städten Norddeutschlands. Zu einigen Merkmalen werden schließlich Bremerhaven und die Stadt Bremen verglichen. Das Heft wird abgerundet durch eine Darstellung des Veröffentlichungsprogramms sowie zu den Möglichkeiten zur kleinräumigen Analyse der Zensusdaten.

Die dargestellten Ergebnisse bieten bereits einen umfassenden Einblick in die aktuelle Struktur der Bevölkerung und der Gebäude und Wohnungen im Land Bremen. Zugleich liefern sie einen guten Ausblick auf das Frühjahr 2014: dann werden die Ergebnisse der sogenannten Haushaltegenerierung vorliegen. Aus der Verknüpfung der Bevölkerungszählung mit den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung werden weitere Erkenntnisse zu den Lebens- und Wohnverhältnissen der Bevölkerung ermittelt.

Bremen, im Dezember 2013.



Jürgen Wayand
Leiter des Statistischen Landesamtes Bremen

Abkürzungen

AGR	Anschriften- und Gebäuderegister
BA	Bundesagentur für Arbeit
BGBI.	Bundesgesetzblatt
Brem. GBl.	Bremisches Gesetzblatt
BStatG	Bundesstatistikgesetz
GAB	Georeferenzierte Adressdaten – Bund
GIS	Geographisches Informationssystem
GWZ	Gebäude- und Wohnungszählung
ILO	International Labour Organisation
MR	Daten der Melderegister
MR 2008	Daten der Melderegister zum Stand 1. April 2008
MR 2010	Daten der Melderegister zum Stand 1. April 2010
MR.05	Daten der Melderegister zum Stand 1. November 2010
MR.1	Daten der Melderegister zum Stand 9. Mai 2011
MR.2	Daten der Melderegister zum Stand 9. August 2011
OECD	The Organisation for Economic Co-operation and Development
SAFE	„Sichere Anonymisierung für Einzeldaten“ – Verfahren zur Geheimhaltung und Anonymisierung statistischer Einzelangaben
SAR	Sonderanschriftenregister
VZ	Volkszählung
ZensAG	Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 (Zensusausführungsgesetz)
ZensG 2011	Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahre 2011 (Zensusgesetz 2011)
ZensVorbG 2011	Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (Zensusvorbereitungsgesetz)

Niels Winkler

Zensus 2011 – Erste Ergebnisse für das Land Bremen

Vorbemerkung

Am 31. Mai 2013 wurden die ersten Ergebnisse des Zensus 2011 veröffentlicht. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben zeitgleich die durch den Zensus festgestellten neuen Einwohnerzahlen und auch Angaben zur Bevölkerungsstruktur sowie zu den Gebäude- und Wohnungsbeständen am Zählungstichtag bekannt gegeben. Grundlage bilden die zum Zensusstichtag, dem 9. Mai 2011, erhobenen Daten zur Bevölkerung sowie zu Gebäuden und Wohnungen. Im Folgenden wird über das Veröffentlichungsspektrum, die Methodik zur Ermittlung der durch den Zensus festgestellten neuen Einwohnerzahlen und das formale Verfahren der Einwohnerzahlenfeststellung informiert.

1 Umfangreiche Datenbasis des Zensus 2011

Zum Stichtag am 9. Mai 2011 wurde in Deutschland erstmals eine registergestützte Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt.

Ein zentrales Ziel des Zensus 2011 war die Feststellung von neuen amtlichen Einwohnerzahlen für Bund, Länder und Gemeinden. Diese fließen unmittelbar als Basis in die Fortschreibung der Bevölkerungszahlen ein.

Die durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder festgestellten Einwohnerzahlen sind auf der Bundesebene eine zentrale Bemessungsgröße, unter anderem für die Verteilung der Länderstimmen im Bundesrat, für die Beteiligung der Länder am Umsatzsteueraufkommen, für den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern oder für die Einteilung der Wahlkreise, z. B. für die Bundestagswahl.

Neben den amtlichen Einwohnerzahlen ist im Rahmen des Zensus 2011 eine Vielzahl von Strukturdaten sowohl zur Bevölkerung

als auch über die Gebäude- und Wohnungsbestände erhoben worden. Diese bilden eine Grundlage für viele bevölkerungs-, sozial-, wirtschafts-, verkehrs- und arbeitsmarktpolitische Entscheidungsprozesse. Aus den Ergebnissen des Zensus 2011 lässt sich ableiten, welche Bevölkerungsgruppen, differenziert nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Familienstand, Religionszugehörigkeit und/oder Erwerbsstatus, leben. Die Gebäude- und Wohnungszählung bietet zudem Aufschluss über die lokalen Wohnungsleerstände sowie regional differenzierte Ergebnisse, beispielsweise zur durchschnittlichen Anzahl an Wohnungen je Wohngebäude, zur durchschnittlichen Wohnungsgröße sowie zum Anteil selbst genutzten bzw. zu Wohnzwecken vermieteten Wohneigentums.

Der Zensus 2011 liefert somit Strukturdaten über die Bevölkerung sowie der Gebäude und Wohnungen für viele politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Interessensgruppen.

Einwohnerzahlen als zentrale Bemessungsgrößen

Differenzierte Strukturdaten für vielfältige Zwecke

2 Veröffentlichung der Zensusergebnisse erfolgt in zwei Phasen

Die Ergebnisse des Zensus 2011 werden an zwei Veröffentlichungsterminen bekannt gegeben. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass die vollständige Aufbereitung inklusive Zusammenführung der Daten der Bevölkerungs- sowie der Gebäude- und Wohnungszählung erst im Frühjahr 2014 endgültig abgeschlossen ist.

Seit dem 31. Mai 2013 liegen folgende Ergebnisse vor:

- › neue Einwohnerzahlen für Bund, Länder und Gemeinden sowie
- › Strukturdaten auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene zu den Themenbereichen:
 - › Bevölkerung, u. a. nach Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit oder Erwerbsstatus der Personen,
 - › Gebäude und Wohnungsbestand, u. a. nach Gebäudeart, Baujahr, Größe, Eigentumsverhältnissen oder Wohnungsleerstand.

Die Ergebnisse stehen der Öffentlichkeit bundesweit in folgender Form zur Verfügung:

- › Tabellensammlungen (sogenannte Gemeindeblätter) für alle Gemeinden sowie auch für Bund, Länder und Kreise als gedrucktes Heft bzw. als pdf-Datei,
- › Zensusdatenbank auf www.zensus2011.de mit aufbereiteten Tabellen für alle regionalen Einheiten.

Sowohl für die beiden bremischen Stadtgemeinden als auch auf Landesebene gibt es entsprechende Tabellensammlungen. Zudem stehen im „Bremen Zensus Infosystem“ alle bremischen Ergebnisse des Zensus 2011 online unter www.zensus.bremen.de aufbereitet für die Öffentlichkeit bereit.

Für den zweiten Veröffentlichungstermin werden im Rahmen der sogenannten Haushaltgenerierung die Ergebnisse der Bevölkerungszählung mit den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung verknüpft und dabei Informationen zu Haushaltszusammenhängen und zur Gebäude- und Wohnungsnutzung zum Zensusstichtag, dem 9. Mai 2011, ermittelt. Im Rahmen der Haushaltgenerierung erfolgt dar-

über hinaus bei der Zusammenführung der Datenbestände auch eine abschließende Plausibilisierung sowohl der Bevölkerungs- als auch der Gebäude- und Wohnungsdaten.

Zum Zweitveröffentlichungstermin im Frühjahr 2014 stehen somit Daten

- › zur abschließend festgestellten demografischen Struktur der Bevölkerung,
- › zu den abschließenden Gebäude- und Wohnungsbeständen sowie
- › zu Haushaltszusammenhängen und zur Wohnungsnutzung

für Auswertungen zur Verfügung. Diese Daten, mit ihren vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten, werden ab Mitte 2014 für Bremen auch auf kleinräumiger Ebene für untergemeindliche Auswertungen verfügbar sein. Neben den öffentlich zugänglichen Daten erstellt das Statistische Landesamt Bremen auf Anfrage auch Sonderauswertungen zu spezifischen Fragestellungen.

Bei der Interpretation der Ergebnisse aus dem Zensus ist grundsätzlich zu beachten, dass die durch den Zensus festgestellten neuen Einwohnerzahlen des Bundes, der Länder und der Gemeinden unverändert so veröffentlicht werden, wie sie im Rahmen des nachstehend beschriebenen Verfahrens ermittelt wurden. Alle Strukturdaten zur Bevölkerung sowie zu Gebäuden und Wohnungen durchlaufen jedoch vor der Veröffentlichung eine automatisierte Geheimhaltungsprozedur, bei der die erhobenen Individualdaten leicht verändert werden. Bei der Interpretation der Einzelergebnisse ist somit zu beachten, dass leichte Abweichungen zwischen der Zahl der tatsächlich im Rahmen des Zensus beobachteten und den in Ergebnistabellen ausgewiesenen Fallzahlen auftreten können. Diese Veränderungen gleichen sich „unter dem Strich“ aus und schränken die Verwertbarkeit der Ergebnisse nicht ein. Bei der Auswertung von Daten unterhalb der Gemeindeebene sind geringfügige Unschärfen in den Ergebnissen allerdings nicht auszuschließen. Jedoch ist für statistische Analysen und die darauf aufbauenden Schlussfolgerungen für Planungen und Entscheidungen nicht der Einzelfall entscheidend, sondern es kommt auf belastbare strukturelle Angaben für zusammenhängende Einheiten an. Durch die Anwendung der Geheimhaltungsprozedur wird gewährleistet, dass das vom

Veröffentlichung erster Ergebnisse am 31. Mai 2013

Geheimhaltung persönlicher Daten

Abschließend aufbereitete Daten liegen im Frühjahr 2014 vor

Bundesgesetzgeber in § 16 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565) (BStatG) verordnete Statistikgeheimnis gewahrt wird. Es werden seitens der Statistischen Ämter keine Ergebnisse veröffentlicht, die Rückschlüsse auf einzelne Personen zulassen könnten.

3 Methodik der Einwohnerzahlenermittlung im Zensus 2011

Der Schwerpunkt des Veröffentlichungsspektrums zum Erstveröffentlichungstermin ist die Bekanntgabe der mit Stand vom 9. Mai 2011 ermittelten amtlichen Einwohnerzahlen sowie deren Fortschreibungen zum 31. 12. 2011. Das bundesweit einheitliche Verfahren wird im Folgenden am Beispiel des Landes Bremen kurz erläutert.

Die Einwohnerzahlen sind auf der Grundlage von § 1 Abs. 3 Nr. 1 des ZensG 2011 in Verbindung mit § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 vom 5. Oktober 2010 (Brem. GBl. 2010, S. 505) (ZensAG) durch das Statistische Landesamt Bremen festzustellen.

Die amtliche Einwohnerzahl einer Gemeinde ergibt sich nach § 2 Abs. 2 ZensG 2011 aus der Gesamtzahl der Personen, die dort ihren üblichen Aufenthaltsort haben. Der übliche Aufenthaltsort ist dabei der Ort, an dem die Betroffenen nach den melderechtlichen Vorschriften mit ihrer alleinigen Wohnung oder mit ihrer Hauptwohnung gemeldet sein sollten.

Die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahlen in der beschriebenen Abgrenzung erfolgte bundeseinheitlich auf der Grundlage der hierfür maßgeblichen Vorschriften im Zensusvorbereitungsgesetz 2011 vom 8. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2808) (ZensVorbG 2011), im ZensG 2011, in der Verordnung über Verfahren und Umfang der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis zum Zensusgesetz 2011 vom 25. Juni 2010 (BGBl. I S. 830) sowie im ZensAG.

Die Ausgangsbasis für die Ermittlung der Einwohnerzahlen der Gemeinden bildeten die Personendatensätze in der nach § 3 Abs. 1 ZensG 2011 vorgegebenen Form, die die Meldebehörden dem Statistischen Landesamt Bremen nach § 3 Abs. 2 ZensG 2011 übermittelt haben.

Die Einwohnerzahlen ergeben sich allerdings nicht durch eine einfache Auszählung der gelieferten Angaben aus den Melderegistern. Im

Zensusgesetz 2011 sind vielmehr eine Reihe von Korrekturmaßnahmen vorgesehen, auf deren Grundlage die Qualität der festzustellenden Ergebnisse nach einem bundeseinheitlichen Verfahren abgesichert wurde. Bei diesen Maßnahmen wurde zwischen zwei Anschriftenkategorien unterschieden:

- › „Anschriften mit Sonderbereichen“: Hierbei handelt es sich um Gemeinschafts-, Anstalts- und Notunterkünfte, Wohnheime und ähnliche Unterkünfte. Unter Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften sind dabei Einrichtungen zu verstehen, die der in der Regel längerfristigen Unterbringung und Versorgung von Personen mit einem spezifischen Unterbringungsbedarf dienen (§ 2 Abs. 5 ZensG 2011). Zu den Sonderbereichen zählen beispielsweise Studentenwohnheime, Klöster und Justizvollzugsanstalten.
- › „Normalanschriften“: Hierbei handelt es sich um sämtliche potenziellen Wohnanschriften, an denen sich keine Sonderbereiche befinden.

Melderegisterdaten bilden Basis

Erhebung an Sonderbereichen

In diesen beiden Anschriftenkategorien wurden die nachfolgend dargestellten ergänzenden Korrekturverfahren eingesetzt, um Über- und Untererfassungen in den Angaben aus den Melderegistern für die Feststellung der neuen Einwohnerzahlen im Rahmen des Zensus 2011 statistisch zu erfassen. Dabei ist zu beachten, dass die Korrekturen ausschließlich der Ermittlung der Einwohnerzahlen dienen. Eine Rückmeldung an die Melderegister ist durch das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil von 1983 mit dem sogenannten „Rückspielverbot“ untersagt worden und somit nicht zulässig.

An den oben angeführten Anschriften mit Sonderbereichen erfolgte nach § 8 Abs. 1 ZensG 2011 eine Vollerhebung. An diesen Sonderanschriften wurde dabei unmittelbar erhoben, welche Personen dort am Zensusstichtag wohnhaft waren. Da eine Unterbringung an einer Sonderanschrift nicht bedeutet, dass eine Person keinen weiteren Wohnsitz hat, schloss sich an die Vor-Ort-Erhebung eine Mehrfachfalluntersuchung nach § 8 Abs. 2 ZensG 2011 an. Dabei wurde überprüft, ob die betreffenden Personen zusätzlich an einer anderen Anschrift in Deutschland gemeldet waren. In diesem Fall war festzulegen, welche Anschrift als Hauptwohnsitz und welche Anschrift als Nebenwohnsitz anzunehmen ist.

Hierzu erfolgte auf der Basis der nach § 8 Abs. 1 ZensG 2011 erhobenen Identifikationsmerkmale die sogenannte Wohnstatusfeststellung. Bei dieser Wohnstatusfeststellung wurde seitens des Statistischen Bundesamtes ein objektiver Einwohnerbegriff verwendet, dem folgende Regel des § 12 in Verbindung mit § 15 Abs. 2 Melderechtsrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. April 2002 (BGBl. I S. 1342) (MRRG) zugrunde liegt:

- › Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung (bei Aufenthalt ab sechs Monaten an der Sonderanschrift),
- › Hauptwohnung eines verheirateten oder eine Lebenspartnerschaft führenden Einwohners, der nicht dauernd getrennt lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie oder der Lebenspartner (in der Regel die Wohnung außerhalb der Sonderanschrift),
- › Hauptwohnung eines minderjährigen Einwohners ist die Wohnung der Personensorgeberechtigten (in der Regel die Wohnung außerhalb der Sonderanschrift).

Mehrfachfalluntersuchung

Haushaltbefragung auf Stichprobenbasis

Für die zweite Anschriftenkategorie, die sogenannten „Normalanschriften“, kamen unter Berücksichtigung der Befunde an Anschriften mit Sonderbereichen folgende Korrekturverfahren zur Ermittlung und Bereinigung von Über- und Untererfassungen in den Meldedatenlieferungen zum Einsatz:

Ein Verfahren zur Korrektur der Angaben aus den Melderegistern war die Mehrfachfalluntersuchung nach § 15 ZensG 2011. Hierbei wurde wie folgt vorgegangen: Zunächst prüfte das Statistische Bundesamt, ob Personen bundesweit mehrfach mit alleinigem Wohnsitz bzw. Hauptwohnsitz (Mehrfachfälle) gemeldet waren. Des Weiteren wurden Meldedatensätze ermittelt, nach denen eine Person bundesweit potenziell nur mit Nebenwohnsitz(en) gemeldet war, aber keinen Hauptwohnsitz oder alleinigen Wohnsitz hatte (Nebenwohnsitzfälle). Diese Fälle klärte das Statistische Landesamt Bremen im Rahmen der sogenannten Befragung zur Klärung des Wohnsitzes gemäß § 15 Abs. 3 und 4 ZensG 2011. Die sich hierbei ergebenden Befunde bezüglich ggf. vorhandener Über- und Untererfassungen in den Meldedatenlieferungen konnten auf diese Weise statistisch bereinigt werden.

Unabhängig hiervon wurden in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern/-innen alle Mehrfachfälle von Personen, die mit mehr als einer alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung im Datenbestand existierten, vom Statistischen Bundesamt maschinell zugeordnet. Der Status Hauptwohnung wurde der Gemeinde zugeordnet, in der das späteste Einzugsdatum der jeweiligen Person vorlag.

Als weiteres Korrekturverfahren an Normalanschriften in Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern/-innen diente die Haushaltstichprobe nach § 7 ZensG 2011. Im Rahmen dieser Erhebung wurden auf der Grundlage einer Zufallsstichprobe Auswahlanschriften bestimmt und an diesen per Vor-Ort-Befragung die jeweils am Stichtag wohnhaften Personen ermittelt. Zur qualitativen Absicherung der Ergebnisse war die Stichprobe als geschichtete Zufallsauswahl konzipiert. Als Schichtungsmerkmal diente die Anschriftengröße, das heißt die Zahl der an der jeweiligen Anschrift gemeldeten Personen. In den einzelnen Anschriftengrößenklassen wurden – unter Beachtung der spezifischen Gebäudestrukturen in den jeweiligen Gemeinden – unterschiedliche Auswahlsätze realisiert. Hierdurch erfolgte für jede Gemeinde mit mindestens 10 000 Einwohnern/-innen eine im Hinblick auf die Ergebnisqualität optimierte Stichprobenauswahl.

Nach der Erhebung und Aufbereitung der für die Feststellung der Einwohnerzahlen maßgeblichen Daten fand für jede Stichprobenanschrift ein Vergleich zwischen den Angaben aus dem Melderegister und den Erhebungsdaten statt. Im Zuge dieses Abgleichs konnte ermittelt werden, wie viele Über- und Untererfassungen (Karteileichen und Fehlbestände) in den Meldedaten an den jeweiligen Stichprobenanschriften einer Gemeinde vorlagen. Mittels Hochrechnung dieser Befunde wurden anschließend die Über- und Untererfassungen in den Meldedaten für jede Gemeinde festgestellt.

In Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern/-innen war die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten nach § 16 ZensG 2011 das zur Haushaltstichprobe gleichwertige Korrekturverfahren an Normalanschriften. Aufgrund der Größe der beiden Stadtgemeinden kam dieses Verfahren im Land Bremen nicht zum Einsatz.

Tabelle 1: Ermittlung der Einwohnerzahlen gemäß Zensusgesetz

Ausgangsbasis	Gemeldete Personen mit alleiniger bzw. Hauptwohnung gemäß Melderegisterbeständen (§ 3 Abs. 2 Nr. 2 und 3 ZensG 2011)
Korrekturmaßnahmen	Bereinigung um Über- und Untererfassungen in den Melderegisterbeständen auf Grundlage der: Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen (§ 8 ZensG 2011)
	Mehrfachfalluntersuchung für Personen (§ 15 ZensG 2011) mit mehrfachem Hauptwohnsitz oder mehrfachem alleinigem Wohnsitz (Mehrfachfälle) bzw. ausschließlich mit Nebenwohnsitz(en) (Nebenwohnsitzfälle)
	Haushalbefragung auf Stichprobenbasis (§ 7 ZensG 2011)
Ergebnis	Neue Einwohnerzahl durch den Zensus 2011 (§ 2 Abs. 2 ZensG 2011)

Die im Rahmen des Zensus 2011 angewandten Korrekturverfahren sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

4 **Verwaltungsverfahren zur Bekanntgabe der amtlichen Einwohnerzahlen**

Die Feststellung der nach dem beschriebenen Verfahren ermittelten amtlichen Einwohnerzahlen der beiden Stadtgemeinden im Land Bremen erfolgte durch das Statistische Landesamt Bremen nach der Erstveröffentlichung gegenüber den jeweils zuständigen (Ober-)Bürgermeistern in Form eines förmlichen Verwaltungsaktes Anfang Juni 2013.

Der Feststellungsbescheid zur neuen Einwohnerzahl enthielt die Feststellung der Einwohnerzahl der jeweiligen Stadtgemeinde zum 9. Mai 2011 sowie eine ausführliche Begründung zur Darlegung der gesetzlichen Grundlagen für den Erlass des Feststellungsbescheides, inklusive detaillierter Erläuterungen zur Berechnung der amtlichen Einwohnerzahlen im Rahmen des Zensus 2011.

Zur Schaffung der notwendigen Transparenz für die beiden Stadtgemeinden hinsichtlich der im Rahmen des Zensus 2011 gewonnenen Befunde über Unter- und Übererfassungen in den Meldedaten wurden in einer dem jeweiligen Feststellungsbescheid beigefügten Anlage folgenden Eckdaten aufgeführt:

- › die für die Einwohnerzahlenermittlung maßgebliche Höhe der Melderegisterbestände in der jeweiligen Stadtgemeinde,
- › die Befunde zur Höhe der jeweiligen Über- und Untererfassungen in den Melderegis-

tern, die im Rahmen der beschriebenen Korrekturverfahren festgestellt wurden,

- › die sich jeweils ergebende amtliche Einwohnerzahl der Gemeinde,
- › die Anzahl von Untererfassungen (Fehlbestände mit alleiniger bzw. Hauptwohnung) und Übererfassungen (Karteileichen mit alleiniger bzw. Hauptwohnung) in den Meldedaten,
- › die Anzahl der festgestellten und parallel auch im Melderegister geführten Personen (paarige Personen mit alleiniger bzw. Hauptwohnung) sowie
- › die Anzahl der insgesamt festgestellten (existenten) Personen mit alleinigem bzw. Hauptwohnsitz.

Amtliche Einwohnerzahlen werden per Verwaltungsakt festgestellt

Die drei zuletzt genannten Angaben werden differenziert nach Anschriftengrößenklassen nachgewiesen. Weiterhin enthält die Anlage auch Informationen zum Umfang der Haushaltestichprobe in der jeweiligen Stadtgemeinde sowie zur Genauigkeit der Schätzung.

Eckzahlen ermöglichen die Nachvollziehbarkeit der Feststellung

5 **Vorgehen am Veröffentlichungstermin**

Um frühestmöglich allen politischen Entscheidungsträgern eine einheitliche Informationsbasis zu gewährleisten, erhielten die beiden Stadtgemeinden und die senatorischen Behörden auf Landesebene drei Stunden vor der Pressekonferenz, also am 31. Mai 2013 um 8 Uhr, erste aufbereitete Ergebnisse des Zensus 2011 sowie die sogenannten Gemeindeblätter mit Strukturdaten der Bevölkerungs- und der Gebäude- und Wohnungszählung.

Die Öffentlichkeit erhielt kurz nach Beginn der Pressekonferenz über www.zensus.bremen.de online Zugriff auf:

- › die amtlichen Einwohnerzahlen für das Land Bremen und die beiden Stadtgemeinden,
- › die für das Land Bremen und die beiden Stadtgemeinden erstellten Gemeindeblätter mit Strukturdaten zur Bevölkerung als auch zu Gebäuden und Wohnungen sowie
- › das „Bremen Zensus Infosystem“ mit Eckdatentabellen zur Bevölkerung sowie zu Gebäuden und Wohnungen.

6 Fazit

Der Aufbereitungsstand der Daten aus dem Zensus 2011 ließ es zu, dass Ende Mai 2013 bundesweit erste Ergebnisse aus dem Zensus 2011 veröffentlicht wurden.

Das Veröffentlichungsspektrum an diesem Termin umfasste auch für das Land Bremen die durch den Zensus festgestellten neuen Einwohnerzahlen der beiden Stadtgemeinden und des Landes sowie erste Ergebnisse zu den am Zensus-Stichtag festgestellten Bevölkerungsstrukturen und über die Gebäude- und Wohnungsbestände.

Gregor Picker und Magdalena Gajdzik

Zensus 2011 – Der Weg zur Einwohnerzahl

Vorbemerkung

In diesem Artikel wird der Weg zur Einwohnerzahl im Zensus 2011 beschrieben. In einem kurzen Überblick werden die vorbereitenden Arbeiten mit den verschiedenen Registern aufgeführt. Anschließend werden die Aufbereitungsschritte bis hin zur Berechnung der Einwohnerzahl aufgezeigt. Im letzten Teil werden die Ergebnisse für das Land Bremen und seine beiden Stadtgemeinden vergleichend dargestellt.

1 Die verwendeten Register zur Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl im Zensus 2011

Der Zensus 2011 wurde im Gegensatz zu vorherigen Bevölkerungszählungen mithilfe eines registergestützten Verfahrens durchgeführt. Hierfür wurden verschiedene Register der öffentlichen Verwaltung genutzt, um eigens für den Zensus 2011 konzipierte Register aufzubauen. Dies führte einerseits zu einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, da nur etwa ein Drittel der Bevölkerung direkt befragt wurde. Andererseits erforderte ein solches Verfahren den Aufbau eines komplexen Systems aus verschiedenen Informationsquellen sowie intensive Aufbereitungsphasen und die Durchführung qualitätssichernder Maßnahmen seitens der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Im Folgenden werden die wesentlichen Register, die zur Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl dienten, vorgestellt und beschrieben.

1.1 Anschriften- und Gebäuderegister

Das im Rahmen der Durchführung des Zensus 2011 erstellte Anschriften- und Gebäudere-

gister (AGR) diente als Auswahlgrundlage und Steuerungselement aller Erhebungsteile (Gebäude- und Wohnungszählung, Erhebung an Sonderanschriften und Haushaltebefragung). Das AGR bestand im Wesentlichen aus drei Registerdatenquellen, die auf Anschriftenebene zusammengeführt wurden. Dazu zählten:

- › Daten der Meldebehörden (MR),
- › Daten der Bundesagentur für Arbeit (BA),
- › Daten der Vermessungsbehörden (Georeferenzierte Adressdaten – Bund; kurz: GAB).

Die jeweiligen Behörden hatten zu unterschiedlichen Zeitpunkten Daten an die Statistischen Ämter des Bundes und Länder zu übermitteln (Tabelle 1).

Das Ziel dieser Zusammenführung war es, ein Register zu erstellen, welches alle zensusrelevanten Anschriften beinhaltet, an denen erhoben werden sollte. Eine Anschrift war für Zensuszwecke dann relevant, wenn sie potentiellen Wohnraum aufwies. Das bedeutet einerseits, dass ausschließlich gewerblich genutzte Anschriften aus den primärstatistischen Erhebungen auszuschließen waren. Andererseits galten leerstehende Gebäude als zensusrele-

Tabelle 1
Die Registerlieferungen des Anschriften- und Gebäuderegisters

Register	Lieferdaten
MR	1. April 2008 (MR 2008)
	1. April 2010 (MR 2010)
	1. November 2010 (MR.05)
	9. Mai 2011 (MR.1)
	9. August 2011 (MR.2)
GAB	1. April 2007
	1. April 2008 (Änderungen zur letzten Lieferung)
	1. April 2009 (Änderungen zur letzten Lieferung)
	1. April 2010 (Änderungen zur letzten Lieferung)
BA	30. September 2007 (Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte)
	13. März 2008 (Arbeitslos gemeldete Personen)

Tabelle 2
Sensible und nicht-sensible Sonderbereichsarten im Zensus 2011

Sonderbereiche	
Sensible Sonderbereiche	Nicht-sensible Sonderbereiche
Behinderten(wohn)heime	Studentenwohnheime
Krankenhäuser	Arbeiterheime
Flüchtlingsunterkünfte	sonstige (Wohn-)heime
Justizvollzugsanstalten	Alten-/Pflegeheime
(Not-)Unterkünfte für	Internate
- Obdach- bzw. Wohnungslose	Schulen des Gesundheitswesens
- Nichtsesshafte	Klöster
Kinder- und Jugendheime	Kasernen
Mutter-/Kindheime	Seeleute/Binnenschiffer

vant, sofern eine Nutzung zu Wohnzwecken zum Stichtag (9. Mai 2011) möglich gewesen wäre. Neben Gebäuden konnten des Weiteren auch „bewohnte Unterkünfte“ Wohnraum aufweisen. Dazu zählen z. B. bewohnte, feststehende Schiffe, Gartenhäuser sowie Bauwagen. Stammt eine Anschrift lediglich aus nur einer Registerdatenquelle, war sie laut § 14 des Gesetzes über den registergestützten Zensus im Jahre 2011 (ZensG 2011) nach besonderen Kriterien zu prüfen, um eine Entscheidung zu treffen, ob eine Anschrift „mit Wohnraum“ oder „ohne Wohnraum“ vorlag. Alle anderen Anschriften, die aus mindestens zwei Registerdatenquellen stammten, waren zensusrelevante Anschriften. Diese Aufbereitungsschritte waren im Herbst 2010 abgeschlossen. Dadurch war ein Adressbestand geschaffen, der, abzüglich der im AGR gekennzeichneten Sonderbereiche, die Grundgesamtheit der Stichprobenziehung der Haushaltebefragung abbildete.

1.2 Sonderanschriftenregister

Im Zeitraum der Erstellung des AGR wurde ebenso das Sonderanschriftenregister (SAR) aufgebaut. Als Sonderbereiche gelten im Zen-

sus 2011 alle Gemeinschafts-, Anstalts-, Notunterkünfte sowie Wohnheime. Im Rahmen der Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl fand an diesen Anschriften eine Vollerhebung statt. Diese Verfahrensdurchführung gründet auf den im Zensus 2001 gewonnenen Erkenntnissen. Es zeigte sich, dass an Sonderbereichen eine hohe Fluktuationsrate der Bewohnerinnen und Bewohner herrschte und die Abweichungen zu den Melderegisterbeständen überproportional hoch ausfielen. Ein weiterer Grund für eine separate Erhebung der Sonderbereiche waren die möglichen Verzerrungen, die bei der Hochrechnung bestimmter Merkmale entstehen würden, da die Bewohnerschaft in bestimmten Bereichen zu Homogenität neigt (wie z. B. Studentenwohnheime im Bereich der Bildung). Zudem gilt seit 1983 nach dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts, dass Bewohnerinnen und Bewohner bestimmter Einrichtungen besonders schützenswert sind. Daher wurden die Anschriften im SAR nach sensiblen und nicht-sensiblen Sonderbereichen unterteilt (Tabelle 2), die wiederum auf unterschiedliche Weise erfasst wurden.

Die Anschriften der Sonderbereiche wurden an die Anschriften des AGR angebunden. Alle als SAR gekennzeichneten Anschriften im AGR waren aus der Stichprobenziehung ausgeschlossen. Somit war gewährleistet, dass nur diejenigen Anschriften in die Stichprobenziehung gelangten, die sowohl Anschriften mit Wohnraum aufwiesen als auch keine Sonderbereiche waren.

1.3 Melderegister

Die Daten der Meldebehörden waren für die Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl die wichtigste Registerdatenquelle. Die MR-Daten beinhalteten alle Anschriften, an denen Personen mit ihrer jeweiligen alleinigen Wohnung, ihrem Haupt- und Nebenwohnsitz sowie weiteren personenbezogenen Merkmalen gemeldet waren. Hierzu gehörten Angaben zum Namen, Geburtstag sowie -ort, Familienstand, Zuzugsort und die Verzeigerungen zu anderen Personen im Melderegister. Die in Tabelle 1 aufgeführten verschiedenen Melderegisterlieferungen erfüllten im Rahmen des Zensus 2011 verschiedene Funktionen. So dienten das MR 2008 und MR 2010 im Wesentlichen zum Aufbau des AGR, die restlichen Lieferungen (MR.05, MR.1, MR.2) zu dessen Aktualisierung. In Bezug zur

Haushaltebefragung waren die ersten beiden Melderegisterlieferungen für die Erstellung eines Ortsverzeichnisses der Geburtsorte sowie für den Aufbau der Stichprobenorganisationsdatei maßgebend. Die Stichprobenorganisationsdatei diente der Modellierung der Stichprobenauswahlgröße der Haushaltebefragung.

Die Daten des MR.05 hingegen galten als Orientierungslisten bzw. Hilfsmerkmale für die Erhebungsbeauftragten bei der Durchführung der Befragung vor Ort.

Die letzten beiden Lieferungen, das MR.1 und MR.2, bildeten den Melderegisterbestand zum Stichtag ab. Die zweite Lieferung war, obwohl sie den Stand 9. August 2011 hatte, dennoch von enormer Wichtigkeit, da Umzüge zum Stichtag aufgrund von melderechtlichen Bestimmungen auch nachträglich in die Melderegister eingepflegt werden. So beträgt die Anmeldefrist für umziehende Personen im Land Bremen zwei Wochen. Eine Person, die zum 8. Mai umgezogen ist, hätte somit noch theoretisch bis zum 22. Mai Zeit gehabt, die Meldebehörde über den Umzug zu informieren. Die Daten des MR.1 und MR.2 dienten weiterhin als Grundlage zur qualitätssichernden Maßnahme der Mehrfachfallprüfung und der Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten.

2 Qualitätssichernde Maßnahmen

Neben der Aufbereitung der im Zensus 2011 benötigten Register und den einzelnen Erhebungsteilen wurden noch zusätzliche qualitätssichernde Maßnahmen im Zensus entwickelt. Hierzu gehörten die Mehrfachfallprüfung und die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten. Letztere wurde im Land Bremen nicht durchgeführt, da sie nur für Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern gilt.

2.1 Mehrfachfallprüfung

Da die Daten der Meldebehörden die wichtigste Registerdatenquelle zur Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl im Zensus 2011 bildeten – diese richtet sich ausschließlich nach dem Hauptwohnsitz – war eine zusätzliche Prüfung zur Qualitätssicherung dieses Registers seitens der statistischen Ämter des Bundes und der Länder unabdingbar.

Melderechtlich gesehen darf eine Person nicht ausschließlich mit einer oder mehre-

ren Nebenwohnung/-en oder mit mehreren Hauptwohnungen gemeldet sein. Eine korrekte Bemeldung ist eine alleinige Wohnung oder Hauptwohnung mit einer oder mehreren Nebenwohnung/-en. Fehlerquellen im Sinne von unzulässigen Bemeldungen können einerseits durch das Meldeverhalten der Einwohnerinnen und Einwohner selbst oder durch die internen Verarbeitungsprozesse der Meldebehörden untereinander erklärt werden. Andererseits wurden für den Zensus 2011 Melderegisterdaten zu mehreren fixen Zeitpunkten übermittelt. Das bedeutete, dass die erhaltenen Daten zunächst zusammengeführt werden mussten.

Das Statistische Bundesamt prüfte diesbezüglich im ersten Schritt die Datenbestände des MR.1 und MR.2, ob melderechtlich fehlerhafte Konstellationen auftraten. Gemäß § 15 ZensG 2011 bereinigte das Statistische Bundesamt in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern – so auch in den Städten Bremen und Bremerhaven – alle Mehrfachfälle von Personen, die mit mehr als einer alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung im Datenbestand existierten. Maßgebend für diese maschinelle Bereinigung waren die jeweiligen Einzugsdaten. Das späteste Einzugsdatum einer Person behielt den Status der Hauptwohnung, alle früheren Einzugsdaten bekamen den Status „inaktive Hauptwohnung“ zugewiesen.

Diejenigen Fälle, die Unstimmigkeiten nur aufgrund von Nebenwohnungen aufwiesen, wurden den Statistischen Ämtern der Länder für ihr jeweiliges Bundesland zur primärstatistischen Klärung übermittelt. Diese führten eine postalische Befragung durch, mit dem Ziel einer eindeutigen Zuordnung von Personen zu ihrer hauptsächlich genutzten Wohnung (Hauptwohnsitz).

2.2 Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten

Die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten war eine zusätzliche postalische Erhebung für Gemeinden unter 10 000 Einwohnern. Befragt wurde an Adressen, die nur eine bewohnte Wohnung je Gebäude aufwiesen und bei denen eine Differenz zwischen den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung und den Melderegisterangaben bestand.

Tabelle 3
Der Weg zur Bevölkerungszahl im Zensus 2011

	Gemeldete Personen gemäß Melderegisterbestand auf Grundlage der Datenübermittlungen der Meldebehörden gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 2 und 3 ZensG 2011 (ohne freiwillig gemeldete Personen) davon mit alleiniger bzw. Hauptwohnung
+	Ermittelte statistische Korrekturen von Über- und Untererfassungen von Personen mit alleinigem oder Hauptwohnsitz in den Melderegisterbeständen auf der Grundlage der ...
	... Mehrfachfalluntersuchung gemäß § 15 ZensG 2011 und zwar: - Übererfassungen + Untererfassungen = Saldo
	... Erhebungen an Anschriften mit Sonderbereichen gemäß § 8 ZensG 2011 und zwar: - Übererfassungen + Untererfassungen = Saldo
	... Haushalbefragung auf Stichprobenbasis gemäß § 7 ZensG 2011 und zwar: - Übererfassungen + Untererfassungen = Saldo
=	Einwohnerzahl gemäß § 2 Abs. 2 ZensG 2011

3 Vom Register zur Einwohnerzahl

Nach der Aufbereitung des AGR und SAR wurde eine geschichtete Stichprobe nach Größenklassen¹ aus dem Adressbestand des AGR gezogen. Bei der Haushalbefragung im Rahmen des Zensus 2011 wurden bundesweit etwa 10 Prozent der Bevölkerung (im Land Bremen 4,3 Prozent) im Rahmen der Haushaltestichprobe von Erhebungsbeauftragten aufgesucht und befragt. Die Anschriften wurden durch ein mathematisches Zufallsverfahren ausgewählt. An den Anschriften wurden alle Personen befragt, die am Zensus-Stichtag (9. Mai 2011) dort wohnhaft waren. Ausgenommen waren nur Angehörige ausländischer Streitkräfte, diplomatischer und berufskonsularischer Vertretungen sowie Mitglieder internationaler Organisationen (z. B. der UN) und Personen, die nur zu Besuch waren. Gleiches galt bei der Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen (z. B. Studentenwohnheime).

Bei der Mehrfachfalluntersuchung wurden Personen, die mehrfach mit alleiniger Wohnung

oder mit Hauptwohnung bzw. ausschließlich mit Nebenwohnung gemeldet waren, eindeutig einer Anschrift bzw. Gemeinde zugeordnet.

Am 31. Mai 2013 wurde bundesweit die amtliche Einwohnerzahl auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene bekannt gegeben.

4 Die Einwohnerzahlen

Nachdem in den vorherigen Kapiteln der Weg zur Einwohnerzahl im Zensus 2011 beschrieben wurde, werden in den nächsten Kapiteln die Ergebnisse vorgestellt. Grundsätzlich ist zu beachten, dass zur besseren Vergleichbarkeit der Veränderung der Einwohnerzahlen durch die Ergebnisse des Zensus 2011 die Zahlen der Bevölkerungsfortschreibung zum Stand 31.12.2011, einmal auf Basis der Volkszählung (VZ) 1987 und einmal auf Basis des Zensus 2011, gegenübergestellt werden.

Zu Beginn wird die durch den Zensus 2011 angepasste Einwohnerzahl für das Land Bremen im Vergleich mit den anderen Bundesländern dargestellt. Anschließend werden die Einwohnerzahlen der Stadtgemeinde Bremen und der Stadtgemeinde Bremerhaven aufgeführt.

¹ Für eine umfassende Darstellung des Stichprobendesigns siehe: Münnich, R., Gabler, S. u.a. (2012): Stichprobenoptimierung und Schätzung im Zensus 2011. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistik und Wissenschaft, Band 21, Wiesbaden.

Tabelle 4
Vergleich des Bevölkerungsstandes am 31.12.2011 in den Ländern nach den Fortschreibungen auf Basis des Zensus 2011 sowie der Volkszählung 1987

Bundesland	Bevölkerung am 31.12.2011			
	Fortschreibung VZ 1987	Fortschreibung Zensus 2011	Differenz	
			in Personen	in %
Berlin	3 501 872	3 326 002	-175 870	-5,02
Hamburg	1 798 836	1 718 187	-80 649	-4,48
Baden-Württemberg	10 786 227	10 512 441	-273 786	-2,54
Sachsen	4 137 051	4 054 182	-82 869	-2,00
Thüringen	2 221 222	2 181 603	-39 619	-1,78
Niedersachsen	7 913 502	7 774 253	-139 249	-1,76
Brandenburg	2 495 635	2 453 180	-42 455	-1,70
Mecklenburg-Vorpommern	1 634 734	1 606 899	-27 835	-1,70
Nordrhein-Westfalen	17 841 956	17 544 938	-297 018	-1,66
Hessen	6 092 126	5 993 771	-98 355	-1,61
Sachsen-Anhalt	2 313 280	2 276 736	-36 544	-1,58
Saarland	1 013 352	997 855	-15 497	-1,53
Bremen	661 301	652 182	-9 119	-1,38
Schleswig-Holstein	2 837 641	2 802 266	-35 375	-1,25
Bayern	12 595 891	12 443 372	-152 519	-1,21
Rheinland-Pfalz	3 999 117	3 990 033	-9 084	-0,23
Deutschland	81 843 746	80 327 900	-1 515 846	-1,85

Tabelle 5
Vergleich des Bevölkerungsstandes am 31.12.2011 in den Großstädten *) nach den Fortschreibungen auf Basis des Zensus 2011 sowie der Volkszählung 1987

Stadt	Bevölkerung am 31.12.2011			
	Fortschreibung VZ 1987	Fortschreibung Zensus 2011	Differenz	
			in Personen	in %
Berlin	3 501 872	3 326 002	- 175 870	-5,02
Hamburg	1 798 836	1 718 187	- 80 649	-4,48
Leipzig	531 809	510 043	- 21 766	-4,09
Stuttgart	613 392	591 015	- 22 377	-3,65
Hannover	525 875	509 485	- 16 390	-3,12
Dresden	529 781	517 765	- 12 016	-2,27
Frankfurt a. M.	691 518	676 533	- 14 985	-2,17
Dortmund	580 956	571 403	- 9 553	-1,64
Essen	573 468	565 900	- 7 568	-1,32
München	1 378 176	1 364 920	- 13 256	-0,96
Bremen	548 319	544 043	- 4 276	-0,78
Düsseldorf	592 393	589 649	- 2 744	-0,46
Köln	1 017 155	1 013 665	- 3 490	-0,34

Durchschnittswert für Deutschland: -1,85 %.

*) Auswahlkriterium: Alle Städte mit mehr als 500 000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

4.1 Das Land Bremen im Vergleich

Das Land Bremen hat laut Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011 am 31.12.2011 insgesamt 652 182 Einwohner. Wie in Tabelle 4 abgebildet, ist das, gemessen an der Einwohnerzahl auf Grundlage der VZ 1987 (661 301), ein Rückgang um -9 119 Personen oder -1,38 Prozent. Wird der Bundesdurchschnitt von -1,85 Prozent betrachtet, so fällt dieser Rückgang für Bremen unterdurchschnittlich aus. Die deutlichsten Aktualisierungen der Einwohnerzahl wurden mit -5,02 Prozent in Berlin

und -4,48 Prozent in Hamburg vorgenommen. Den geringsten Revisionsbedarf haben Rheinland-Pfalz (-0,23 Prozent), Bayern (-1,21 Prozent) und Schleswig-Holstein (-1,25 Prozent). Bundesweit leben aufgrund der Neuberechnung 1 515 846 Personen weniger als durch die Bevölkerungsfortschreibung angenommen.

4.2 Die Stadt Bremen im Vergleich

Zur Darstellung der aktualisierten Einwohnerzahl der Stadtgemeinde Bremen wird das fortgeschriebene Ergebnis des Zensus 2011 mit denen

Tabelle 6
Vergleich des Bevölkerungsstandes am 31.12.2011 in den norddeutschen Vergleichsstädten *) nach den Fortschreibungen auf Basis des Zensus 2011 sowie der Volkszählung 1987

Stadt	Bevölkerung am 31.12.2011			
	Fortschreibung VZ 1987	Fortschreibung Zensus 2011	Differenz	
			in Personen	in %
Flensburg	89 357	82 801	- 6 556	-7,34
Wilhelmshaven	81 020	76 926	- 4 094	-5,05
Göttingen	121 364	116 052	- 5 312	-4,38
Bremerhaven	112 982	108 139	- 4 843	-4,29
Schwerin	95 300	91 327	- 3 973	-4,17
Hildesheim	102 584	99 267	- 3 317	-3,23
Salzgitter	101 750	98 588	- 3 162	-3,11
Wolfsburg	122 583	120 889	- 1 694	-1,38

Durchschnittswert für Deutschland: -1,85 %.

*) Auswahlkriterien: Städte mit 80 000 bis 140 000 Einwohnerinnen und Einwohnern in HB, NI, MV, SH.

der anderen deutschen Großstädte (mehr als 500 000 Einwohner) verglichen. Wie in Tabelle 5 dargestellt, musste die Einwohnerzahl der Stadt Bremen mit einem Wert von 544 043 Bürgerinnen und Bürgern gegenüber dem Ergebnis der Fortschreibung auf Basis VZ 1987 (548 319) um -4 276 oder -0,78 Prozent revidiert werden. Damit liegt die Stadtgemeinde Bremen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von -1,85 Prozent und an dritter Stelle der Großstädte mit dem geringsten Aktualisierungsbedarf.

4.3 Die Stadt Bremerhaven im norddeutschen Vergleich

Um die aktualisierte Einwohnerzahl der Stadtgemeinde Bremerhaven darzustellen, wird in Tabelle 6 das Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011, mit den Ergebnissen vergleichbarer norddeutscher Städte gegenübergestellt. Ausgewählt wurden Städte mit 80 000 bis 140 000 Einwohnerinnen und Einwohnern in den Bundesländern Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Bremen. Mit einer Einwohnerzahl von 108 139 musste die Zahl der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Ergebnis der Fortschreibung auf Basis VZ 1987 (112 982) um -4 843 bzw. -4,29 Prozent revidiert werden. Wird dieses Ergebnis mit den Werten der anderen ausgesuchten Städte verglichen, liegt die Größenordnung der durch die Neuberechnung reduzierten Einwohnerzahl im mittleren Bereich.

4.4 Die Städte Bremen und Bremerhaven im Vergleich

Abschließend werden die bremischen Ergebnisse noch einmal in Tabelle 7 zusammengefasst dargestellt.

Tabelle 7
Vergleich des Bevölkerungsstandes am 31.12.2011 im Land Bremen nach den Fortschreibungen auf Basis des Zensus 2011 sowie der Volkszählung 1987

Stadt	Bevölkerung am 31.12.2011			
	Fortschreibung VZ 1987	Fortschreibung Zensus 2011	Differenz	
			in Personen	in %
Stadt Bremen	548 319	544 043	-4 276	-0,78%
Stadt Bremerhaven	112 982	108 139	-4 843	-4,29%
Land Bremen	661 301	652 182	-9 119	-1,38%

Durchschnittswert für Deutschland: -1,85 %.

Sarai Kahle

Bevölkerung nach demografischen Strukturmerkmalen – Bremen im Vergleich

1 Einleitung

Mit der Durchführung des Zensus 2011 wurde nicht nur die aktuelle Einwohnerzahl ermittelt, sondern es wurden zudem Gebäude- und Wohnungsmerkmale sowie Merkmale über die Bevölkerung erhoben. Somit liegen nun vielseitige Informationen über die Bevölkerungsstruktur vor. Die Ergebnisse liefern unter anderem Antworten auf folgende Fragen: Welcher öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft gehört die Bevölkerung mehrheitlich an? Wie viele Personen haben die deutsche Staatsangehörigkeit? Wie viele Menschen haben einen Migrationshintergrund?

Auf diese und andere Fragen wird in diesem Artikel eingegangen. Dabei erfolgt ein regionaler Vergleich der jeweiligen Merkmale, wobei zum einen das Land Bremen mit seinen beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven im Verhältnis zu Deutschland dargestellt und zum anderen das Land Bremen mit den anderen Bundesländern verglichen wird. Des Weiteren werden die Großstädte Deutschlands mit mehr als 500 000 Einwohner/-innen der Stadt Bremen gegenübergestellt.

2 Methodik

Zur Ermittlung der Bevölkerungsmerkmale wurden auf der einen Seite bereits vorhandene Verwaltungsregister hinzugezogen und auf der anderen Seite in Städten mit mehr als 10 000 Einwohner/-innen eine Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis durchgeführt. Im Rahmen dieser Haushaltstichprobe wurden im Land Bremen etwa 4,3 Prozent der Bevölkerung befragt. Die Ergebnisse wurden anschließend mit einem statistischen Verfahren auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet.

Zum Schutz der Bewohner/-innen vor sozialer Benachteiligung wurden sogenannte sensible Sonderbereiche, wie z. B. Justizvollzugsanstalten, Behindertenheime oder psychiatrische Kliniken, nicht in der Auswahlgrundlage für die Haushaltstichprobe berücksichtigt. Daher kann diese Personengruppe bei der Auswertung einiger Merkmale nicht berücksichtigt werden. In diesem Artikel betrifft dies ausschließlich das Merkmal Migrationshintergrund. Die übrigen demografischen Merkmale Geschlecht, Alter, Familienstand, Staatsangehörigkeit und öffentlich-rechtliche Religionszugehörigkeit liegen in

bereits bestehenden Verwaltungsregistern vor und wurden nach Erhebungsabschluss mit den Ergebnissen aus den Erhebungen abgeglichen. Neben den Ergebnissen der Haushaltestichprobe fließen die aus der Vollerhebung in Sonderbereichen¹ gewonnenen Merkmale vollständig in die Endergebnisse ein. Im Rahmen dieser Vollerhebung wurden die Merkmale Geschlecht, Alter, Familienstand und Staatsangehörigkeit erhoben². Die Ergebnisse des Merkmals „Migrationshintergrund“ hingegen beruhen ausschließlich auf der Hochrechnung der Stichprobenbefunde.

Im Folgenden sind die dargestellten absoluten Werte auf Zehnerstellen gerundet. Eine Ausnahme bildet die Einwohnerzahl, die keinem Geheimhaltungsverfahren³ unterzogen werden muss. Alle abgebildeten Ergebnisse beziehen sich auf den Zensus-Stichtag, den 9. Mai 2011.

Bei den ausgewiesenen Ergebnissen werden im Ausland tätige Angehörige der Bundeswehr, der Polizeibehörden und des Auswärtigen Dienstes sowie ihre dort ansässigen Familien nicht berücksichtigt. Bei der regionalen Einheit „Deutschland“ hingegen wird diese Personengruppe stets einbezogen. Es handelt sich hierbei um knapp 10 000 Personen.

3 Definitionen

Den nachfolgenden Ausführungen liegen diese Definitionen zugrunde:

Großstädte: Betrachtet werden hier ausschließlich die 13 Großstädte Deutschlands, die mindestens 500 000 Einwohner/-innen aufweisen.

Alter: Das Alter der Personen bezieht sich auf das vollendete Lebensjahr zum Stichtag, dem 9. Mai 2011.

Familienstand: Der Familienstand wird nach dem Personenstandsgesetz und nach dem Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft ausgewiesen. Die Informationen zu „Lebenspart-

nerschaften“ beziehen sich auf eingetragene gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften.

Staatsangehörigkeit: Bei der Staatsangehörigkeit wird unterschieden nach „Deutsch“ und „Nicht-Deutsch“, wobei Staatenlose und Personen ohne Angaben mit in der Kategorie „Nicht-Deutsch“ berücksichtigt werden. Personen mit einer deutschen Staatsangehörigkeit zählen als „Deutsch“, auch wenn sie (eine) weitere Staatsangehörigkeit/-en aufweisen.

Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft: Hierbei werden die beiden öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften „römisch-katholische Kirche“ und „evangelische Kirche“ unterschieden. Unter der Kategorie „sonstige/keine/ohne Angabe“ sind alle Personen zusammengefasst, die entweder keiner oder einer anderen (öffentlich-rechtlichen) Religionsgesellschaft als der römisch-katholischen oder der evangelischen Kirche angehören. Dazu zählen auch alle weiteren Personen, d. h. diejenigen, deren Religionszugehörigkeit nicht bekannt ist, die sich zu einer anderen Religion, Glaubensrichtung oder Weltanschauung oder zu gar keiner bekennen.

Personen, die im Rahmen der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis die Antwortmöglichkeit auswählten, dass sie keiner öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft angehören, hatten die Möglichkeit, sich in einer darauffolgenden freiwilligen Frage zu einer anderen Religion, Glaubensrichtung oder Weltanschauung zu bekennen⁴. Aufgrund der Freiwilligkeit, hat nur ein kleiner Teil der Personen zu dieser Frage Auskunft erteilt. Aus methodischen Gründen kann dieses Merkmal nicht ausgewertet werden.

Migrationshintergrund: Gemäß der im Rahmen des Zensus 2011 verwendeten Definition weist eine Person dann einen Migrationshintergrund auf, wenn sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nach 1955 in das heutige Gebiet der Bundesrepublik zugewandert ist.

Für die Bevölkerung sensibler Sonderbereiche liegen keine Informationen zum Migrationshintergrund vor. Daher findet diese Gruppe bei den Ergebnissen keine Berücksichtigung.

¹ Neben den sensiblen Sonderbereichen, bei denen die Merkmale über die jeweilige Einrichtungsleitung erhoben wurden, wurden alle Personen in sogenannten nicht-sensiblen Sonderbereichen, wie Studentenwohnheime oder Altenheime, erhoben.

² Um Verzerrungen zu vermeiden, wurden zudem die Anschriften mit nicht-sensiblen Sonderbereichen im Rahmen der Haushaltestichprobe ausgewählt und mit einem erweiterten Fragebogen befragt. Somit wurden auch in nicht-sensiblen Sonderbereichen weitere Merkmale der Bewohner/-innen, z. B. zum Migrationshintergrund erhoben und konnten mit in die Ergebnisse einfließen.

³ Die Geheimhaltung wird durch ein datenveränderndes Verfahren namens SAFE (Verfahren zur sicheren Anonymisierung für Einzeldaten) gewährleistet. Das Verfahren verhindert, dass Rückschlüsse auf Einzelfälle möglich sind.

⁴ Dazu gehören Christentum, Judentum, Islam (sunnitisch, schiitisch, alevitisch), Buddhismus, Hinduismus sowie die beiden Kategorien „sonstige“ oder „keine Religion, Glaubensrichtung oder Weltanschauung“.

4 Wie stellt sich in Bremen die Geschlechter- und Altersverteilung dar?

4.1 Bevölkerung nach Geschlecht

In Deutschland lebten am 9. Mai 2011 80 219 695 Menschen, davon 39 153 540 Männer (48,8 Prozent) und 41 066 140 Frauen (51,2 Prozent). Im Land Bremen sind von den 650 863 Einwohner/-innen 48,6 Prozent männlich und 51,4 Prozent weiblich (Tabelle 1). Der Anteil an Männern bzw. Frauen im Land Bremen liegt damit nahezu im bundesdeutschen Durchschnitt. Auch die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven weichen hiervon nicht signifikant ab. Bei der Betrachtung der anderen Bundesländer überwiegt ebenfalls stets der Anteil an Frauen. Am niedrigsten ist dieser in Mecklenburg-Vorpommern (50,7 Prozent) und am höchsten in Hamburg (51,6 Prozent).

Das gleiche Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Kennzahl „Männer je 100 Frauen“: In Deutschland gibt es 95,3 Männer je 100 Frauen, im Land Bremen sind es „nur“ 94,4 Männer pro 100 Frauen.

4.2 Bevölkerung nach Alter

In Abbildung 1 ist der Vergleich von elf Altersgruppen zwischen Deutschland und dem Land Bremen dargestellt. Im Vergleich zu Deutschland gibt es im Land Bremen einen um 0,7 Prozentpunkte geringeren Anteil an 6- bis 14-Jährigen und einen um etwa 1 Prozentpunkt höheren Anteil an 18- bis 24-Jährigen sowie an 25- bis 29-Jährigen. Der Anteil an 40- bis 49-Jährigen und 50- bis 64-Jährigen ist wiederum in Deutschland etwas höher als im Land Bremen (um 1,0 bzw. 0,9 Prozentpunkte).

In Tabelle 2 werden die Anzahl und der Anteil an Personen nach elf Altersgruppen sowie verschiedene Quotienten für Deutschland, das Land Bremen, die Stadt Bremen sowie Bremerhaven aufgezeigt.

Bei einem Vergleich der beiden Stadtgemeinden wird deutlich, dass in Bremerhaven anteilig mehr Personen die Volljährigkeit noch nicht erreicht haben und anteilig mehr Personen über 50 Jahre alt sind. In der Stadt Bremen hingegen überwiegt der Anteil an 18- bis 49-jährigen Personen.

Das Land Bremen weist mit 23,9 einen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (26,0) niedrigeren Jugendquotienten auf. Das bedeutet, auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (18 bis 64 Jahre) entfallen 23,9 Personen, die unter 18 Jahre alt sind. In Bremerhaven liegt der Jugendquotient hingegen mit 26,5 sogar über dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Der sogenannte Altenquotient setzt die über 64-Jährigen mit den 18- bis 64-Jährigen ins Verhältnis. Demnach leben im Land Bremen verhältnismäßig mehr Personen, die über 64 Jahre alt sind als im bundesdeutschen Schnitt. Dies kann auf die vergleichsweise hohe Anzahl

Abbildung 1
Bevölkerung nach Altersgruppen im Vergleich Deutschland – Land Bremen

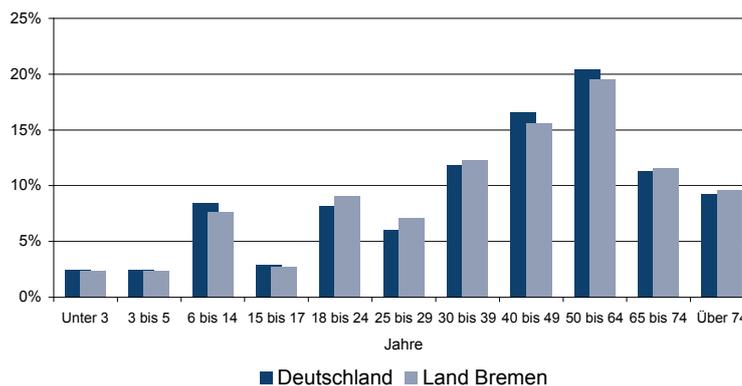


Tabelle 1
Bevölkerung *) nach Geschlecht im Vergleich Deutschland – Bremen

Merkmal	Deutschland		Land Bremen		Stadt Bremen		Stadt Bremerhaven	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	80 219 695	100	650 863	100	542 707	100	108 156	100
männlich	39 153 540	48,8	316 110	48,6	263 430	48,5	52 680	48,7
weiblich	41 066 140	51,2	334 750	51,4	279 280	51,5	55 480	51,3
Männer je 100 Frauen	95,3	x	94,4	x	94,3	x	95,0	x

*) Die Werte sind mit Ausnahme der Einwohnerzahlen (Zeile „Insgesamt“) auf Zehnerstellen gerundet.

Tabelle 2
Bevölkerung nach Altersgruppen im Vergleich Deutschland – Bremen *)

Merkmal	Deutschland		Land Bremen		Stadt Bremen		Stadt Bremerhaven	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Bevölkerung nach Altersgruppen (von ... bis ... Jahren)								
Unter 3	1 982 950	2,5	15 630	2,4	12 980	2,4	2 660	2,5
3 - 5	2 020 500	2,5	15 550	2,4	12 710	2,3	2 840	2,6
6 - 14	6 777 130	8,4	49 840	7,7	41 100	7,6	8 740	8,1
15 - 17	2 358 000	2,9	17 820	2,7	14 500	2,7	3 330	3,1
18 - 24	6 576 550	8,2	59 320	9,1	50 070	9,2	9 250	8,6
25 - 29	4 815 140	6,0	45 940	7,1	39 330	7,2	6 610	6,1
30 - 39	9 493 590	11,8	80 330	12,3	68 620	12,6	11 710	10,8
40 - 49	13 345 280	16,6	101 550	15,6	85 500	15,8	16 040	14,8
50 - 64	16 333 080	20,4	126 940	19,5	104 220	19,2	22 720	21,0
65 - 74	9 041 320	11,3	75 350	11,6	62 140	11,5	13 210	12,2
75 und älter	7 476 130	9,3	62 580	9,6	51 540	9,5	11 040	10,2
Ausgewählte Kennzahlen								
Jugendquotient ¹⁾	26,0	x	23,9	x	23,4	x	26,5	x
Altenquotient ²⁾	32,7	x	33,3	x	32,7	x	36,6	x
Aging-Index ³⁾	125,7	x	139,5	x	139,8	x	138,2	x

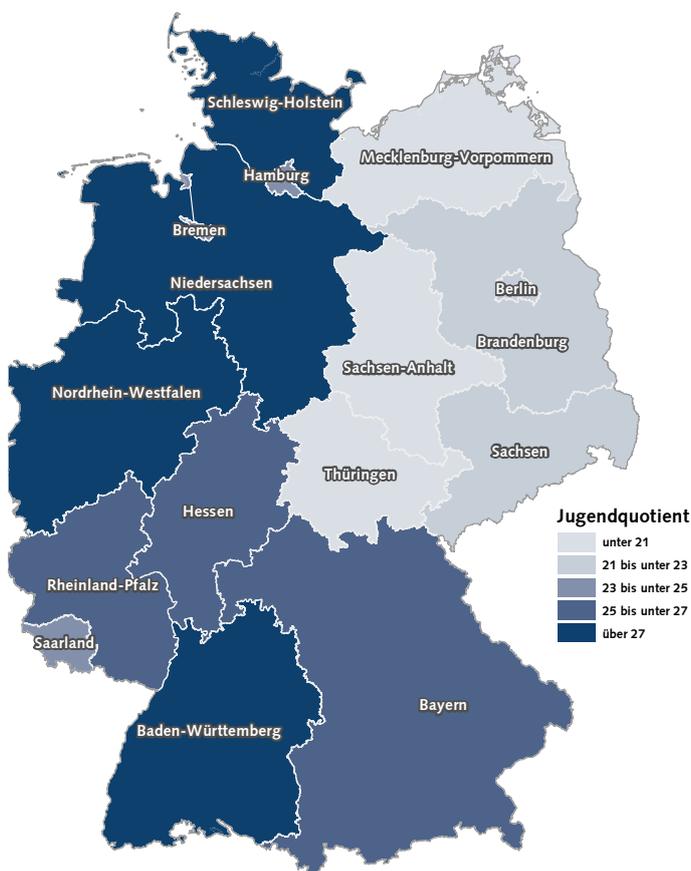
*) Bei den absoluten Werten handelt es sich um auf Zehnerstellen gerundete Werte.

1) Anzahl der Bevölkerung unter 18 Jahren je 100 18- bis 64-Jährige.

2) Anzahl der Bevölkerung über 64 Jahren je 100 18- bis 64-Jährige.

3) Anzahl der Bevölkerung über 64 Jahren je 100 unter 18-Jährige.

Karte 1
Jugendquotient im Vergleich der Bundesländer
 Anzahl der Bevölkerung unter 18 Jahren je 100 18- bis 64-Jährige



der über 64-Jährigen in Bremerhaven zurückgeführt werden.

Als dritte Kennzahl wird hier der Aging-Index herangezogen, der die Anzahl der Bevölkerung, die über 64 Jahre alt ist, je 100 unter 18-Jährige wiedergibt. In allen dargestellten Regionen gibt es in der Relation weit mehr über 64-jährige Personen als es unter 18-Jährige gibt. Das Land Bremen weist mit 139,5 einen deutlich höheren Aging-Index auf als der bundesdeutsche Durchschnitt (125,7).

Bei der Betrachtung des Jugendquotienten im Ländervergleich steht das Land Bremen mit 23,9 unter 18-Jährigen pro 100 18- bis 64-Jährige im mittleren Feld. In Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein leben anteilig deutlich mehr jüngere Personen. Am geringsten ist der Jugendquotient in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Karte 1).

Auch bei einem Vergleich der Stadt Bremen mit den deutschen Großstädten liegt Bremen im Mittelfeld (Abbildung 2). Im Vergleich zu den Verteilungen in den Bundesländern zeigt sich, dass es in den Großstädten in der Regel weniger Personen gibt, die die Volljährigkeit noch nicht erreicht haben.

4.3 Bevölkerung nach Geschlecht und Alter

Der Anteil der unter 18-jährigen männlichen Personen an der Gesamtbevölkerung ist höher als der Anteil der unter 18-jährigen weiblichen Personen (Tabelle 3). Gleiches gilt für die Personen mittleren Alters. Bei Personen ab 50 Jahren ändert sich dies – der Frauenanteil überwiegt. Besonders auf die Gruppe der Personen über 64 Jahren entfallen mehr Frauen.

Im Land Bremen – und auch in dessen beiden Stadtgemeinden – gibt es anteilig mehr Frauen, die 65 Jahre und älter sind als im Bundesdurchschnitt. Auf der anderen Seite ist die Differenz bei der Gruppe der 30- bis 49-Jährigen im Land Bremen zwischen den Geschlechtern höher, d. h., es gibt im Land Bremen in dieser Altersgruppe im Verhältnis weniger Frauen als in Deutschland insgesamt.

5 Sind im Vergleich mehr Bremer/-innen ledig?

5.1 Bevölkerung nach Familienstand

Deutschlandweit sind die meisten Personen entweder ledig oder verheiratet bzw. in eingetragener Lebenspartnerschaft (Abbildung 3)⁵.

In Deutschland insgesamt ist der Anteil an Verheirateten höher als im Land Bremen, beim Anteil an Ledigen verhält es sich umgekehrt. In Bremerhaven ist ein etwas größerer Anteil der Bevölkerung verheiratet als in Bremen. Die Anteile an geschiedenen und verwitweten Personen liegen in Bremerhaven um 2,2 bzw. um 1,5 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt.

Die Verteilung des Familienstandes hängt stark davon ab, welche Altersgruppen einbezogen werden. Werden beispielsweise nur Personen ab 18 Jahren betrachtet, erhöht sich naturgemäß der Anteil an Verheirateten. Im Land Bremen beträgt dieser dann 46,6 Prozent statt 39,5 Prozent, wie in Abbildung 3 dargestellt. Auch die Anteile an Geschiedenen und Verwitweten steigen, wogegen der Ledigenanteil bei der ausschließlichen Betrachtung der Volljährigen um 10,0 Prozentpunkte geringer ist. Bei

den Personen, die 65 Jahre und älter sind, beträgt der Anteil an Verheirateten 54,4 Prozent, der Anteil an Verwitweten 30,3 Prozent und der Ledigenanteil nur 6,0 Prozent.

Abbildung 2
Jugendquotient im Vergleich der Großstädte

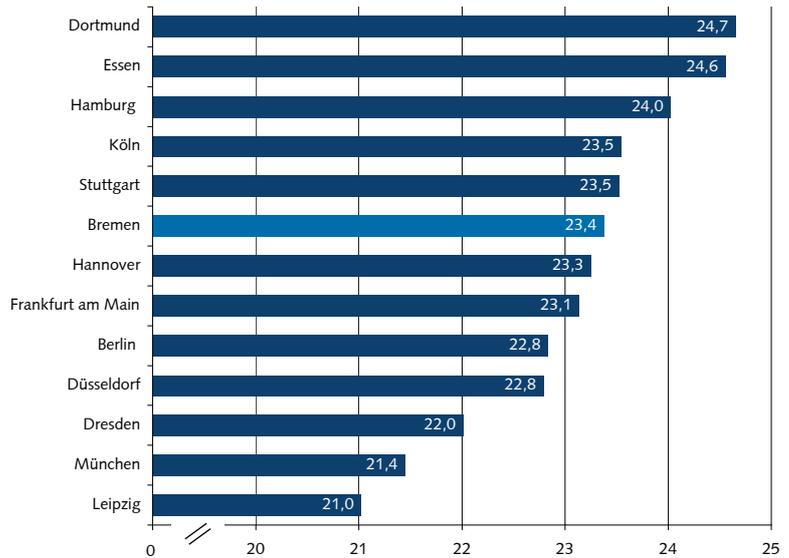
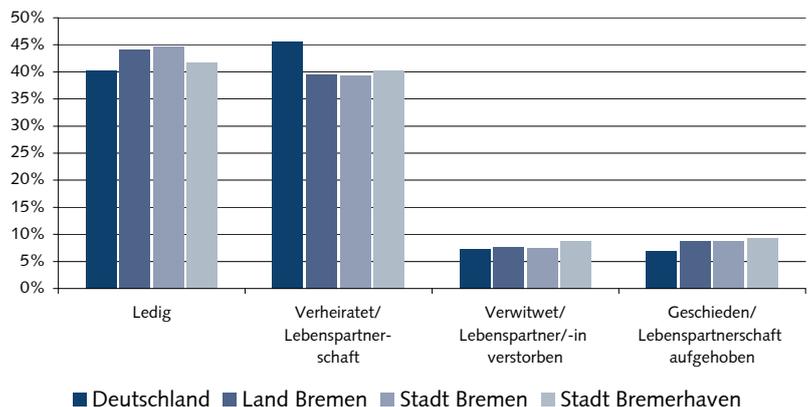


Tabelle 3
Bevölkerung nach Geschlecht und Altersgruppen im Vergleich Deutschland – Bremen

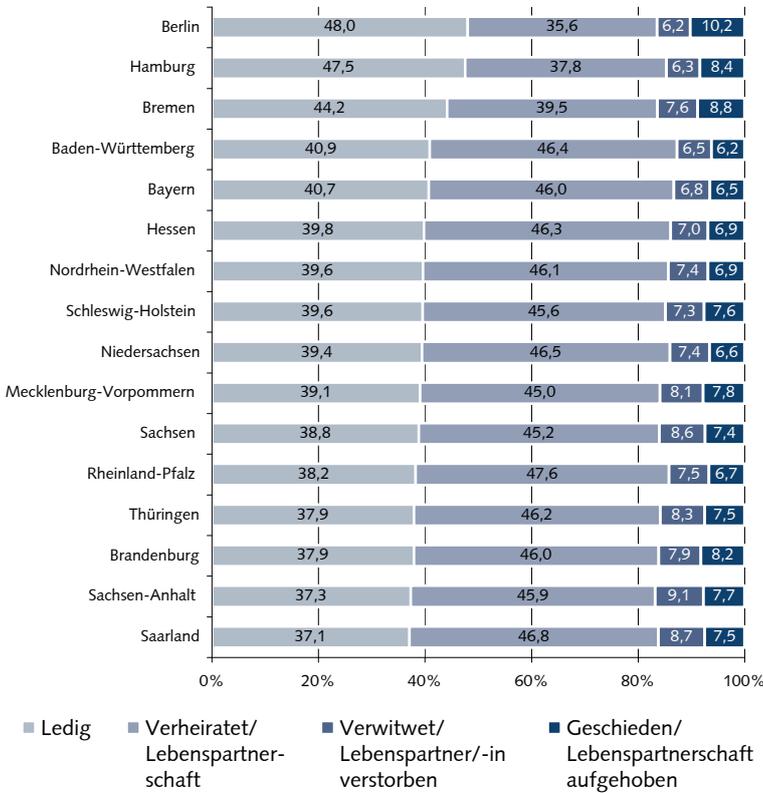
Alter von ... bis ... Jahren	Deutschland		Land Bremen		Stadt Bremen		Stadt Bremerhaven	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	%							
unter 18	8,4	8,0	7,8	7,4	7,7	7,3	8,3	8,0
18-29	7,2	7,0	8,2	8,0	8,3	8,2	7,6	7,0
30-49	14,4	14,1	14,3	13,6	14,6	13,8	13,1	12,5
50-64	10,1	10,3	9,5	10,0	9,4	9,8	10,1	10,9
65 und älter	8,8	11,8	8,8	12,4	8,6	12,3	9,5	12,9

Abbildung 3
Bevölkerung nach Familienstand im Vergleich Deutschland – Bremen



⁵ Wird im folgenden Text der Begriff „verheiratet“ verwendet, schließt dies auch die Personen ein, die sich in eingetragener Lebenspartnerschaft befinden. Gleiches gilt für die Begriffe „verwitwet“ (inkl. Lebenspartner/-in verstorben) und „geschieden“ (inkl. Lebenspartnerschaft aufgehoben).

Abbildung 4
Bevölkerung nach Familienstand im Vergleich der Bundesländer



5.2 Bevölkerung nach Familienstand im Ländervergleich

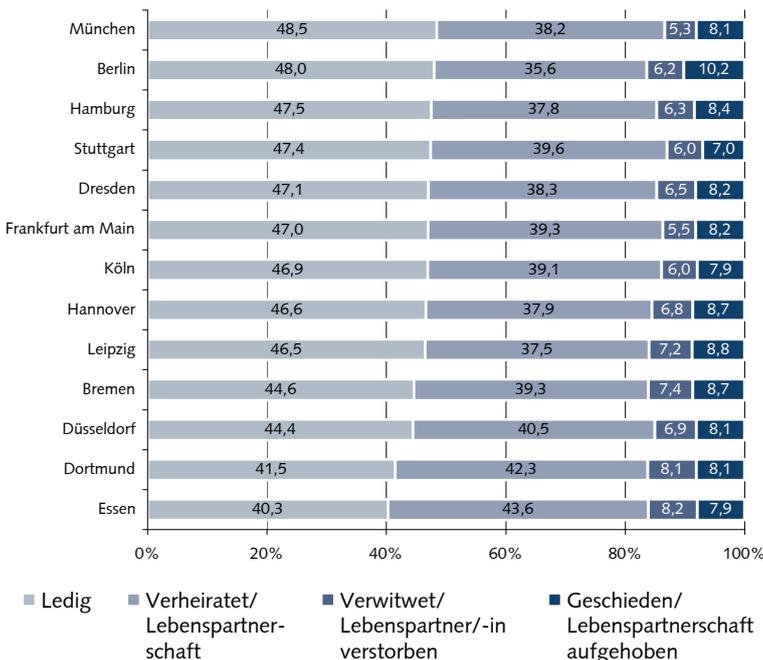
Bei einem Vergleich der Bundesländer wird deutlich, dass Bremen nach den beiden Stadtstaaten Berlin und Hamburg den höchsten Ledigenanteil zu verzeichnen hat (Abbildung 4). Demgegenüber steht ein entsprechend geringerer Anteil an Personen, die verheiratet sind. Bei dem Anteil an Verwitweten bildet Bremen eine Ausnahme, denn in den beiden anderen Stadtstaaten ist dieser Anteil am geringsten, während er in Bremen vergleichsweise hoch ist und über dem Bundesdurchschnitt liegt. Bei dem Anteil an Geschiedenen belegt das Land Bremen mit 8,8 Prozent nach Berlin (10,2 Prozent) den zweiten Rang.

5.3 Bevölkerung nach Familienstand im Großstädtevergleich

Vergleicht man die Verteilung des Merkmals Familienstand der Stadt Bremen mit den zwölf anderen Großstädten, stellt sich ein anderes Bild als im Ländervergleich dar (Abbildung 5). In Großstädten ist der Anteil an ledigen Personen im Vergleich zu den Bundesländern insgesamt eher höher. Die Stadt Bremen gehört zu den Städten mit einem eher niedrigen Anteil. Bei dem Anteil an Verheirateten befindet sich Bremen mit 39,3 Prozent im mittleren Bereich. Die Verheirateten-Anteile in den Großstädten liegen zwischen 35,6 Prozent in Berlin und 43,6 Prozent in Essen. Auch im Städtevergleich gibt es in der Stadt Bremen recht hohe Anteile an Verwitweten und Geschiedenen. Gefolgt von Essen und Dortmund weist die Stadt Bremen den dritthöchsten Anteil an verwitweten Personen sowie nach Berlin und Leipzig den höchsten Anteil an Geschiedenen auf.

Die recht hohen Anteile an Verwitweten und Geschiedenen können mit der Altersstruktur zusammenhängen. Denn im Vergleich der Großstädte weist Bremen nach Leipzig, Dresden und Essen den höchsten Anteil an Senioren und Seniorinnen auf und nach Leipzig, Dresden, München und Düsseldorf den niedrigsten Anteil an unter 18-Jährigen.

Abbildung 5
Bevölkerung nach Familienstand im Vergleich der Großstädte



5.4 Bevölkerung nach Familienstand und Geschlecht

Im Verhältnis sind mehr Männer als Frauen ledig. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass

Frauen bei der Heirat durchschnittlich jünger sind als Männer. So sind im Land Bremen von den 18- bis 29-Jährigen fast doppelt so viele Frauen verheiratet als Männer. Besonders hoch ist die Geschlechterdifferenz bei den Ledigen in der Stadt Bremerhaven.

Bei Verheirateten ist das Geschlechterverhältnis zwischen den betrachteten Regionen nahezu gleich (Tabelle 4). Unter den verwitweten und geschiedenen Personen befinden sich mehr Frauen, wobei insbesondere unter den Verwitweten ein deutlich höherer Frauenanteil zu verzeichnen ist. Dies geht mit der höheren Lebenserwartung von Frauen einher. Bremerhaven weist insgesamt einen höheren Anteil an Verwitweten auf, was auf den höheren Anteil an älteren Personen in dieser Stadt zurückgeführt werden kann (Tabelle 2).

6 Welcher Religion gehören die Bremer/-innen mehrheitlich an?

6.1 Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit

Bei der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft treten innerhalb Deutschlands regionale Unterschiede auf (Abbildung 6). Während es im Bundesdurchschnitt in etwa gleich viele Personen gibt, die der römisch-katholischen Kirche⁶ auf der einen Seite sowie der evangelischen Kirche⁷ auf der anderen Seite angehören, sind im Land Bremen knapp 4-mal so viele Personen evangelisch als katholisch. Zudem ist in Bremen ein größerer Bevölkerungsanteil der Kategorie „sonstige/keine/ohne Angabe“ zuzuordnen als in Deutschland insgesamt.

In Bremerhaven sind mehr Menschen evangelisch (48,3 Prozent) als in der Stadt Bremen (41,9 Prozent). Dem stehen geringere Anteile in den Gruppen „sonstige/keine/ohne Angabe“ sowie „römisch-katholisch“ gegenüber.

6.2 Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit im Ländervergleich

Bremen weist mit 43,0 Prozent nach Schleswig-Holstein und Niedersachsen den höchsten Anteil an Personen mit evangelischer Religionszugehörigkeit auf (Abbildung 7). Im Saarland und in

Tabelle 4
Bevölkerung nach Familienstand und Geschlecht im Vergleich Deutschland – Bremen

Familienstand	Deutschland		Land Bremen		Stadt Bremen		Stadt Bremerhaven	
	m	w	m	w	m	w	m	w
Ledig	21,7	18,5	23,8	20,3	24,0	20,7	23,2	18,5
Verheiratet/ Lebenspartnerschaft	22,8	22,7	19,7	19,7	19,7	19,7	20,1	20,2
Verwitwet/Lebens- partner/-in verstorben	1,3	6,0	1,4	6,2	1,3	6,0	1,7	7,1
Geschieden/Lebens- partnerschaft aufgehoben	3,0	4,0	3,6	5,1	3,6	5,1	3,7	5,5

Abbildung 6
Bevölkerung nach Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft im Vergleich Deutschland – Bremen

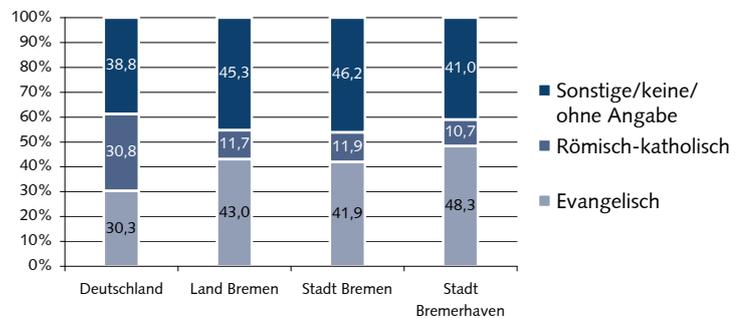
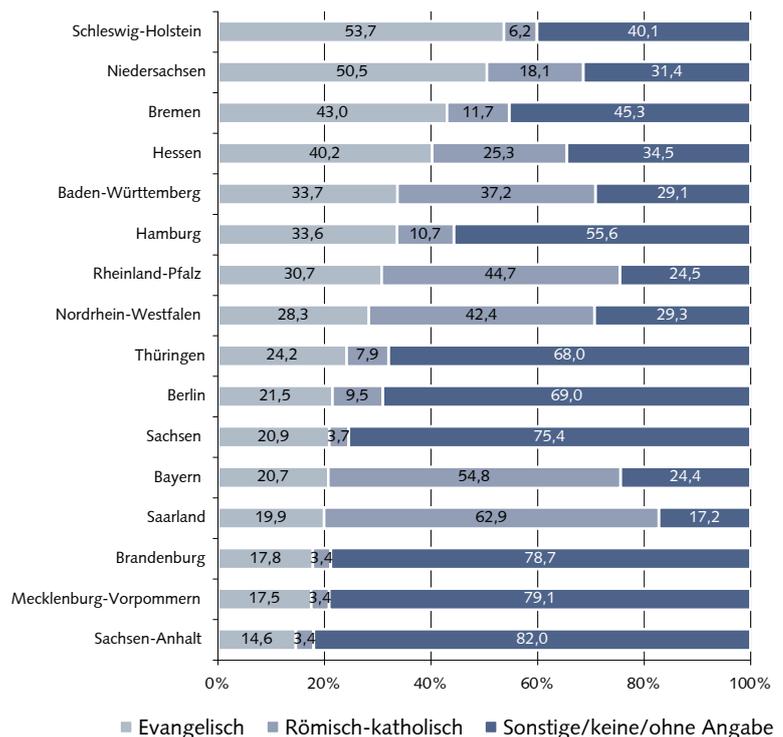


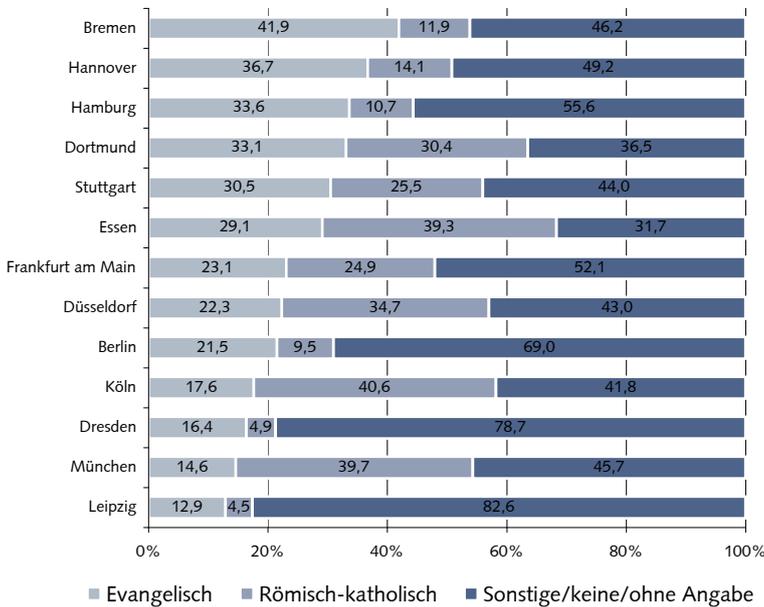
Abbildung 7
Bevölkerung nach Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft im Vergleich der Bundesländer



⁶ Wird im Folgenden der Begriff „katholisch“ verwendet, ist damit die Zugehörigkeit zur römisch-katholischen Kirche gemeint.

⁷ Wird im Folgenden der Begriff „evangelisch“ verwendet, ist damit die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche gemeint.

Abbildung 8
Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit im Vergleich der Großstädte



Bayern sind mit 62,9 Prozent bzw. 54,8 Prozent die meisten Menschen katholisch. Auffallend sind die geringen Anteile an Personen mit evangelischer oder katholischer Religionszugehörigkeit in den ostdeutschen Bundesländern. Im Saarland gehören anteilig am meisten Personen einer dieser beiden Religionsgesellschaften an (82,8 Prozent).

6.3 Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit im Großstädtevergleich

Im Städtevergleich liegt die Stadt Bremen, bezogen auf den Anteil an Personen mit evangelischer Religionszugehörigkeit, ganz vorne (Abbildung 8). In München, Köln und Essen gibt es die höchsten Anteile an Katholiken. Insgesamt betrachtet, leben in Essen am meisten Personen, die einer dieser beiden öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften angehören (68,4 Prozent). Analog zu den Bundesländern im Osten Deutschlands verhält es sich bei den ostdeutschen Städten Leipzig, Dresden und Berlin umgekehrt: Hier sind lediglich zwischen 17,4 Prozent der Bewohner/-innen in Leipzig und 31,0 Prozent in Berlin evangelisch oder katholisch. In Bremen hingegen handelt es sich um 53,8 Prozent der Bevölkerung.

6.4 Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit und Geschlecht

In Abbildung 9 sind die beiden Religionsgesellschaften „römisch-katholisch“ und „evangelisch“ zusammengefasst und nach Geschlecht dargestellt. Es wird deutlich, dass mehr Frauen einer dieser beiden öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften angehören als Männer. In Deutschland liegt die Differenz zwischen den Geschlechtern bei 4,5 Prozentpunkten, im Land Bremen bei 6,2 Prozentpunkten und in Bremerhaven sogar bei 7,9 Prozentpunkten.

6.5 Bevölkerung nach Religionszugehörigkeit und Alter

Abbildung 10 setzt die Anzahl der Personen je Altersgruppe ins Verhältnis zur Anzahl an Personen mit einer Religionszugehörigkeit zur evangelischen oder katholischen Kirche. Es wird deutlich, dass ein Zusammenhang zwischen der

Abbildung 9
Bevölkerung mit Zugehörigkeit zur evangelischen oder römisch-katholischen Kirche nach Geschlecht im Vergleich Deutschland – Bremen

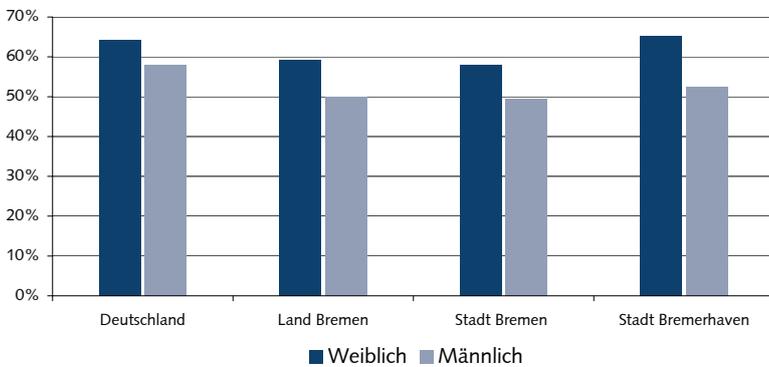
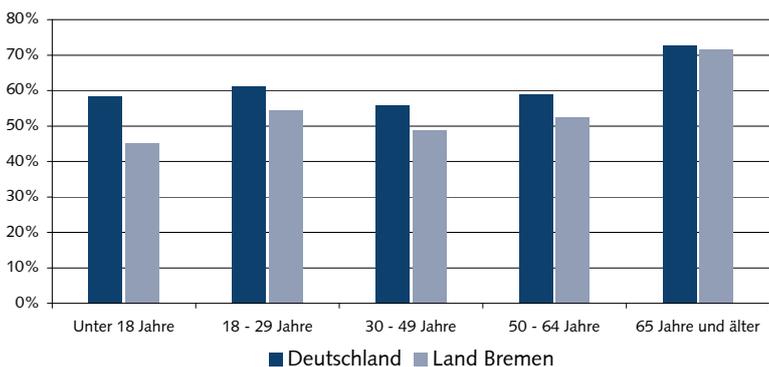


Abbildung 10
Bevölkerung mit Zugehörigkeit zur evangelischen oder römisch-katholischen Kirche nach Altersgruppen im Vergleich Deutschland – Land Bremen



Zugehörigkeit zur evangelischen oder katholischen Religionsgesellschaft und dem Alter besteht. Von allen über 64-jährigen Personen sind demnach in Deutschland 72,7 Prozent evangelisch oder katholisch; im Land Bremen sind es 71,6 Prozent. Im Vergleich zu anderen Altersgruppen gehören also insbesondere Menschen höheren Alters einer dieser beiden Religionsgemeinschaften an. Personen zwischen 30 und 49 Jahren sind bundesweit am seltensten Angehörige einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft (55,9 Prozent). Im Land Bremen sind es die unter 18-Jährigen (45,1 Prozent).

7 Wie viele Bremer/-innen verfügen über die deutsche Staatsangehörigkeit?

7.1 Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit

Im Land Bremen sind 89,2 Prozent der Bevölkerung im Besitz eines deutschen Passes (Abbildung 11). In Deutschland sind es 92,3 Prozent. Der Anteil an Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit ist im Land Bremen um 3,1 Prozentpunkte höher als im bundesdeutschen Schnitt. In der Stadt Bremen ist dieser Anteil noch etwas höher als in Bremerhaven.

7.2 Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit im Ländervergleich

Im Bundesländervergleich stehen die Stadtstaaten Hamburg und Berlin, gefolgt von Hessen, an der Spitze bei der Betrachtung des Anteils an Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. In Bremen und Baden-Württemberg beträgt der Anteil 10,8 Prozent. In Abbildung 12 ist der bundesdurchschnittliche Anteil an Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit aufweisen, mit Hilfe einer roten Linie dargestellt. Dieser beträgt 7,7 Prozent.

7.3 Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit im Großstädtevergleich

Bei der Darstellung des Anteils der Bevölkerung mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit belegt die Stadt Bremen im Großstädtevergleich einen der hinteren Ränge. Dagegen liegt das Land Bremen im Vergleich der Bundesländer im vorderen Bereich. Wie die Abbildungen 12 und 13 zeigen, leben in der Regel mehr Personen ohne deutsche

Abbildung 11
Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit im Vergleich Deutschland – Bremen

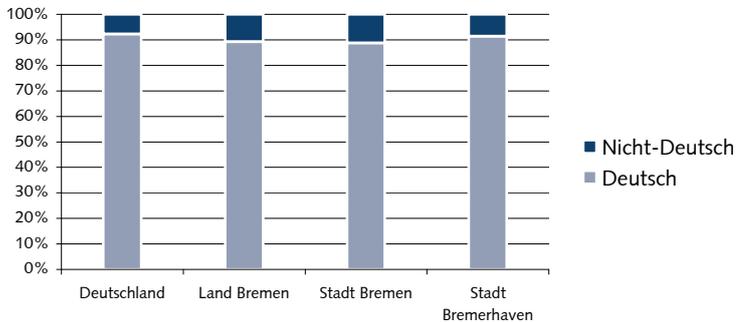


Abbildung 12
Bevölkerung mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit im Vergleich der Bundesländer

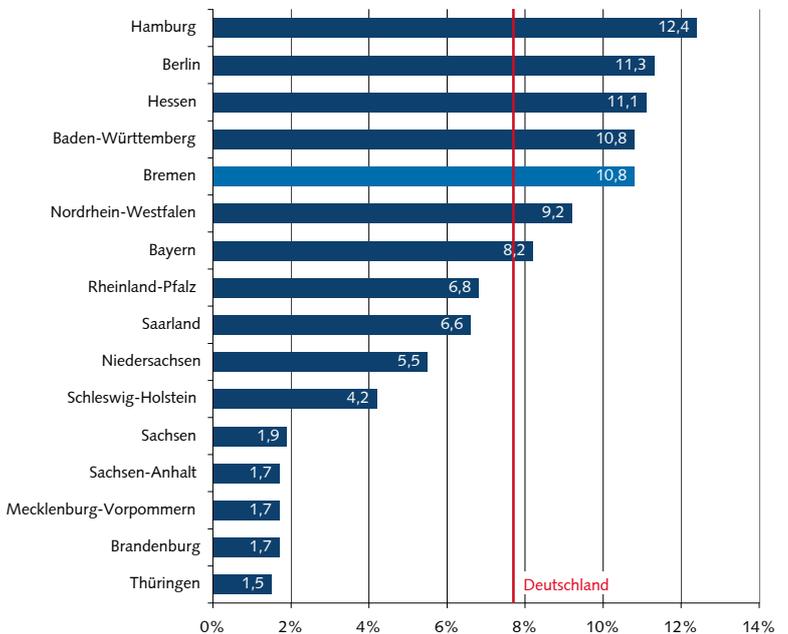


Abbildung 13
Bevölkerung mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit im Vergleich der Großstädte

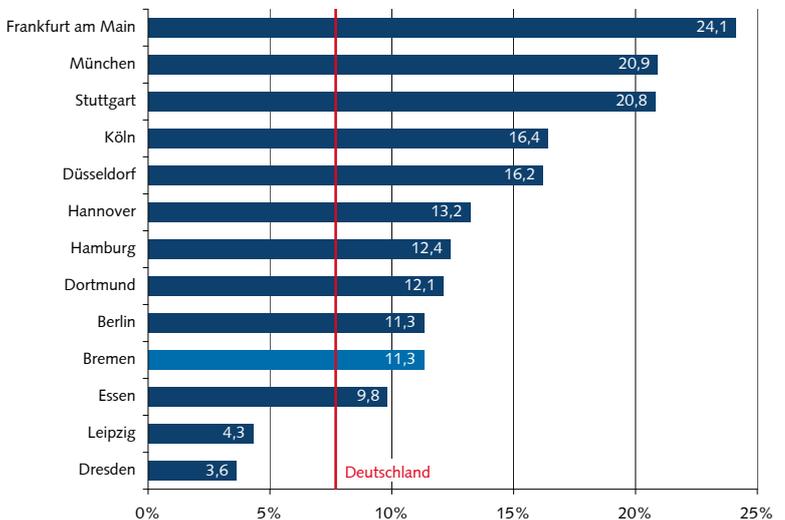


Abbildung 14
Personen nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen im Land Bremen

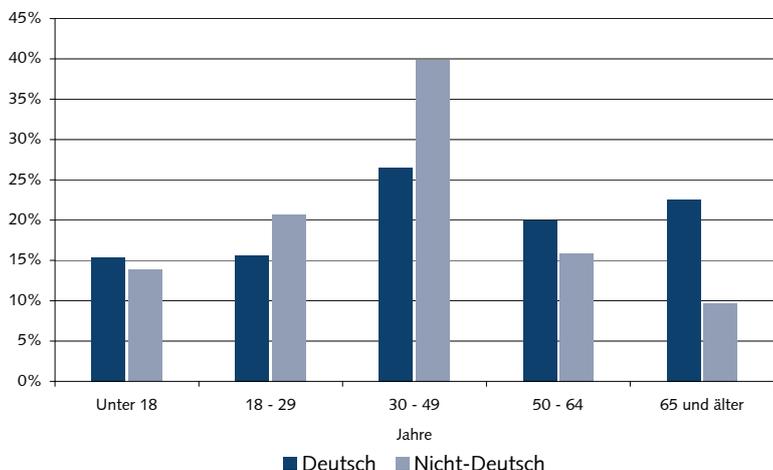


Abbildung 15
Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit nach Altersgruppen im Vergleich Deutschland – Land Bremen

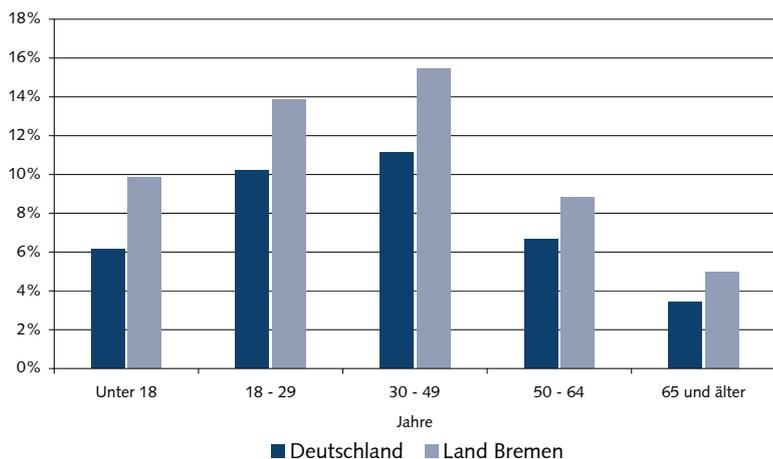
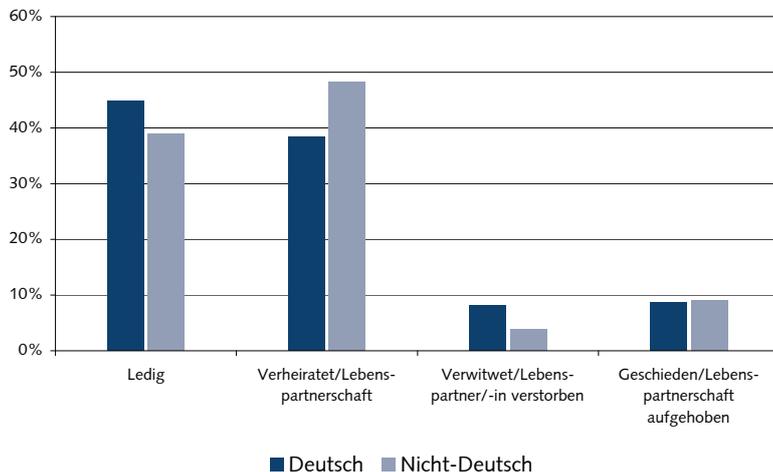


Abbildung 16
Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Familienstand im Land Bremen



Staatsangehörigkeit in Großstädten als in den übrigen Gebieten.

Die Anteile an Nicht-Deutschen variieren zwischen den 13 größten Städten Deutschlands recht stark. In Frankfurt am Main beträgt der Anteil knapp ein Viertel an der Gesamtbevölkerung. In den Städten im Osten des Bundesgebiets ist der Anteil wiederum sehr gering (in Leipzig 4,3 und in Dresden 3,6 Prozent).

7.4 Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Alter

Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind durchschnittlich jünger als Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Wird die Anzahl an Personen je Altersgruppe ins Verhältnis zur Staatsangehörigkeit gesetzt (Abbildung 14), treten große Differenzen auf. So ist z. B. im Land Bremen der Anteil der 18- bis 29-Jährigen unter den Nicht-Deutschen um 5,1 Prozentpunkte höher als bei den Deutschen. In der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen beträgt die Differenz sogar 13,4 Prozentpunkte. Umgekehrt sind die Personen mit deutschem Pass älter: 19,9 Prozent gegenüber 15,9 Prozent sind zwischen 50 und 64 Jahre alt und 22,6 Prozent gegenüber 9,7 Prozent sind 65 Jahre und älter.

In Abbildung 15 ist dargestellt, wie viele Personen je Altersgruppe eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit aufweisen, ausgehend von der Gesamtbevölkerung je Altersgruppe. Im Land Bremen gibt es in allen Altersgruppen anteilig mehr Nicht-Deutsche als im Bundesdurchschnitt. Hinsichtlich der Verteilung nach Altersgruppen gibt es zwischen Deutschland und dem Land Bremen keine nennenswerten Unterschiede. Der höchste Anteil an Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit tritt in der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen auf. Von allen 30- bis 49-Jährigen verfügen 11,1 Prozent in Deutschland und 15,5 Prozent im Land Bremen nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit. Danach folgt die Gruppe der 18- bis 29-Jährigen. Dies gilt für sowohl für Deutschland als auch für das Land Bremen. Im Land Bremen sind in den beiden ältesten der fünf Altersgruppen die Anteile der Nicht-Deutschen an der Gesamtbevölkerung am geringsten.

Die relativ geringen Anteile an jüngeren Personen, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, hängen mit einer Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts zusammen. Demnach

wurden zum 1. Januar 2000 Elemente des „ius soli“ in das Staatsangehörigkeitsrecht integriert. D. h., nach dem 1. Januar 1990 in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern können nun unter gewissen Bedingungen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wobei sie sich allerdings bis zum ihrem 23. Lebensjahr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen⁸.

Dass sich unter der älteren Bevölkerung verhältnismäßig wenige Personen mit nicht-deutscher Staatsbürgerschaft befinden, kann damit zusammenhängen, dass ältere Personen tendenziell länger in Deutschland leben als jüngere und daher mit höherer Wahrscheinlichkeit eingebürgert sind.

7.5 Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Familienstand

Im Vergleich zu denjenigen mit deutscher Staatsangehörigkeit überwiegt im Verhältnis der Anteil an Verheirateten bei der Bevölkerung mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit um fast 10 Prozentpunkte (Abbildung 16). Dagegen sind auf der anderen Seite um 6,0 Prozentpunkte weniger nicht-deutsche Personen ledig und um 4,2 Prozentpunkte weniger verwitwet. Dies hängt auch mit den Unterschieden hinsichtlich des Alters zusammen (Kapitel 7.4). In Deutschland insgesamt treten ähnliche Differenzen auf.

7.6 Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Religionszugehörigkeit

Bei der Betrachtung des Merkmals „Staatsangehörigkeit“ in Kombination mit der Zugehörigkeit zu einer öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft zeigen sich deutliche Unterschiede. Demnach sind Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit seltener evangelisch als Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Von allen Nicht-Deutschen sind im Land Bremen 4,7 Prozent und in Deutschland 3,8 Prozent evangelisch (Abbildung 17 und 18).

Katholisch sind im Land Bremen anteilig mehr Personen mit nicht-deutscher als mit deutscher Staatsbürgerschaft (14,6 gegenüber 11,3 Prozent), was damit zusammenhängt, dass der Anteil an Katholiken in Bremen ohnehin recht gering ist. Deutschlandweit betrachtet überwiegt hingegen der Anteil an Katholiken um 5,7 Pro-

Abbildung 17
Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Religionszugehörigkeit im Land Bremen

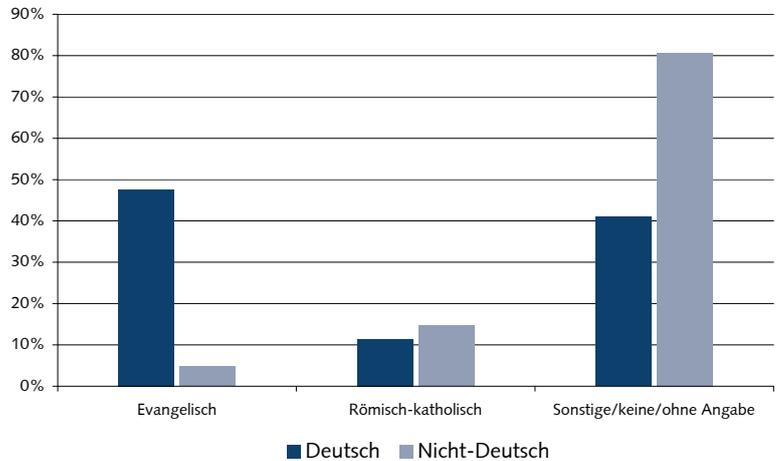
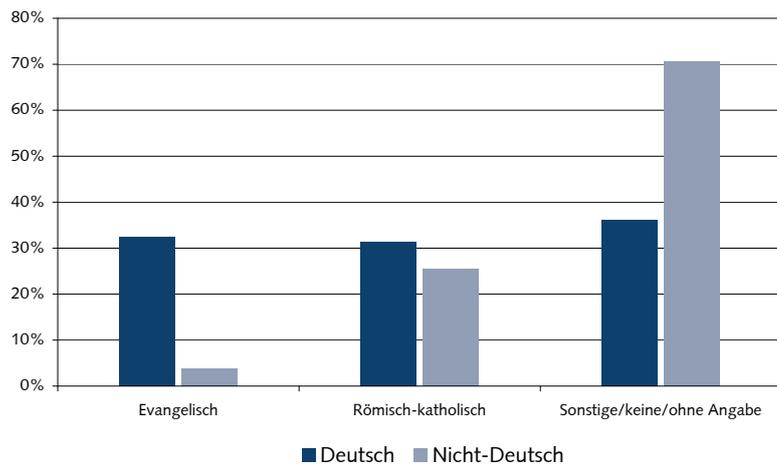


Abbildung 18
Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit und Religionszugehörigkeit in Deutschland



zentpunkte bei denjenigen mit deutscher Staatsangehörigkeit gegenüber denjenigen ohne.

Im Land Bremen ist der Anteil der nicht-deutschen Personen, die keiner der beiden öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften angehören, um 10,0 Prozentpunkte höher als in Deutschland. Bei denjenigen mit deutscher Staatsangehörigkeit beträgt die Differenz lediglich 4,8 Prozentpunkte zwischen den beiden Regionen.

⁸ Zuvor galt in Deutschland das „ius sanguinis“, auch Abstammungsprinzip genannt, bei dem die Staatsangehörigkeit von in Deutschland geborenen Kindern von der Staatsbürgerschaft der Eltern abhängt.

Abbildung 19
Bevölkerung nach Migrationshintergrund im Vergleich Deutschland – Bremen

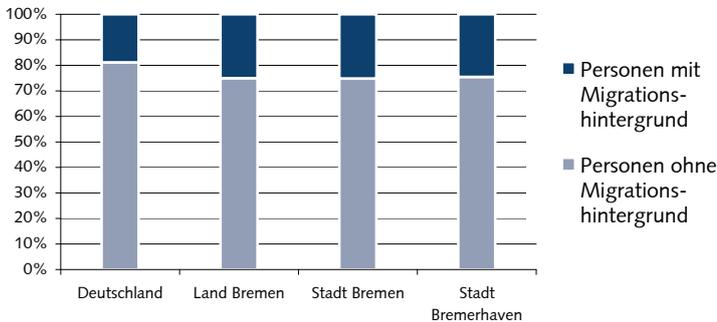
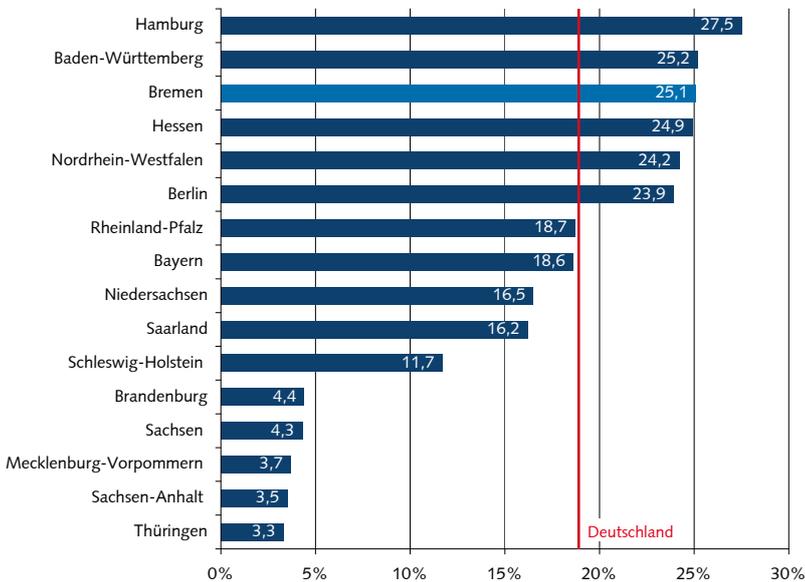


Abbildung 20
Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Vergleich der Länder



8 Wie viele Personen in Bremen haben einen Migrationshintergrund?

8.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

In Deutschland haben knapp 19 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund (Abbildung 19). Im Land Bremen ist es etwa ein Viertel der Bevölkerung. Bei den Ergebnissen verhält es sich analog zu denen des Merkmals Staatsangehörigkeit (Kapitel 7.1). Demnach ist in den Regionen, in denen ein höherer Bevölkerungsanteil mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit lebt, auch ein höherer Anteil an Personen mit Migrationshintergrund zu verzeichnen.

8.2 Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Ländervergleich

Im Bundesländervergleich zeigen sich überdurchschnittlich hohe Anteile an Personen mit Migrationshintergrund in den drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin (Abbildung 20). Baden-Württemberg als Flächenland weist einen leicht höheren Anteil als Bremen auf. Hessen und Nordrhein-Westfalen liegen noch vor Berlin. Die anderen Flächenländer liegen unter dem Bundesdurchschnitt. In den ostdeutschen Bundesländern leben recht wenige Personen mit Migrationshintergrund. Die Anteile betragen dort zwischen 3,3 Prozent in Thüringen und 4,4 Prozent in Brandenburg.

Hier zeigt sich wiederum ein ähnlicher Trend wie bei dem Merkmal „Staatsangehörigkeit Nicht-Deutsch“. Die sechs Bundesländer, in denen überdurchschnittlich viele Personen mit Migrationshintergrund leben, liegen auch bei der Ausprägung „Nicht-Deutsch“ des Merkmals Staatsangehörigkeit über dem Bundesdurchschnitt.

8.3 Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Großstädtevergleich

Abbildung 21 zeigt für die Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohner/-innen in absteigender Reihenfolge auf, wie viele Personen anteilig einen Migrationshintergrund aufweisen. Die rote Linie stellt den Bundesdurchschnitt in Höhe von 18,9 Prozent dar. Im Großstädtevergleich liegt die Stadt Bremen im hinteren Bereich. 11 der 13 Großstädte liegen über dem bundesdeutschen Schnitt. Leipzig und Dresden hingegen liegen weit darunter. Auch hier zeigt sich wiederum ein ähnlicher Verlauf wie bei dem Merkmal „Staatsangehörigkeit Nicht-Deutsch“ im Vergleich der Großstädte (Kapitel 7.3).

9 Zusammenfassung

Im Folgenden werden die Bremer Besonderheiten nach ausgewählten Merkmalen und im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, zu anderen Bundesländern und im Vergleich der 13 Großstädte mit über 500 000 Einwohner/-innen zusammenfassend aufgezeigt.

Geschlecht

- › Gegenüber Deutschland überwiegt im Land Bremen leicht der Frauenanteil.
- › Im Bundesländervergleich weist Bremen den dritthöchsten Frauenanteil auf.
- › Im Großstädtevergleich leben in der Stadt Bremen eher weniger Frauen.

Alter

- › Im Land Bremen gibt es gegenüber dem bundesdeutschen Schnitt unterproportional viele unter 18-Jährige und überproportional viele über 64-Jährige. Im Städtevergleich zeigt sich ein gleiches Bild.

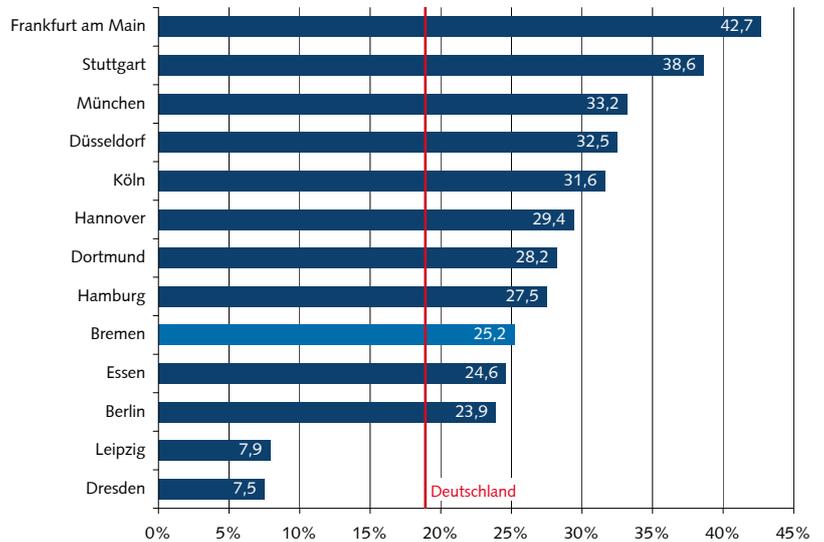
Familienstand

- › Im Land Bremen sind mehr Personen ledig als im Bundesdurchschnitt.
- › Das Land Bremen weist nach Berlin und Hamburg den höchsten Anteil an Ledigen und nach Berlin den höchsten Anteil an Geschiedenen auf.
- › Im Städtevergleich hat Bremen den zehnthöchsten Ledigenanteil und den dritthöchsten Anteil an Verwitweten und Geschiedenen.
- › Frauen im Land Bremen sind häufiger verwitwet und geschieden und seltener ledig als Männer.

Religionszugehörigkeit

- › Im Land Bremen gehören 43,0 Prozent der Bevölkerung der evangelischen Kirche an und knapp 12 Prozent der katholischen. Demgegenüber betragen die Anteile der Gesamtbevölkerung jeweils knapp ein Drittel.
- › Im Vergleich zu den anderen Bundesländern hat Bremen den dritthöchsten Anteil an Personen mit evangelischer Religionszugehörigkeit.
- › Verglichen mit den zwölf anderen Großstädten weist Bremen den höchsten Anteil an Personen auf, die der evangelischen Religionsgesellschaft angehören.
- › In Bremen sowie auch in Deutschland insgesamt gehören mehr Frauen einer der beiden öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften an als Männer.
- › Vor allem die über 64-jährigen Personen sind in Bremen häufig evangelisch oder katholisch. Am seltensten sind es Personen, die noch nicht volljährig sind.

Abbildung 21
Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Vergleich der Großstädte



Staatsangehörigkeit

- › Mit einem Anteil von 10,8 Prozent an Personen mit nicht-deutschem Pass hat das Land Bremen den dritthöchsten Anteil an Nicht-Deutschen unter den Ländern zu verzeichnen.
- › Im Großstädtevergleich weist die Stadt Bremen den zehnthöchsten Anteil (von 13) auf.
- › Personen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit im Land Bremen sind im Durchschnitt jünger als Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.
- › Im Land Bremen sind Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit im Vergleich zu denjenigen mit deutscher Staatsbürgerschaft überproportional häufig verheiratet und unterproportional oft ledig und verwitwet.
- › Nicht-Deutsche im Land Bremen sind im Verhältnis zu Deutschen deutlich seltener evangelisch und leicht überproportional katholisch.

Migrationshintergrund

- › Im Land Bremen weist etwa ein Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund auf. Das sind über 6 Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt.
- › Nach Hamburg und Baden-Württemberg leben im Land Bremen anteilig die meisten Personen mit Migrationshintergrund.
- › Im Vergleich der Großstädte leben in der Stadt Bremen eher wenige Personen mit Migrationshintergrund.

Marleen Wursthorn und Gregor Picker

Bevölkerung nach sozioökonomischen Strukturmerkmalen – Bremen im Vergleich

1 Einleitung

Wie stellt sich der Arbeitsmarkt im Land Bremen und seinen zwei Gemeinden, der Stadt Bremerhaven und der Stadt Bremen, dar? Wie ist der Bildungsgrad der hier lebenden Menschen? Was für eine berufliche Ausbildung haben sie und in welchen Wirtschaftszweigen arbeiten die Bremerinnen und Bremer?

Nachfolgend werden ausgewählte Ergebnisse des Zensus 2011 für das Land Bremen dargestellt. Alle Angaben beziehen sich auf den Zensus-Stichtag am 9. Mai 2011.

Auf regionaler Ebene wird das Land Bremen mit anderen Bundesländern verglichen. Vertiefende Erkenntnisse ergeben sich aus dem Vergleich der Stadt Bremen mit den 12 anderen Großstädten Deutschlands, die mehr als 500 000 Einwohner/-innen haben.

Der Bremer Vergleich zeigt die Unterschiede der beiden Bremer Gemeinden auf.

2 Theoretischer Rahmen und Definitionen

2.1 Höchster Schulabschluss

Dieses Merkmal bezieht sich auf Personen, die 15 Jahre und älter sind. Folgende Ausprägungen werden unterschieden: Ohne Schulabschluss, Haupt- oder Volksschulabschluss, Mittlere Reife oder ein gleichwertiger Abschluss, Hochschul- oder Fachhochschulreife. Der Bildungsstand der in Bremen und Bremerhaven lebenden Menschen wird damit zum Stichtag am 9. Mai 2011 abgebildet.

2.2 Höchster beruflicher Abschluss

Dieses Merkmal bezieht sich auf Personen, die 15 Jahre und älter sind. Folgende Ausprägungen werden unterschieden: Ohne beruflichen Abschluss, Abschluss einer beruflichen Ausbildung von mindestens einem Jahr, Hochschulabschluss.

2.3 Stellung im Beruf

Dieses Merkmal weist die Stellung im Beruf einer Person aus. Bei den Erwerbstätigen gilt das für die derzeitige Tätigkeit, bei den Erwerbslosen für die letzte Tätigkeit, sollte diese weniger als 10 Jahre zurückliegen. Es gibt folgende Ausprägungen: Angestellte oder Arbeiter/-innen, Beamte/-innen, Selbstständige mit Beschäftigten, Selbstständige ohne Beschäftigte, mithelfende Familienangehörige.

„Selbstständige ohne Beschäftigte“ ist eine Ausprägung unter der sich z. B. sogenannte „Ich-AGs“ wiederfinden. Allerdings sind die Zahlen sehr gering, so dass die beiden Ausprägungen „Selbstständige mit Beschäftigten“ und „Selbstständige ohne Beschäftigte“ zu „Selbstständige“ zusammen gefasst wurden.

2.4 Erwerbsstatus

Die Grundlage für dieses Merkmal ist das Labour-Force-Konzept der International Labour Organisation (ILO) der Vereinten Nationen.

„Erwerbstätig im Sinne der Internationale Arbeitsorganisation (ILO)-Definition ist jede Person im erwerbsfähigen Alter, die in einem ein-

wöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat. Auch wer sich in einem formalen Arbeitsverhältnis befindet, das er im Berichtszeitraum nur vorübergehend nicht ausgeübt hat, gilt als erwerbstätig.

Als erwerbslos gilt im Sinne der durch die Europäische Union (EU) konkretisierten Internationale Arbeitsorganisation (ILO)-Abgrenzung jede Person im Alter von 15 bis 74 Jahren, die in diesem Zeitraum nicht erwerbstätig war, aber in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht hat. Auf den zeitlichen Umfang der gesuchten Tätigkeit kommt es nicht an. Eine neue Arbeit muss innerhalb von zwei Wochen aufgenommen werden können. Die Einschaltung einer Agentur für Arbeit oder eines kommunalen Trägers in die Suchbemühungen ist nicht erforderlich. Personen im erwerbsfähigen Alter, die weder erwerbstätig noch erwerbslos sind, gelten als Nichterwerbspersonen.“¹

Aufgrund dieser im Zensus 2011 verwendeten Definition können die Merkmale „Erwerbslose“ und „Nichterwerbspersonen“ nicht direkt mit Zahlen anderer Statistiken, z. B. der Bundesagentur für Arbeit, verglichen werden. Ziel ist vielmehr die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse. „Die für internationale Vergleiche maßgebliche Abgrenzung der Erwerbslosigkeit nach Internationale Arbeitsorganisation (ILO)-Kriterien unterscheidet sich von der Definition der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB), welche der Berichterstattung der Bundesagentur für Arbeit zu Grunde liegt. So fordert das Sozialgesetzbuch (SGB) eine Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder einem kommunalen Träger sowie die Suche nach einer Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden, um als arbeitslos erfasst zu werden. Andererseits kann nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang von unter 15 Stunden als Hinzuverdienstmöglichkeit ausgeübt werden.

Es sind somit in der Internationale Arbeitsorganisation (ILO)-Arbeitsmarktstatistik Erwerbslose enthalten, die die Bundesagentur für Arbeit nicht als arbeitslos zählt. Zum anderen gelten in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit auch

Personen als arbeitslos, die nach Definition der Internationale Arbeitsorganisation (ILO)-Arbeitsmarktstatistik nicht erwerbslos sind.“²

2.5 Wirtschaftszweig

Der Wirtschaftszweig bezieht sich auf die Art der Produktion oder Tätigkeit des Betriebs oder einer ähnlichen Wirtschaftseinheit, in dem bzw. der sich der Arbeitsplatz einer derzeit erwerbsaktiven Person befindet. Bei Erwerbslosen bezieht sich der Wirtschaftszweig auf die letzte Tätigkeit, sollte diese weniger als 10 Jahre zurückliegen. Es werden folgende Ausprägungen unterschieden:

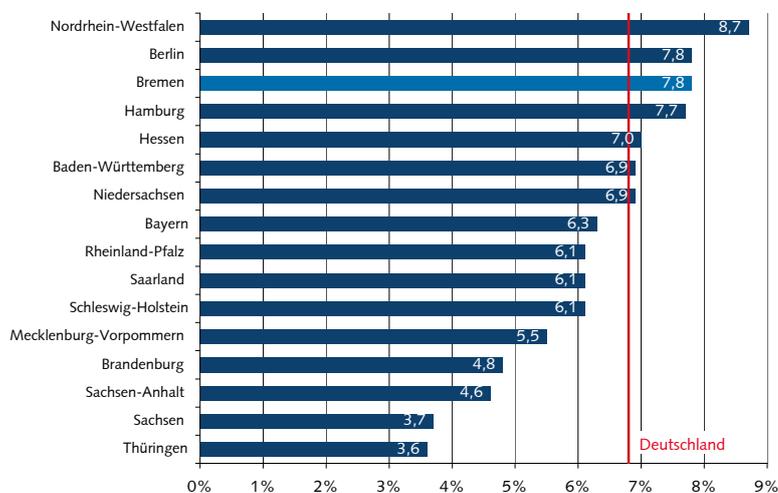
- › Land-/Forstwirtschaft, Fischerei,
- › Produzierendes Gewerbe,
- › Dienstleistungsbereiche.

3 Sozioökonomische Merkmale der Bevölkerung im Vergleich der Bundesländer

3.1 Höchster Schulabschluss im Ländervergleich

Das Land Bremen hat einen relativ hohen Anteil an Menschen ohne Schulabschluss. Sieben Bundesländer liegen über dem Bundesdurchschnitt von 6,8 Prozent. Nur Nordrhein-Westfalen erreicht einen höheren Wert als das Land Bremen.

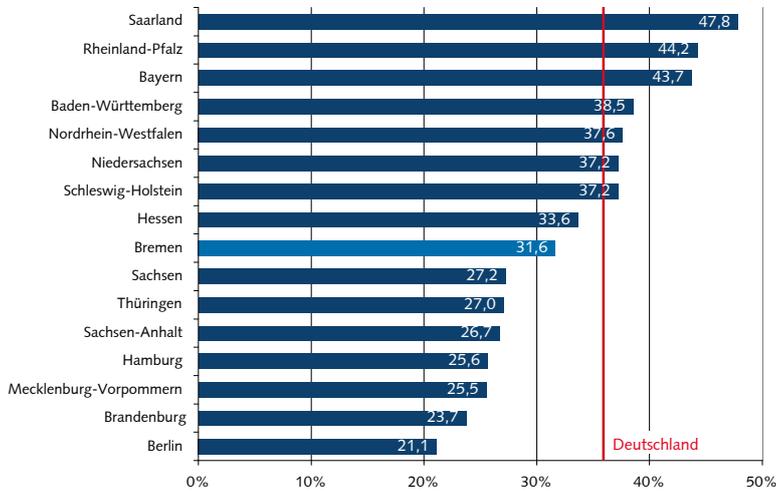
Abbildung 1
Bevölkerung ohne Schulabschluss nach Ländern
Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr



¹ Siehe https://www.destatis.de/DE/Meta/AbisZ/ILO_Arbeitsmarktstatistik.html

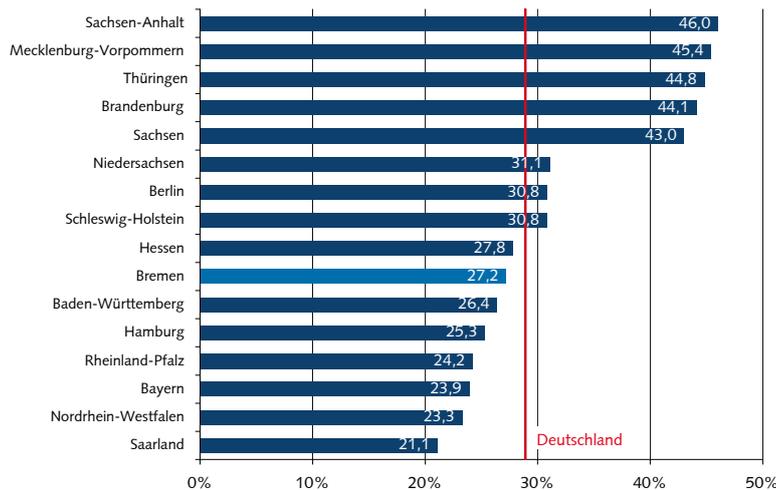
² Siehe https://www.destatis.de/DE/Meta/AbisZ/ILO_Arbeitsmarktstatistik.html

Abbildung 2
Bevölkerung mit Haupt-/Volksschulabschluss nach Ländern
 Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr



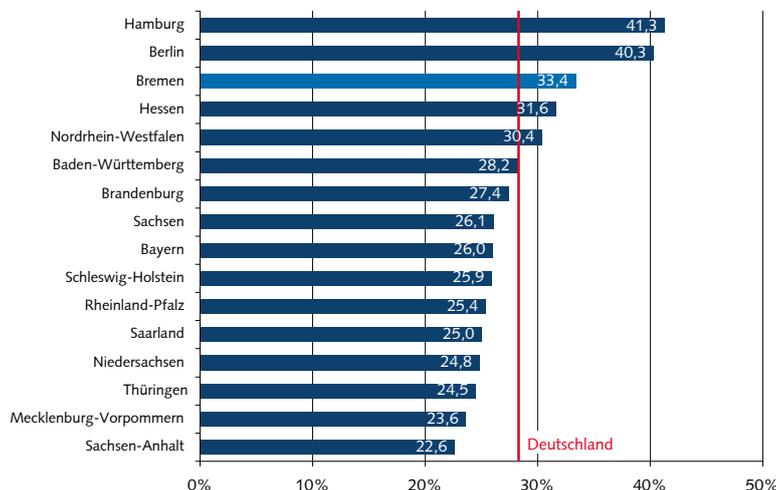
Im Land Bremen haben 31,6 Prozent aller Menschen, die 15 Jahre oder älter sind, einen Haupt- oder Volksschulabschluss. Im Vergleich der Bundesländer ist dies ein mittlerer Wert unter dem deutschen Durchschnitt von 35,9 Prozent.

Abbildung 3
Bevölkerung mit mittlerer Reife oder gleichwertiger Abschluss nach Ländern
 Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr



Die mittlere Reife oder einen gleichwertigen Abschluss haben im Land Bremen 27,2 Prozent der über 14-jährigen Bevölkerung als höchsten schulischen Abschluss angegeben. Neun Bundesländer können einen höheren Wert aufweisen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 28,9 Prozent.

Abbildung 4
Bevölkerung mit Hochschul-/Fachhochschulreife nach Ländern
 Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr

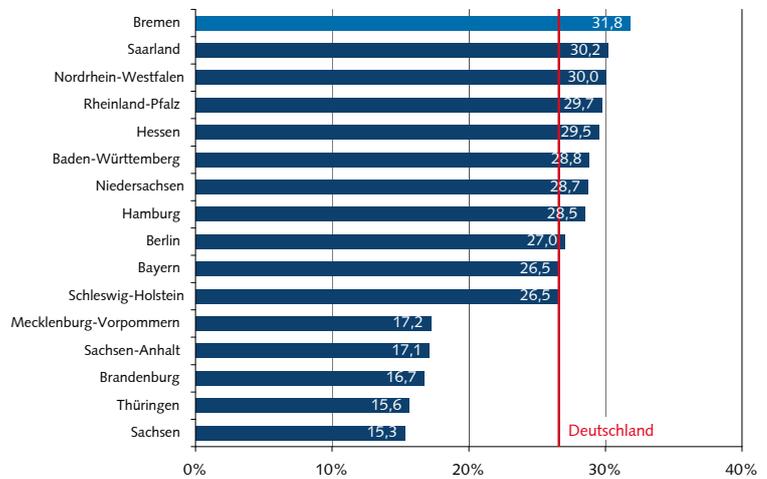


Im Land Bremen haben 33,4 Prozent der über 14-Jährigen angegeben, eine Hochschul- bzw. Fachhochschulreife als höchsten schulischen Abschluss zu besitzen. Nur die anderen Stadtstaaten Berlin und Hamburg können höhere Werte vorweisen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 28,3 Prozent.

3.2 Höchster beruflicher Abschluss im Ländervergleich

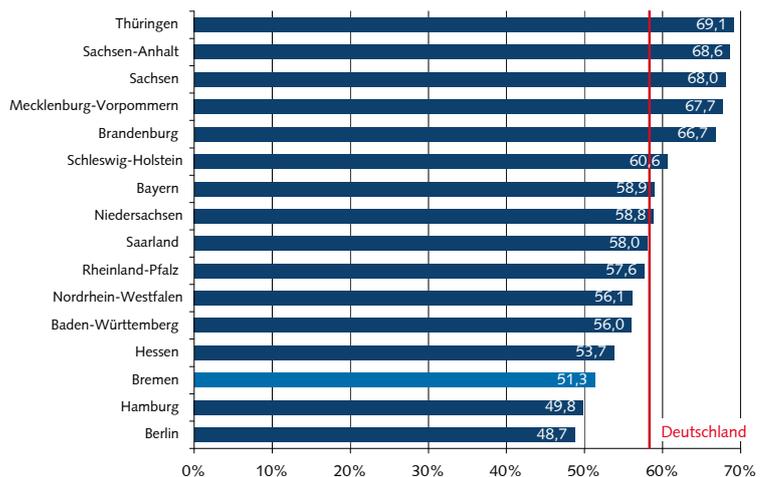
Das Land Bremen hat mit 31,8 Prozent im Vergleich der Bundesländer den höchsten Anteil an Menschen ohne beruflichen Abschluss. Insgesamt liegen neun Bundesländer über dem Bundesdurchschnitt von 26,6 Prozent. Die ostdeutschen Bundesländer fallen durch besonders niedrige Werte auf.

Abbildung 5
Bevölkerung ohne beruflichen Abschluss nach Ländern
Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr



In Deutschland haben 57,3 Prozent der über 14-jährigen Bevölkerung eine berufliche Ausbildung von mindestens einem Jahr. Im Land Bremen sind es 51,3 Prozent. Nur Berlin und Hamburg haben einen geringeren Anteil als das Land Bremen. Auffällig sind die ostdeutschen Bundesländer mit besonders hohen Anteilen.

Abbildung 6
Bevölkerung mit einer beruflichen Ausbildung von mind. 1 Jahr nach Ländern
Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr



Im Land Bremen leben überdurchschnittlich viele Menschen mit einem Hochschulabschluss (17,0 Prozent). Brandenburg, Sachsen und Hessen erreichen ähnliche Werte (zwischen 16,7 und 17 Prozent). Nur Hamburg und Berlin weisen einen höheren Anteil in diesem Segment auf. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 15,1 Prozent.

Abbildung 7
Bevölkerung mit einem Hochschulabschluss nach Ländern
Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr

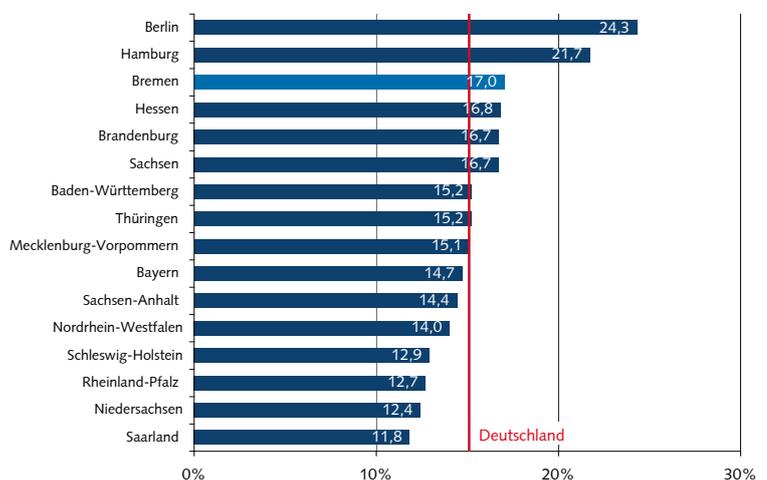
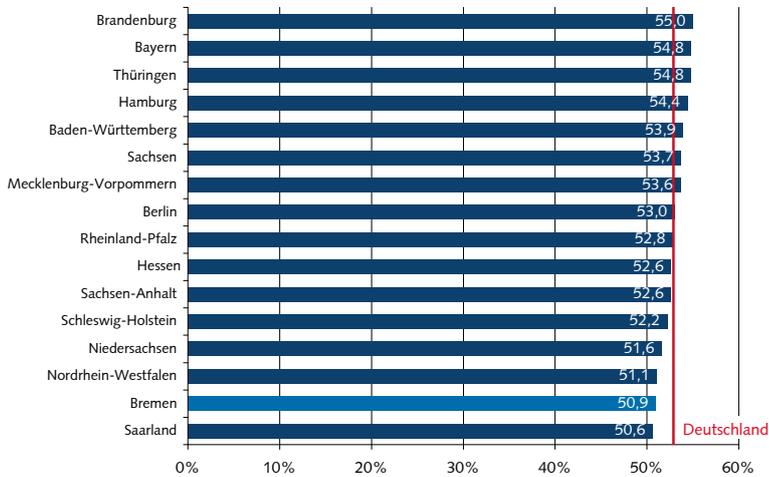


Abbildung 8
Erwerbspersonen nach Ländern

Anteil an der Gesamtbevölkerung (ohne sog. sensible Sonderbereiche)

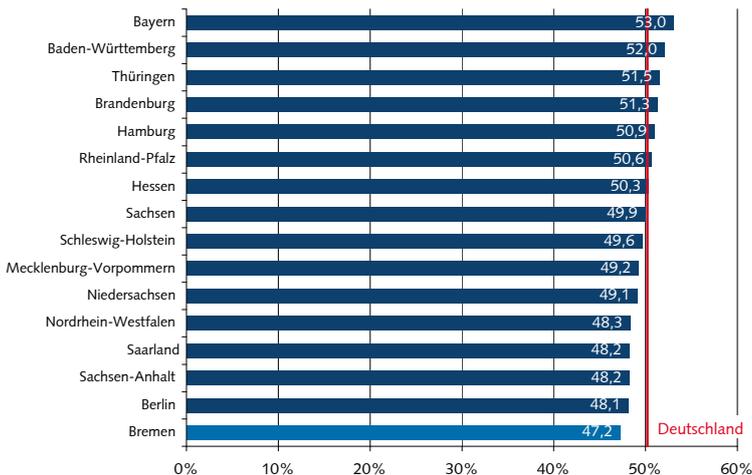


3.3 Erwerbsstatus im Ländervergleich

Als Erwerbspersonen werden alle Menschen definiert, die mindestens 15 Jahre alt sind und einer bezahlten Arbeit nachgehen oder danach suchen. Im Vergleich der Bundesländer liegt das Land Bremen mit 50,9 Prozent unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 52,3 Prozent, nur das Saarland weist einen geringeren Wert auf als das Land Bremen.

Abbildung 9
Erwerbstätige nach Ländern

Anteil an der Gesamtbevölkerung (ohne sog. sensible Sonderbereiche)



Zu den Erwerbstätigen zählen alle Menschen in privaten Haushalten, die mindestens 15 Jahre alt sind und einer bezahlten Tätigkeit nachgehen. Im Vergleich der Bundesländer hat das Land Bremen mit 47,2 Prozent den geringsten Anteil an Erwerbstätigen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 50,2 Prozent.

Abbildung 10
Erwerbslose nach Ländern

Anteil an der Gesamtbevölkerung (ohne sog. sensible Sonderbereiche)



Zu den Erwerbslosen gehören alle Personen, die im Fragebogen angegeben haben, dass sie zum Stichtag arbeitslos waren und in den letzten vier Wochen aktiv nach einer Arbeitsstelle gesucht haben. Das Land Bremen liegt mit 3,7 Prozent im Ländervergleich eher im vorderen Mittelfeld und über dem Bundesdurchschnitt von 2,7 Prozent.

Diese Ergebnisse sind deutlich niedriger als z. B. die durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) veröffentlichten Arbeitslosenquoten, ein direkter Vergleich ist nicht möglich. Der Grund ist, dass im Zensus 2011 „Erwerbslose“ nach dem Labour-Force-Konzept definiert werden, einer für internationale Vergleiche maßgebliche Abgrenzung. Die BA dagegen erfasst registrierte Arbeitslose nach dem Sozialgesetzbuch. Die beiden Personenkreise weisen eine Schnittmenge, aber auch Unterschiede auf (siehe Kapitel 2.4).

Alle Personen, die keiner bezahlten Beschäftigung nachgehen und auch nicht aktiv nach einer solchen suchen, gelten nach der Zensus-Definition als Nichterwerbspersonen. Der Anteil der Nichterwerbspersonen ist in Bremen relativ hoch und liegt im Land mit 49,1 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 47,1 Prozent. Nur das Saarland weist einen höheren Wert auf als Bremen (Abbildung 11 und 12).

Auch hier gilt eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen anderer Statistiken, z. B. der Bundesagentur Agentur für Arbeit (siehe Kapitel 2.4).

Abbildung 11
Nichterwerbspersonen nach Ländern
Anteil an der Gesamtbevölkerung (ohne sog. sensible Sonderbereiche)

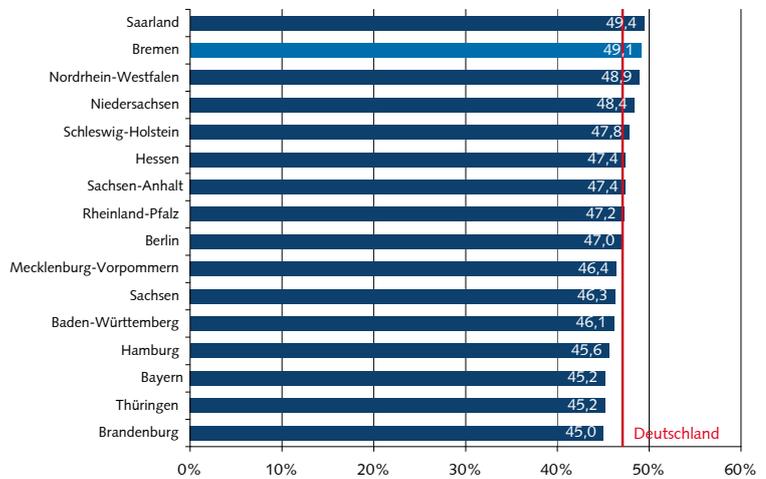
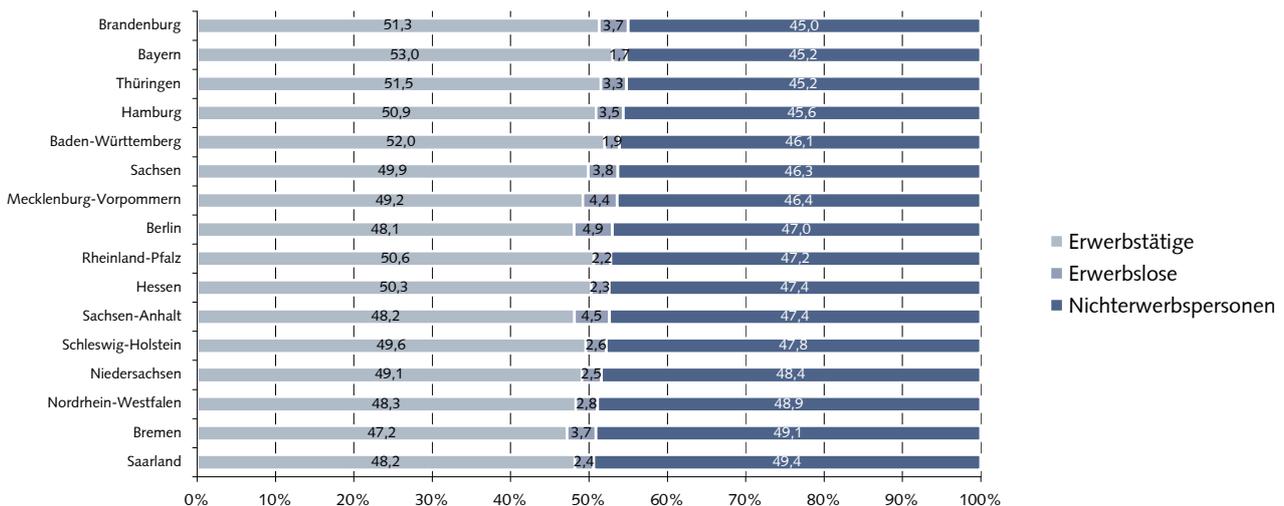


Abbildung 12
Verteilung der Erwerbsbevölkerung nach Ländern
Anteile an der Gesamtbevölkerung (ohne sog. sensible Sonderbereiche)



3.4 Stellung im Beruf im Ländervergleich

Der Anteil der Angestellten liegt im Land Bremen mit 84,2 Prozent nur geringfügig über dem Bundesdurchschnitt von 83,0 Prozent. Im Vergleich der Bundesländer ergibt sich somit für Bremen eine Position im oberen Mittelfeld.

Abbildung 13
Angestellte bzw. Arbeiter/-innen nach Ländern
Anteil an den Erwerbspersonen nach ILO

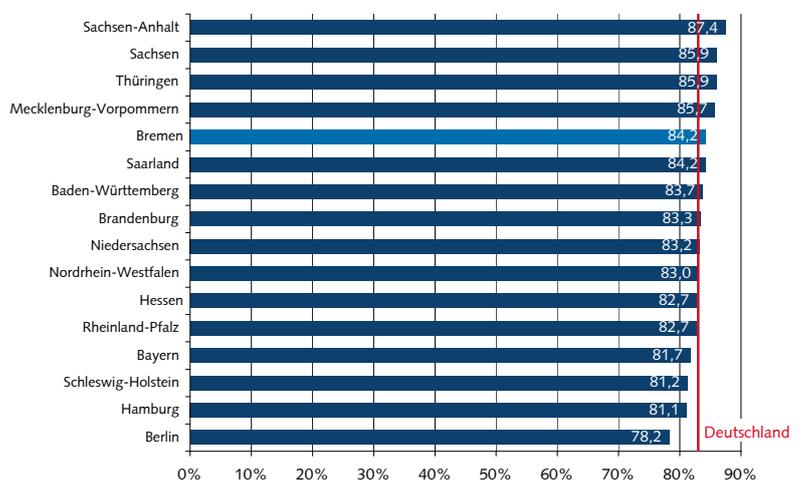
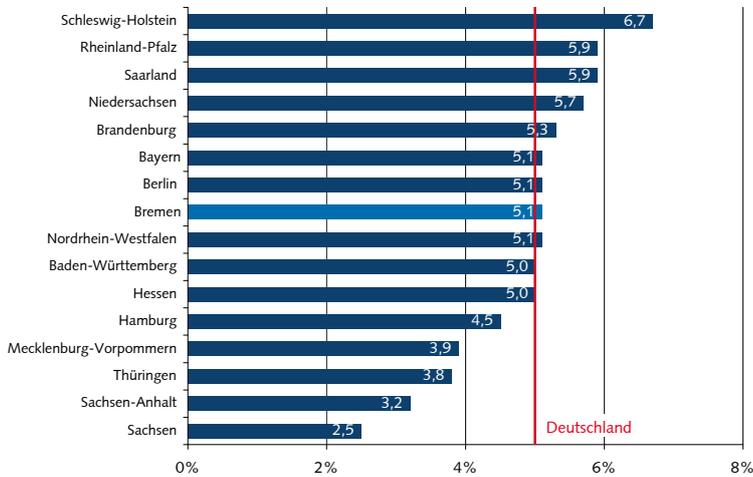
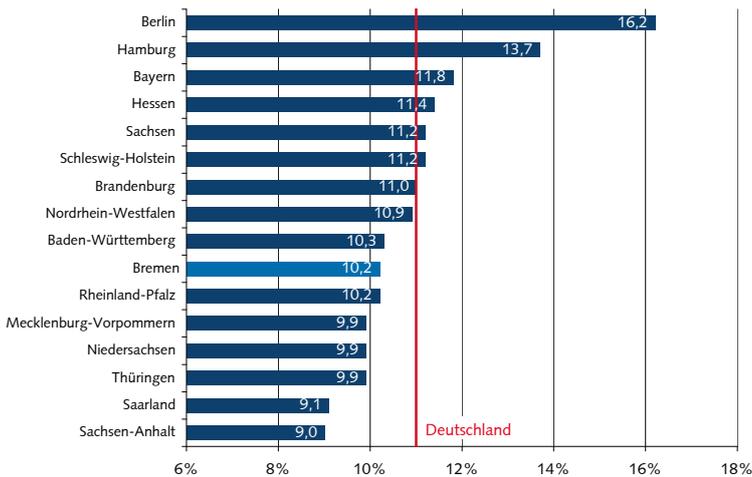


Abbildung 14
Beamte und Beamtinnen nach Ländern
 Anteil an den Erwerbspersonen nach ILO



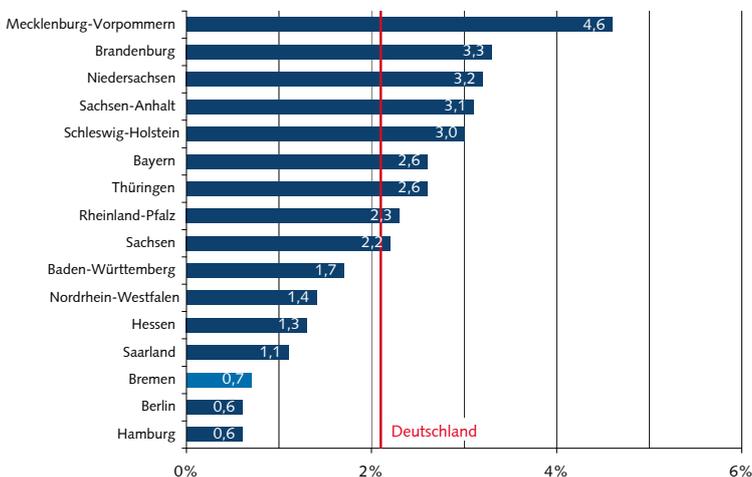
Der Anteil der Beamten/-innen liegt im Land Bremen mit 5,1 Prozent nur knapp über dem Bundesdurchschnitt von 5,0 Prozent. Im Ländervergleich belegt Bremen einen mittleren Platz.

Abbildung 15
Selbstständige nach Ländern
 Anteil an den Erwerbspersonen nach ILO



Die Merkmale „Selbstständige mit Beschäftigten“ und „Selbstständige ohne Beschäftigte“ wurden in Abbildung 15 zusammengefasst. Im Ländervergleich fällt auf, dass der Wert für Bremen (10,2 Prozent) deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 11,0 Prozent bleibt und damit im unteren Mittelfeld liegt.

Abbildung 16
Beschäftigte im Primärsektor nach Ländern
 Anteil an den Erwerbspersonen nach ILO

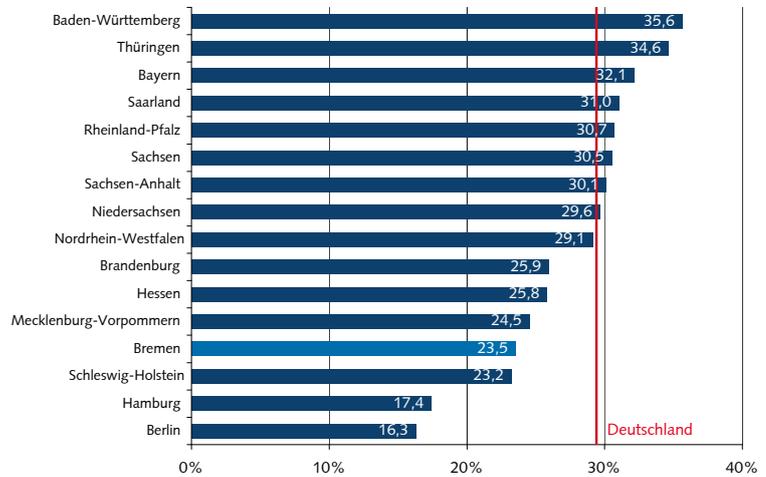


3.5 Wirtschaftszweige im Ländervergleich

Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft arbeiten im Land Bremen erwartungsgemäß nur sehr wenige Erwerbspersonen (0,7 Prozent). Nur Hamburg und Berlin weisen noch geringere Werte auf als Bremen. Der Bundesdurchschnitt von 2,1 Prozent wird nur von neun Flächenländern überschritten.

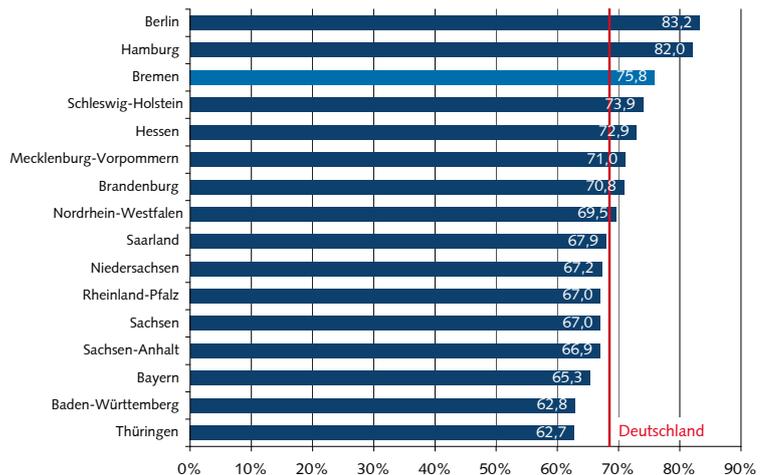
Im Wirtschaftszweig des Produzierenden Gewerbes arbeiten im Bundesdurchschnitt 29,4 Prozent aller Beschäftigten. Im Ländervergleich nimmt Bremen mit 23,5 Prozent einen Platz vor Berlin, Hamburg und Schleswig-Holstein ein und bleibt unter dem Bundesdurchschnitt.

Abbildung 17
Beschäftigte im Sekundärsektor nach Ländern
Anteil an den Erwerbspersonen nach ILO



Der Arbeitsmarkt in Bremen wird größtenteils durch den Dienstleistungsbereich geprägt. 75,8 Prozent der Beschäftigten des Landes Bremens sind hier einzuordnen. Nur die anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin können einen höheren Prozentsatz aufweisen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 68,5 Prozent.

Abbildung 18
Beschäftigte im Tertiärsektor nach Ländern
Anteil an den Erwerbspersonen nach ILO



4 Sozioökonomische Merkmale der Bevölkerung im Vergleich der Großstädte

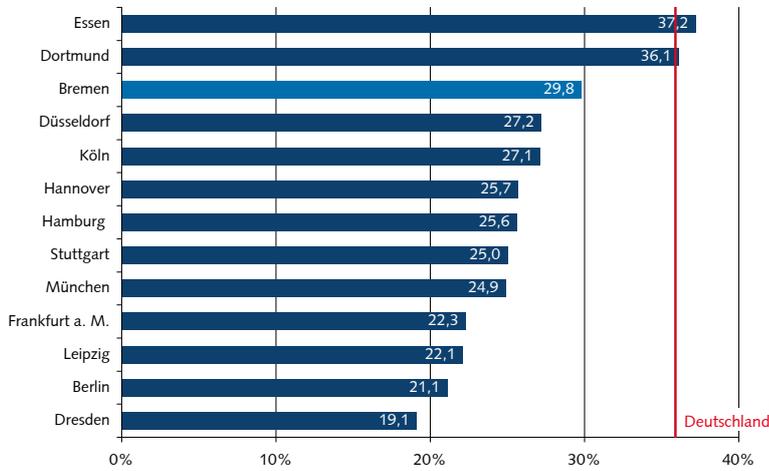
4.1 Höchster Schulabschluss im Städtevergleich

Lag der prozentuale Anteil der Menschen ohne Schulabschluss für das Land Bremen noch sehr hoch, relativiert sich dieses Ergebnis für die Stadt Bremen (7,4 Prozent). Die meisten Großstädte liegen über dem deutschen Durchschnittswert von 6,8 Prozent. Nur Dresden, Leipzig und München weisen einen niedrigeren Wert auf.

Abbildung 19
Bevölkerung ohne Schulabschluss nach Städten
Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr

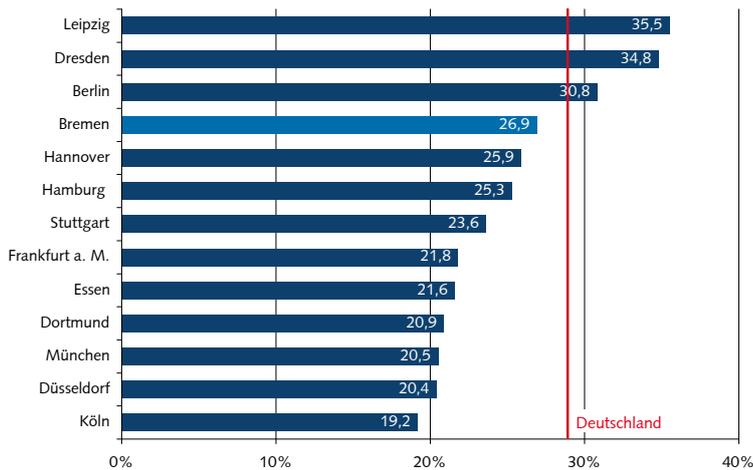


Abbildung 20
Bevölkerung mit Haupt-/Volksschulabschluss nach Städten
 Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr



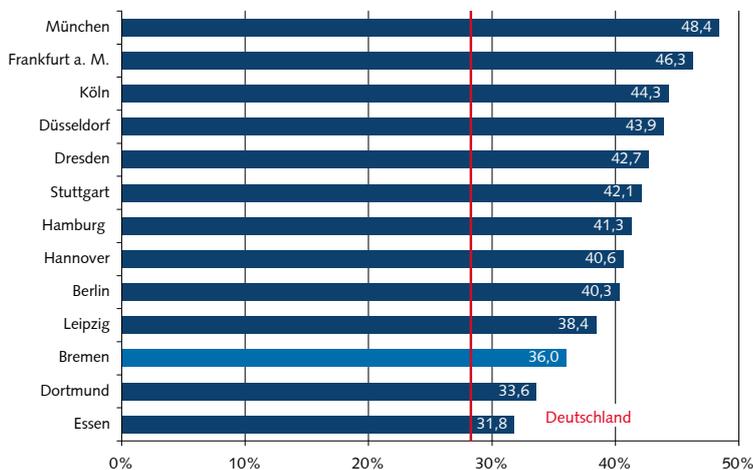
Bundesweit haben 35,9 Prozent der über 14-jährigen Bevölkerung einen Haupt- oder Volksschulabschluss als höchsten Schulabschluss. Im Vergleich der Großstädte fällt auf, dass der Großteil der Städte unter diesem Wert und auch unter dem Wert der Stadt Bremen von 29,8 Prozent liegt. Nur Dortmund und Essen weisen höhere prozentuale Anteile auf.

Abbildung 21
Bevölkerung mit mittlerer Reife oder gleichwertigem Abschluss nach Städten
 Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr



In Bezug auf die mittlere Reife oder einen gleichwertigen Abschluss als höchsten erreichten Schulabschluss können nur Berlin, Dresden und Leipzig einen höheren Wert als Bremen (26,9 Prozent) aufweisen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 28,9 Prozent.

Abbildung 22
Bevölkerung mit Hochschul-/Fachhochschulreife nach Städten
 Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr

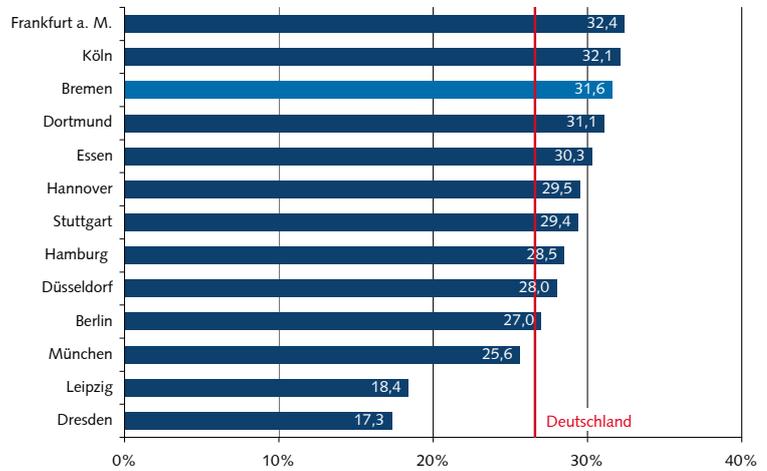


Alle deutschen Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern liegen über dem Bundesdurchschnitt von 28,3 Prozent in Bezug auf einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss als höchsten Schulabschluss. Allerdings wird auch deutlich, dass 10 der 13 verglichenen Großstädte einen höheren Anteil an Menschen mit Abitur bzw. Fachabitur haben als die Stadt Bremen mit 36,0 Prozent.

4.2 Höchster beruflicher Abschluss im Städtevergleich

Der Bundesdurchschnitt für Menschen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss liegt bei 26,6 Prozent. Im Vergleich der Großstädte liegen Köln und Frankfurt am Main über dem Wert der Stadt Bremen (31,6 Prozent). In 10 der 13 Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern liegt der Anteil an Menschen ohne einen beruflichen Ausbildungsabschluss überdurchschnittlich hoch.

Abbildung 23
Bevölkerung ohne beruflichen Abschluss nach Städten
Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr



Der prozentuale Anteil an Menschen mit einem Abschluss einer beruflichen Ausbildung von mindestens einem Jahr liegt bundesweit im Durchschnitt bei 57,3 Prozent. Im Vergleich der Großstädte landet die Stadt Bremen mit einem Wert von 49,8 Prozent im vorderen Mittelfeld. Nur eine der verglichenen Städte liegt über dem Bundesdurchschnitt: Leipzig.

Abbildung 24
Bevölkerung mit Abschluss einer beruflichen Ausbildung von mind. 1 Jahr nach Städten
Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr



Einen Hochschulabschluss als höchsten beruflichen Abschluss haben dagegen prozentual viele Personen, die in Großstädten leben. Die verglichenen Großstädte liegen (bis auf Dortmund und Essen) über dem Bundesdurchschnitt von 15,1 Prozent. Die Stadt Bremen liegt mit einem Wert von 18,7 Prozent im Ranking auf Platz 11 vor Dortmund und Essen.

Abbildung 25
Bevölkerung mit Hochschulabschluss nach Städten
Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr

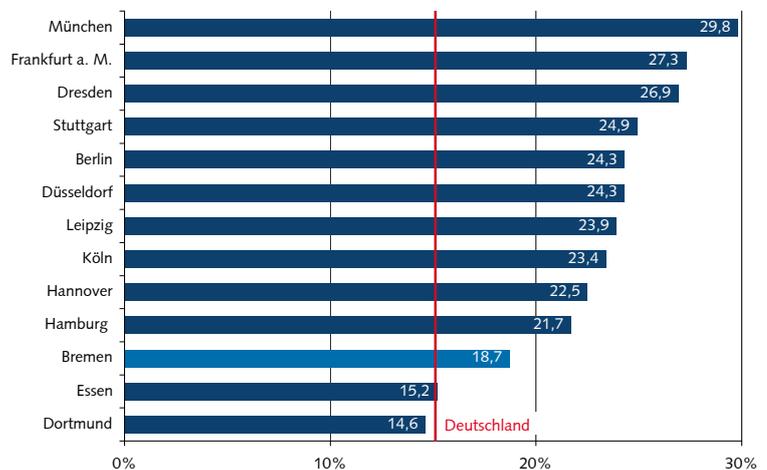
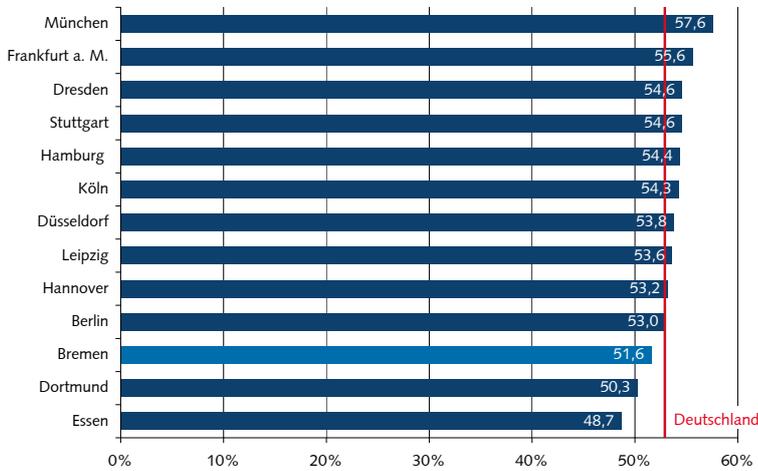


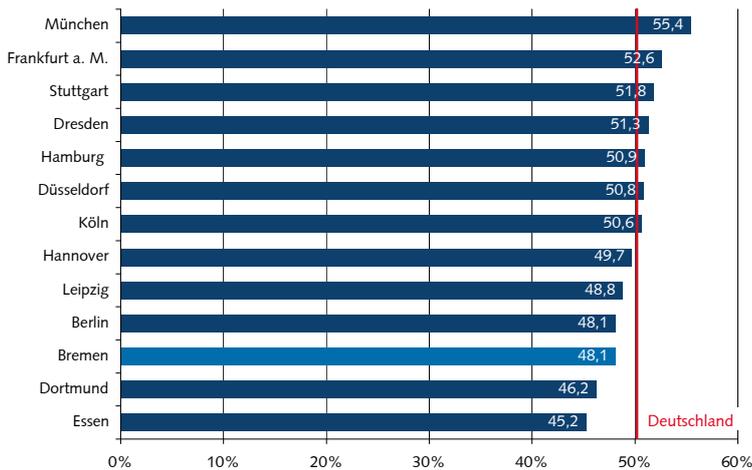
Abbildung 26
Erwerbspersonen nach Städten
 Anteil an der Gesamtbevölkerung (ohne sog. sensible Sonderbereiche)



4.3 Erwerbsstatus im Städtevergleich

Im Vergleich der Großstädte liegt Bremen mit einem Wert von 51,5 Prozent unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 52,3 Prozent des Anteils der Erwerbspersonen. Auch hier liegt Bremen vor Essen und Dortmund, wenn man die Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohner/-innen miteinander vergleicht.

Abbildung 27
Erwerbstätige nach Städten
 Anteil an der Gesamtbevölkerung (ohne sog. sensible Sonderbereiche)



Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Betrachtung des Anteils der Erwerbstätigen. Bremen bleibt mit einem Wert von 48,1 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt von 50,2 Prozent zurück, liegt aber noch vor Essen und Dortmund.

Abbildung 28
Erwerbslose nach Städten
 Anteil an der Gesamtbevölkerung (ohne sog. sensible Sonderbereiche)



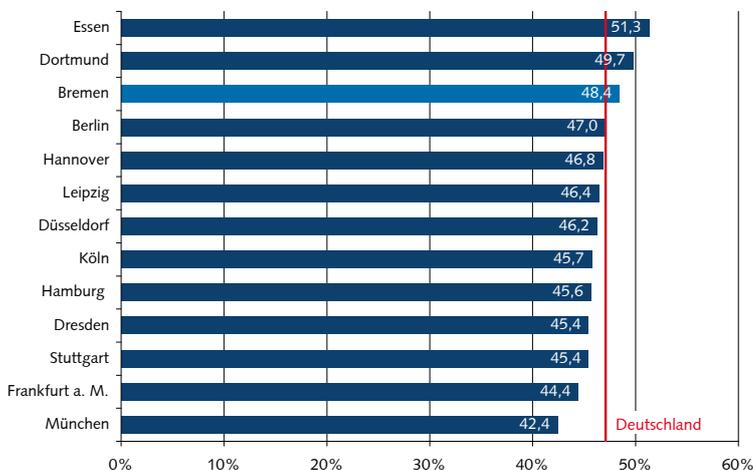
Zu den Erwerbslosen gehören alle Personen, die im Fragebogen der Haushaltstichprobe angegeben haben, dass sie zum Stichtag arbeitslos waren, aber in den letzten vier Wochen aktiv nach einer Arbeitsstelle gesucht haben. Die Stadt Bremen liegt mit einem Wert von 3,5 Prozent eher im Mittelfeld im regionalen Vergleich und über dem Bundesdurchschnitt von 2,7 Prozent.

Diese Ergebnisse sind deutlich niedriger als z. B. die durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) veröffentlichten Arbeitslosenquoten, ein direkter Vergleich ist nicht möglich. Der Grund ist, dass im Zensus 2011 „Erwerbslose“ nach dem Labour-Force-Konzept definiert werden, einer für internationale Vergleiche maßgebliche Abgrenzung. Die BA dagegen erfasst registrierte Arbeitslose nach dem Sozialgesetzbuch. Die beiden Personenkreise weisen eine Schnittmenge, aber auch Unterschiede auf (siehe Kapitel 2.4).

Der Anteil der Nichterwerbspersonen ist in der Stadt Bremen mit einem Wert von 48,4 Prozent relativ hoch und liegt über dem Bundesdurchschnitt von 47,1 Prozent. Nur Dortmund und Essen weisen höhere Werte auf als Bremen.

Auch hier gilt eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen anderer Statistiken, z. B. der Bundesagentur Agentur für Arbeit (siehe Kapitel 2.4).

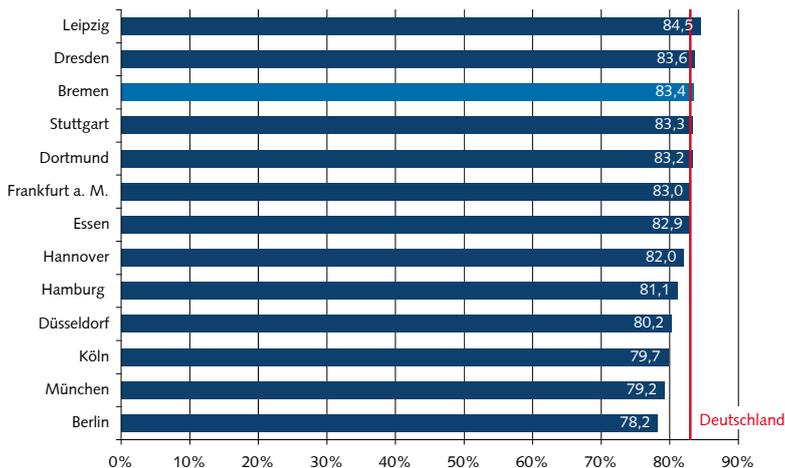
Abbildung 29
Nichterwerbspersonen nach Städten
Anteil an der Gesamtbevölkerung (ohne sog. sensible Sonderbereiche)



4.4 Stellung im Beruf im Städtevergleich

In Bezug auf den prozentualen Anteil der Angestellten bzw. Arbeiter/-innen weisen nur Dresden und Leipzig höhere Werte auf als Bremen (83,4 Prozent). Der Bundesdurchschnitt liegt bei 83,0 Prozent.

Abbildung 30
Angestellte bzw. Arbeiter/-innen nach Städten
Anteil an den Erwerbspersonen nach ILO



Der Anteil der Beamten/-innen an den Erwerbspersonen in der Stadt Bremen liegt mit 5,1 Prozent nur 0,1 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt von 5,0 Prozent. Im Städtevergleich belegt Bremen damit einen mittleren Platz.

Abbildung 31
Beamte und Beamtinnen nach Städten
Anteil an den Erwerbspersonen nach ILO

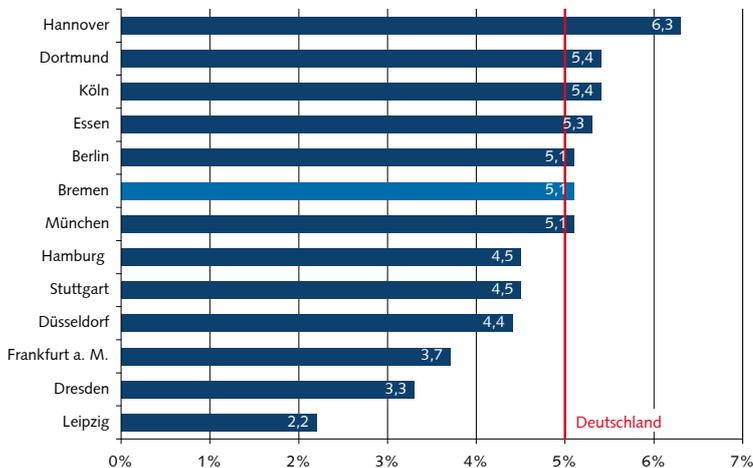
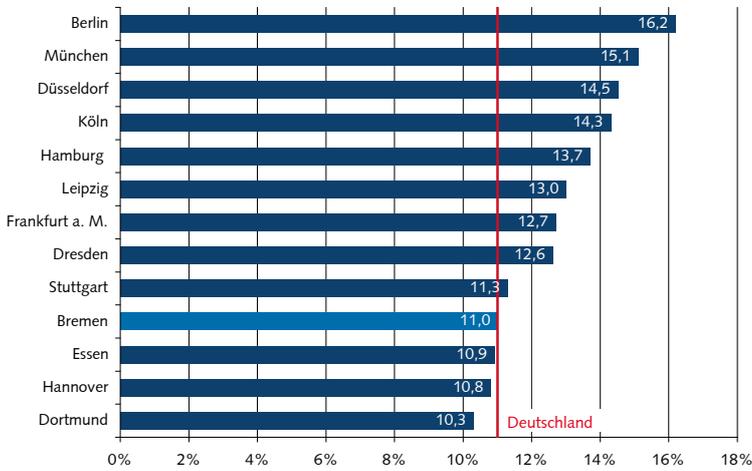
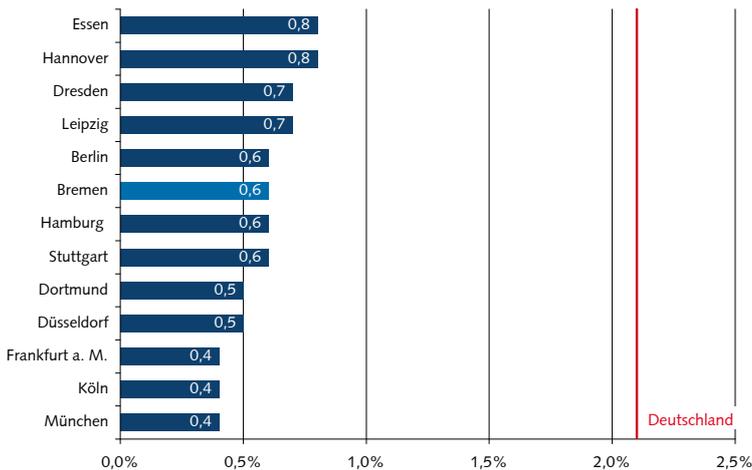


Abbildung 32
Selbstständige nach Städten
 Anteil an den Erwerbspersonen nach ILO



In der Stadt Bremen ist der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbspersonen mit 11 Prozent genauso groß wie im Bundesdurchschnitt. In den meisten der verglichenen Großstädte ist deren Anteil höher. Spitzenreiter ist Berlin, sowohl im Vergleich der Länder als auch der Großstädte.

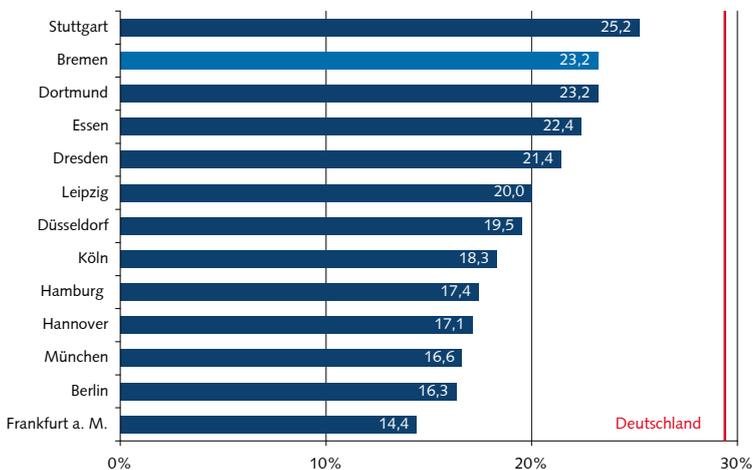
Abbildung 33
Beschäftigte im Primärsektor nach Städten
 Anteil an den Erwerbspersonen nach ILO



4.5 Wirtschaftszweige im Städtevergleich

Der prozentuale Anteil der Menschen, die in der Land-/Forstwirtschaft und Fischerei arbeiten, liegt in allen verglichenen Großstädten bei unter einem Prozent und deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 2,1 Prozent. Die Stadt Bremen liegt bei einem Wert von 0,6 Prozent.

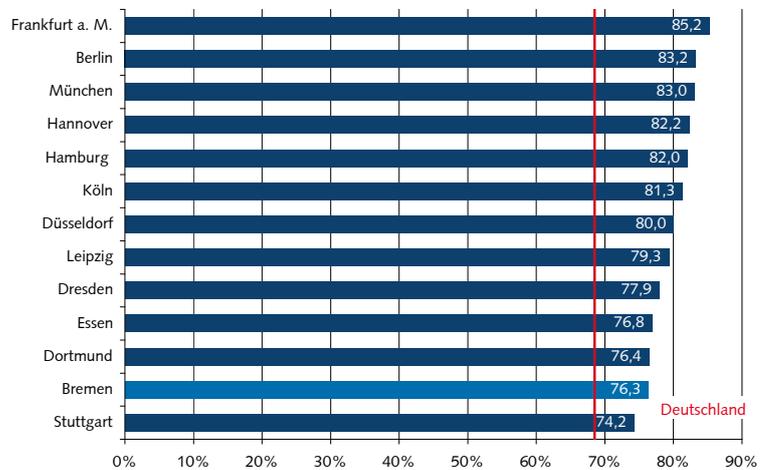
Abbildung 34
Beschäftigte im Sekundärsektor nach Städten
 Anteil an den Erwerbspersonen nach ILO



In Bremen arbeiten mit einem Anteil von 23,2 Prozent vergleichsweise viele Menschen im Produzierenden Gewerbe. Im Ranking der Großstädte kann nur Stuttgart einen höheren Anteil aufweisen. Trotzdem liegen auch in diesem Sektor alle Großstädte unter dem Bundesdurchschnitt von 29,4 Prozent.

Der Schwerpunkt der Beschäftigung liegt in den Großstädten eindeutig im Bereich des Dienstleistungssektors. Alle verglichenen Großstädte liegen deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 68,5 Prozent. Im Ranking nimmt Bremen mit 76,3 Prozent den vorletzten Platz ein. Nur Stuttgart hat einen geringeren Anteil an Beschäftigten im Dienstleistungsbereich.

Abbildung 35
Beschäftigte im Tertiärsektor nach Städten
Anteil an den Erwerbspersonen nach ILO



5 Bremer Besonderheiten

Im Folgenden werden die Besonderheiten im Land Bremen aufgezeigt, dabei wird die Stadt Bremen mit der Stadt Bremerhaven verglichen.

Im Vergleich zu Bremerhaven gibt es in der Stadt Bremen prozentual mehr ...

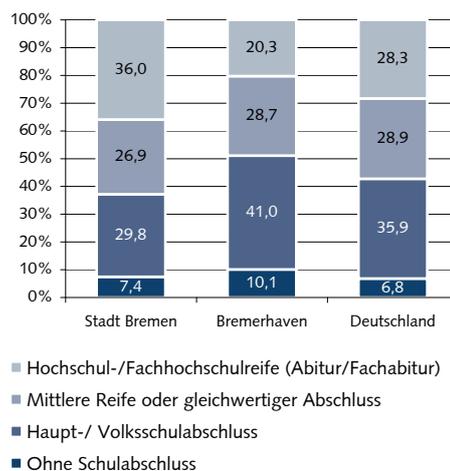
- › Bevölkerung mit Hochschul-/Fachhochschulreife (33,4 bzw. 20,3 Prozent)
- › Bevölkerung mit Hochschulabschluss (18,7 bzw. 8,2 Prozent)
- › Erwerbspersonen (51,6 bzw. 47,4 Prozent)
- › Erwerbstätige (48,1 bzw. 42,6 Prozent)
- › Selbstständige (10,4 bzw. 6,0 Prozent)
- › Beschäftigte im Dienstleistungsbereich (76,3 bzw. 73,2 Prozent)

Im Vergleich zu Bremen gibt es in der Stadt Bremerhaven prozentual mehr ...

- › Menschen mit einem Haupt-/Volksschulabschluss als höchsten schulischen Abschluss; (41,0 bzw. 29,8 Prozent)
- › Menschen mit Mittlerer Reife oder einem gleichwertigen Abschluss als höchsten schulischen Abschluss (28,7 bzw. 26,9 Prozent)
- › Menschen mit einem Abschluss einer beruflichen Ausbildung von mindestens einem Jahr als höchsten beruflichen Abschluss (59,0 bzw. 49,8 Prozent)
- › Nichterwerbspersonen (52,6 bzw. 48,4 Prozent)
- › Angestellte bzw. Arbeiter/-innen (88,3 bzw. 83,4 Prozent)
- › Beamte/-innen (5,4 bzw. 5,1 Prozent)
- › Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe (25,3 bzw. 23,2 Prozent)

Die Anzahl der Menschen mit einer Hochschul- bzw. Fachhochschulreife als höchsten schulischen Abschluss ist in der Stadt Bremen sehr hoch. Dies liegt wahrscheinlich an der hohen Anzahl an Studierenden. In Bremerhaven haben die meisten Menschen ab 15 Jahren angegeben, dass sie einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss als höchsten schulischen Abschluss besitzen. Das ist auch im Bundesdurchschnitt der häufigste Schulabschluss (Abbildung 36).

Abbildung 36
Bevölkerung nach Schulabschlüssen im Bremer Vergleich und in Deutschland
Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr



In der Stadt Bremen gibt es überdurchschnittlich viele Menschen mit einem Hochschulabschluss. Bremerhaven ist als Hochschulstandort nicht so stark geprägt wie Bremen, wodurch sich der geringere Prozentsatz an Menschen mit

Abbildung 37
Bevölkerung nach beruflichen Abschlüssen
im Bremer Vergleich und in Deutschland
 Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr

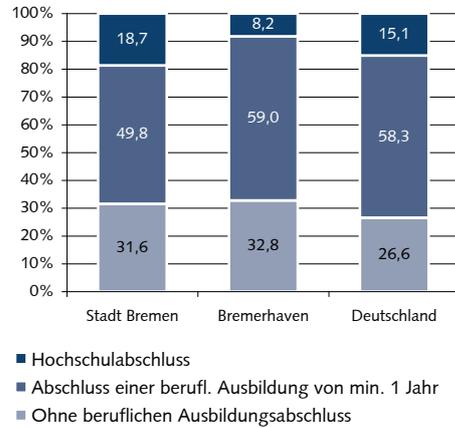


Abbildung 38
Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen
im Bremer Vergleich und in Deutschland
 Anteil an der Erwerbsbevölkerung nach ILO

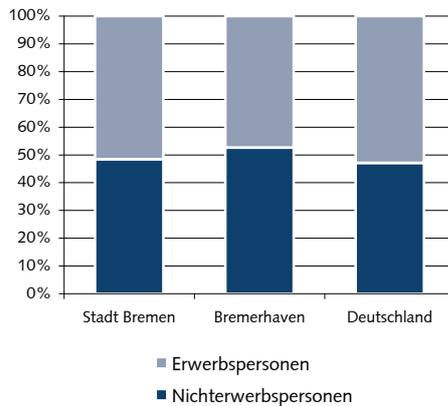
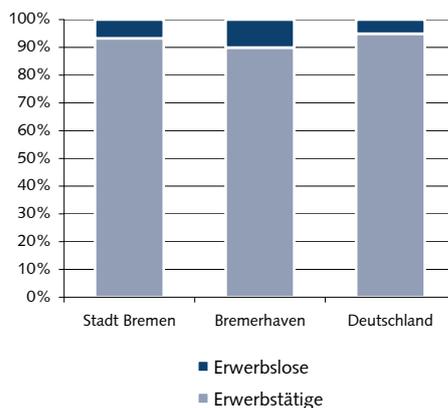


Abbildung 39
Erwerbstätige und Erwerbslose
im Bremer Vergleich und in Deutschland
 Anteil an der Erwerbsbevölkerung nach ILO



Hochschulabschluss erklärt. Sowohl in Bremen als auch Bremerhaven dominiert der Abschluss einer beruflichen Ausbildung von mindestens einem Jahr. Der Prozentsatz der Menschen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss liegt in beiden Städten deutlich über dem Bundesdurchschnitt (Abbildung 37).

Gemäß dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organisation (ILO) der Vereinten Nationen wird die Erwerbsbevölkerung in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen unterteilt. Betrachtet man den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen im Bremer Vergleich fällt auf, dass die Stadt Bremen eher an den Bundesdurchschnitt von 52,9 Prozent heran reicht als Bremerhaven, aber dennoch mit 51,6 Prozent knapp darunter bleibt. Bei den Nichterwerbspersonen liegt Bremerhaven über dem Bundesdurchschnitt von 47,1 Prozent (Abbildung 38).

Bei näherer Betrachtung der Erwerbspersonen fällt auf, dass der prozentuale Anteil an erwerbslosen Personen in Bremerhaven deutlich höher ist als in Bremen. Beide Werte liegen über dem Bundesdurchschnitt von 2,7 Prozent (Abbildung 39).

Der prozentuale Anteil der Angestellten bzw. Arbeiter/-innen liegt in Bremerhaven höher als in Bremen. Dafür gibt es in der Stadt Bremen mehr Menschen, die als Selbstständige tätig sind. Der Anteil der Beamten/-innen ist im Bremer Vergleich relativ ausgeglichen (Abbildung 40).

In Bremerhaven arbeiten mehr Menschen im Produzierenden Gewerbe als in Bremen. Dennoch dominiert in beiden Städten deutlich die Beschäftigung im Dienstleistungssektor. Dies entspricht dem Bundesdurchschnitt (Abbildung 41).

Im Produzierenden Gewerbe arbeiten größtenteils Männer. Der Dienstleistungsbereich ist dagegen eher weiblich dominiert. Diese Trends gelten für Deutschland allgemein und auch für beide Stadtgemeinden Bremens (Abbildung 42).

6 Zusammenfassung

Im Land Bremen gibt es im Vergleich zum Bundesdurchschnitt prozentual mehr:

- › Menschen ohne einen Schulabschluss (7,8 bzw. 6,8 Prozent)
- › Menschen mit Hochschul-/ Fachhochschulreife als höchsten schulischen Abschluss (33,4 bzw. 28,3 Prozent)
- › Menschen ohne beruflichen Ausbildungsabschluss (31,7 bzw. 26,6 Prozent)
- › Menschen mit einem Hochschulabschluss als höchsten beruflichen Abschluss (17,0 bzw. 15,1 Prozent)
- › Erwerbslose (3,7 bzw. 2,7 Prozent)
- › Nichterwerbspersonen (49,1 bzw. 47,1 Prozent)
- › Angestellte bzw. Arbeiter/-innen (84,2 bzw. 83,0 Prozent)
- › Beamte/-innen (5,1 bzw. 5,0 Prozent)
- › Beschäftigte im Dienstleistungsbereich (75,8 bzw. 68,5 Prozent).

Im Land Bremen gibt es im Vergleich zum Bundesdurchschnitt prozentual weniger:

- › Menschen mit einem Haupt-/Volksschulabschluss als höchsten schulischen Abschluss (31,6 bzw. 35,9 Prozent)
- › Menschen mit Mittlerer Reife oder einem gleichwertigen Abschluss als höchsten schulischen Abschluss (27,2 bzw. 28,9 Prozent)
- › Menschen mit einem Abschluss einer beruflichen Ausbildung von mindestens einem Jahr als höchsten beruflichen Abschluss (51,3 bzw. 58,3 Prozent)
- › Erwerbspersonen (50,9 bzw. 52,9 Prozent)
- › Erwerbstätige (47,2 bzw. 50,2 Prozent)
- › Selbstständige (10,2 bzw. 11,0 Prozent)
- › Beschäftigte in Land-/Forstwirtschaft, Fischerei (0,7 bzw. 2,1 Prozent)
- › Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe (23,5 bzw. 29,4 Prozent).

Abbildung 40
Stellung im Beruf im Bremer Vergleich und in Deutschland

Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr

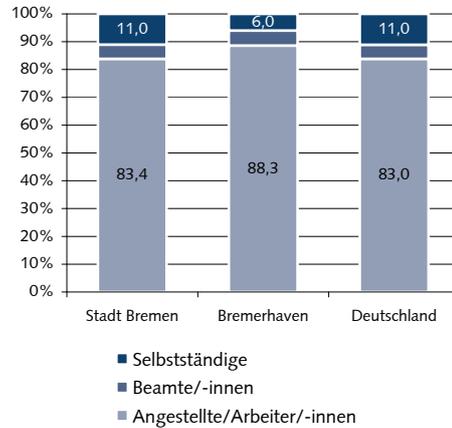


Abbildung 41
Wirtschaftszweige im Bremer Vergleich und in Deutschland

Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr

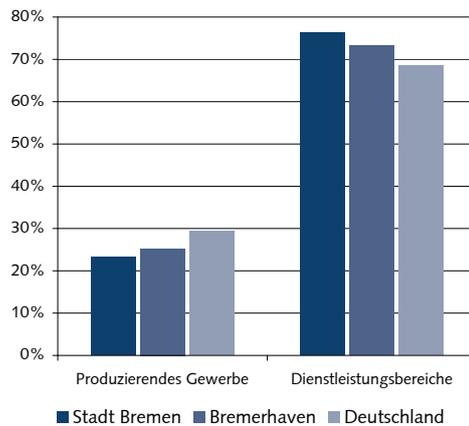
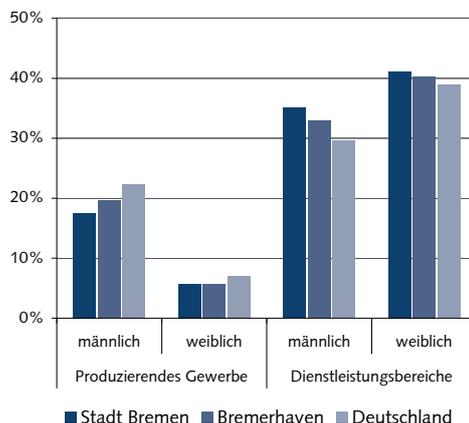


Abbildung 42
Geschlechterverteilung in den Wirtschaftszweigen im Bremer Vergleich und in Deutschland

Anteil an der Bevölkerung von 15 Jahren und mehr



Annett Pruschwitz

Ausgewählte Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung des Zensus 2011 für das Land Bremen

1 Einleitung

Die Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) stellt einen Erhebungsteil des Zensus 2011 dar. Dieser zeichnet sich im Vergleich zu den bisherigen Volkszählungen dadurch aus, dass mit ihm ein methodischer Wandel vollzogen wurde. Während der Volkszählung 1987 erfolgte die Datenerhebung per Fragebogen unter Beteiligung aller Personen bzw. Haushalte der Bundesrepublik. Ziel des Zensus 2011 war, den Kontaktierungsumfang der Bürgerinnen und Bürger möglichst gering zu halten. Zu diesem Zweck wurden bereits vorhandene Register des öffentlichen Sektors genutzt, um die Zählung der Bevölkerung und die statistische Hochrechnung relevanter Haushaltsmerkmale zu gewährleisten. Da für die Gebäude- und Wohnungszählung keine Register vorliegen, auf deren Grundlage der Erhebungsaufwand zu minimieren gewesen wäre, wurde sie als Vollerhebung konzipiert und durchgeführt. Die einzige umfassende amtliche Grundlage wurde 1987 im Rahmen der letzten Volkszählung geschaffen. Seitdem wurden die seinerzeit ermittelten Werte innerhalb der Bau-tätigkeitsstatistik jährlich fortgeschrieben.

Ziel dieses Textes ist es einerseits, die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung den Werten der Gebäude- und Wohnungsfortschreibung gegenüberzustellen. Andererseits werden ausgewählte Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 für das Land Bremen dargestellt.

In einem ersten Teil werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Zählungen von 2011 und 1987 zusammengefasst und Moda-

litäten der darauf aufsetzenden Fortschreibung benannt. Außerdem wird die für das Verständnis der Auswertungen wichtige Systematik der Gebäude erläutert. Des Weiteren werden im Artikel die aktuellen Zahlen der Gebäude- und Wohnungszählung dargestellt und mit denen der Volkszählung 1987 bzw. der Fortschreibung verglichen.

Der zweite Teil widmet sich der Frage, wie sich die Struktur von Gebäuden mit Wohnraum im Land Bremen, vor allem im Hinblick auf das Baujahr und den Gebäudetyp, zusammensetzt. Hier werden beispielsweise Fragen geklärt, wie sich die Gebäudetypen (Reihenhaus, freistehendes Haus, Doppelhaus) in Bremen verteilen oder ob sich die verschiedenen Gebäudetypen hinsichtlich des Alters ihrer Bausubstanz unterscheiden. Unter dem Schwerpunkt der Eigentumsform eines Gebäudes werden Verteilungen von Wohnungs- und Gebäudemerkmalen näher betrachtet.¹ Die Fragestellungen beziehen sich hier zum Beispiel darauf, ob Wohnungen in Gebäuden von Privatbesitzern bzw. Gemeinschaftseigentümern eher vermietet oder eher selbst bewohnt sind und ob die Gebäudegröße dabei eine Rolle spielt.

Der letzte Abschnitt stellt zusammenfassend Kennzahlen der Gebäude- und Wohnungszählung im Ländervergleich tabellarisch bereit.

¹ Die ersten Ergebnisse des Zensus 2011 sind auch über die zentrale Auswertungsdatenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder einzusehen. Diese untergliedert sich in einen statischen und einen dynamischen Tabellenteil. S. dazu die Homepage der Zensusdatenbank des Zensus 2011: <https://ergebnisse.zensus2011.de>

2 Die Gebäude- und Wohnungszählung 2011 als aktuelle Grundlage amtlicher Statistik

Am 9. Mai 2011 fand in der Bundesrepublik Deutschland zum sechsten Mal eine Gebäude- und Wohnungszählung statt, davor in den Jahren 1950, 1956, 1961, 1968 und 1987. Die 1987 im Zusammenhang mit der Volkszählung ermittelte Zahlenbasis diente unter anderem bislang dazu, den Bestand an Wohnungen und Gebäuden jeweils zum Ende eines Jahres zu aktualisieren und zu veröffentlichen. Die Aktualisierung erfolgt dabei unter Verwendung der Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik, indem der Bestand der letzten Zählung jährlich um Bauzugänge erhöht und um Bauabgänge verringert wird. Fortgeschrieben und ausgewiesen werden dabei:

- › die Anzahl der Wohngebäude und Wohnungen,
- › die Verteilung der Wohngebäude und Wohnungen nach
 - › der Größe eines Gebäudes (gemessen an der Anzahl der Wohnungen im Gebäude),
 - › dem Baujahr des Gebäudes²,
- › die Anzahl der Räume und
- › die Wohnfläche.

Weitere Merkmale, die über die Volkszählung erhoben worden sind, bleiben in der Fortschreibung unberücksichtigt.

Allein aufgrund des langen Zeitraums der Fortschreibung und der nicht in aller Vollständigkeit erfassbaren/gemeldeten (baulichen) Veränderungen (zum Beispiel Wohnungszusammenlegungen) kommt es zwangsläufig zu Abweichungen der Datengrundlage zur Realität.³ Da für politische und wohnungswirtschaftliche Entscheidungen eine aktuelle Grundlage über die Gebäude- und Wohnungsstruktur der Bundesrepublik unablässig ist, wurde auch im Jahr 2011 die „Volkszählung“ mit einer Gebäude- und Wohnungszählung verbunden.

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über die Gebäude- und Wohnungszählungen 1987 und 2011 gegeben.

² Es handelt sich hierbei um einen Schätzwert. Das Baujahr ist nicht Bestandteil der Fortschreibung.

³ Methodische Abweichungen und gesellschaftliche/individuelle Einstellungsänderungen gegenüber Umfragen, die sich auf das Antwortverhalten auswirken können, seien an dieser Stelle außer Acht gelassen.

2.1 Personenkreis, Erhebungseinheiten und –merkmale der Gebäude- und Wohnungszählungen 1987 und 2011 – eine Gegenüberstellung

Die Gebäude- und Wohnungszählung war 1987 in die Volkszählung integriert, im Jahr 2011 Bestandteil des Zensus 2011. Beiden Erhebungen lagen Fragebogen zugrunde. Im Rahmen der Volkszählung 1987 wurden allen Haushalten Fragebogen sowohl zur Person (Personenbogen), als auch zur Wohnung/zum Gebäude (Wohnungsbogen mit Gebäudeangaben) durch Zähler persönlich überstellt. Zur Überprüfung der Gesamtergebnisse auf Vollzähligkeit musste zudem ein Haushaltsmantelbogen (Verzeichnis der Personen eines Haushaltes) ausgefüllt werden.

Der Zensus 2011 besteht aus mehreren Erhebungsteilen und trägt damit unter anderem der Forderung nach einer die Bevölkerung wenig belastenden Methodik Rechnung.⁴ Die 1987 noch im Personenbogen erhobenen Merkmale fanden sich im Zensus 2011 teilweise im Erhebungsteil der Haushaltebefragung wieder. Statt der gesamten Bevölkerung wurde jedoch nur ein Anteil aller Haushalte (Stichprobe) via Fragebogen postalisch kontaktiert. Insgesamt ging der Merkmalskranz über den der Volkszählung 1987 hinaus, einige Fragen der Volkszählung 1987 waren jedoch nicht mehr enthalten.⁵

Aufgrund des Fehlens eines Gebäude- und Wohnungsregisters und wegen der zu erwartenden Diskrepanz⁶ zwischen den Fortschreibungswerten und tatsächlichen Gegebenheiten wurde die Gebäude- und Wohnungszählung weiterhin als Vollerhebung durchgeführt. Die schriftliche Befragung richtete sich nun an (in erster Linie) Eigentümer und Eigentümerinnen von Gebäuden mit Wohnraum bzw. Wohnungen.⁷ Angaben zur Wohnsituation mussten also nicht mehr von jedem Haushalt, sondern nur noch von einem deutlich geringeren Per-

⁴ Die Erhebungsteile bestehen aus: Auswertungen von Registerdaten, Gebäude- und Wohnungszählung, Haushaltebefragung und Befragung in Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften. Die Haushaltebefragung war als Stichprobenerhebung konzipiert.

⁵ Zur näheren Erläuterung der Haushaltebefragung siehe auch Pickler, G. und Winkler, N. (2013): „Durchführung der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis“. In: Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.): Statistische Mitteilungen Heft 115, S. 25 - 32. Bremen.

⁶ Der vorbereitend durchgeführte Zensusstest ließ für die Gebäude- und Wohnungszählung erwarten, dass die fortgeschriebenen Wohnungszahlen deutlich erhöht sind. Siehe dazu auch „Begründung des Entwurfs für das Gesetz zur Anordnung des Zensus 2011 sowie zur Änderung des Statistikgesetzes vom 8. Juli 2009 (BR-Drucks. Nr. 3/09 vom 2. Januar 2009)“.

⁷ Zum Personenkreis der Auskunftspflichtigen siehe § 18 Zensusgesetz 2011 (ZensG 2011).

sonenkreis übermittelt werden. Die Fragebogen wurden ausschließlich per Post versendet, die Beantwortung konnte schriftlich auf dem Papierfragebogen oder per Internet auf dem Online-Fragebogen erfolgen. Für Unternehmen bzw. Personen mit großen Eigentumsbeständen bot sich die Möglichkeit, die Daten gebündelt als Datei gesichert zu übermitteln.

Inhaltlich decken die Fragen beider Zählungen zu einem Großteil gleiche Bereiche ab. In Bezug auf die Erhebungseinheiten⁸ und auf die Erhebungsmerkmale⁹ erfolgten von 1987 auf 2011 konzeptionell kaum Änderungen. Berücksichtigt werden Gebäude mit Wohnraum, bewohnte Unterkünfte und Wohnungen. Ausgenommen sind Gebäude, Unterkünfte und Wohnungen, die von ausländischen Staaten oder Angehörigen ausländischer Streitkräfte, diplomatischer oder berufskonsularischer Vertretungen genutzt werden. Die Erhebungsmerkmale der Gebäude- und Wohnungszählungen von 1987 und 2011 sind in Tabelle 1 gelistet; Unterschiede sind zur besseren Übersicht farblich abgesetzt.

2.2 Auswertungsschemata der Gebäudemerkmal: Vergleich der Gebäude- und Wohnungszählungen mit der Fortschreibung

Neben eher geringen Abweichungen der Befragungsinhalte (Tabelle 1), gibt es Unterschiede hinsichtlich der Auswertung zu beachten. Die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählungen von 2011 und 1987 bzw. der Fortschreibung im Rahmen der Bautätigkeit beziehen sich meist auf eine bestimmte Ausprägung der abgefragten Variable „Art des Gebäudes“. Diese zeigt an, wie viele zu Wohnzwecken errichtete Gebäude Wohngebäude, Wohnheime, (sonstige) Gebäude mit Wohnraum oder bewohnte Unterkünfte sind (zur Veranschaulichung siehe Abbildung 1 und Abbildung 2 und die Definitionen weiter unten). Der Strukturbaum, wie er auch in den Veröffentlichungen der amtlichen Gemeindeblätter¹⁰ zum Zensus 2011 wiederzufinden ist, gibt Aufschluss über die Beziehung der Gebäudearten und zeigt zugleich die Anzahl der jeweiligen Gebäudearten/Wohnungen für das Land Bremen.

⁸ Vgl. § 2 Abs. 1 Volkszählungsgesetz 1987 (VoZählG 1987) und § Abs. 3 ZensG 2011.

⁹ Vgl. § 6 Abs. 1 und 2 VoZählG 1987 und § 6 Abs. 2 Zensg 2011.

¹⁰ Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.) (2013): Gebäude und Wohnungen Land Bremen am 9. Mai 2011.

Insbesondere im Vergleich der Ergebnisse des Zensus zu denen der Fortschreibung ist diese Unterscheidung der Gebäudeart bedeutsam. Die im Datenangebot des Statistischen Landesamtes vorliegenden Fortschreibungsergebnisse basieren in der Regel auf der Gebäudeart „Wohngebäude (ohne Wohnheime und ohne Gebäude mit nur 1 oder 2 Ferienwohnungen)“. Die ausgegebenen Wohnungsvariablen weisen hingegen „Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden (ohne Wohnheime)“ aus.¹¹ „Nichtwohngebäude“ ist dabei eine Kategorie der Fortschreibung und weitestgehend mit der GWZ-Kategorie „Sonstige Gebäude mit Wohnraum“ vergleichbar. Anders als in der Gebäude- und Wohnungszählung werden bei der Fortschreibung gewerblich genutzte Wohnungen einbezogen und Freizeitwohnungen ausgeschlossen.

In der aktuellen Auswertungsdatenbank der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 lassen sich alle relevanten Gebäudearten¹² und die Anzahl an Wohnungen der jeweiligen Gebäudeart einbeziehen (also zum Beispiel Anzahl der „Gebäude mit Wohnraum“ und die Anzahl der „Wohnungen in Gebäuden mit Wohnraum“). Die Auszählung der Wohnungen lässt jedoch „gewerblich genutzte und Diplomaten-/Streitkräftewohnungen“ unberücksichtigt.

Schließlich ist in Bezug auf die Vergleichbarkeit der Daten noch zu bemerken, dass 1987 bei den Auswertungen der Wohnungen der Begriff „Wohneinheiten“ gebildet wurde, der sich in „Wohnungen“ und „sonstige Wohneinheiten“ gliedert. Letztgenannte sind definiert als: alle Wohneinheiten in Unterkünften sowie Wohneinheiten in Gebäuden, die nicht mit Küche oder Kochnische ausgestattet sind. „Sonstige Wohneinheiten“ werden durch die Fortschreibung nicht ausgewiesen. Die GWZ 2011 kennt diese Unterscheidung nicht.

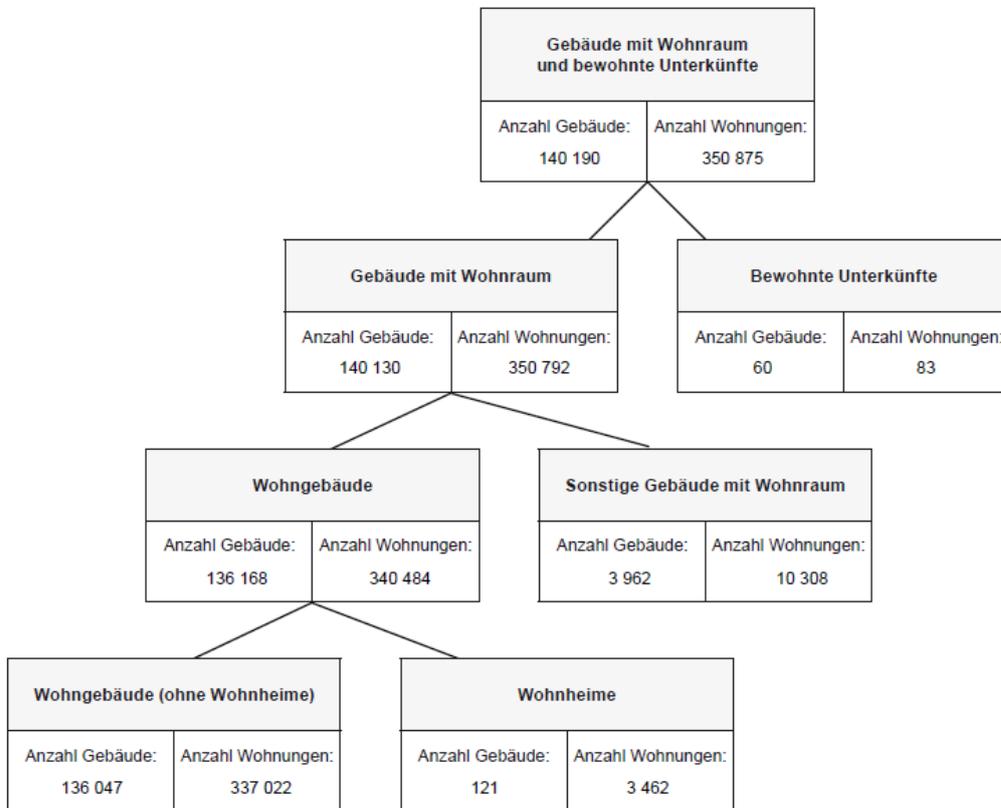
¹¹ Die Auswertungsforen der Fortschreibung und des Zensus 2011 (GWZ) sind u. a. wie folgt zu recherchieren: Gebäude- und Wohnungsfortschreibung: auf der Homepage des Statistischen Landesamtes Bremen (www.statistik.bremen.de) abzurufende Datenangebote des „Infosystem“; Bereich der „Gebäude und Wohnungen, Bautätigkeit, Baulandverkäufe“ und für die Gebäude- und Wohnungszählung Zensus 2011: ebenfalls auf der Homepage des Landesamtes Bremen die Datenangebote und die Veröffentlichungen unter der Kategorie „Themen“. Als bundesweites Medium steht die Auswertungsdatenbank zur Verfügung, innerhalb derer statische und dynamische Tabellen ausgewiesen werden.

¹² Ausgenommen sind Ergebnisse der Gebäudeart „bewohnte Unterkünfte“.

Tabelle 1
Variablen der Gebäude- und Wohnungszählungen 1987 und 2011

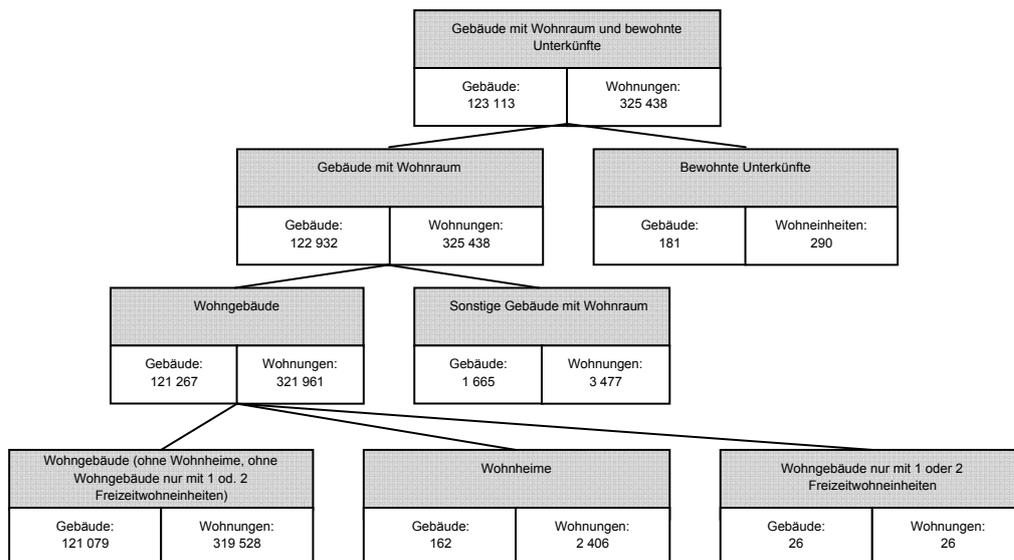
Gebäude- und Wohnungszählung 1987	Gebäude- und Wohnungszählung 2011
Gemeinde	Gemeinde, Postleitzahl, amtlicher Gemeindegchlüssel
<u>Gebäude:</u>	<u>Gebäude:</u>
Art des Gebäudes	Art des Gebäudes
Wohngebäude	Wohngebäude
sonstiges Gebäude mit Wohnraum	sonstiges Gebäude mit Wohnraum
bewohnte Unterkunft	bewohnte Unterkunft
Wohnheim	Wohnheim
Zahl der Wohnungen und Arbeitsstätten im Gebäude	Anzahl der Wohnungen im Gebäude
Baujahr	Baujahr
Eigentümer	Eigentümer
Einzelperson oder Personengemeinschaften	Privatperson/en
Gemeinschaft von Wohnungseigentümern	Gemeinschaft von Wohnungseigentümern
Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen,	Wohnungsgenossenschaft
Wohnungsbaugenossenschaft	Privatwirtschaftliches Unternehmen
Freies Wohnungsbaunternehmen	Anderes privatwirtschaftliches Unternehmen
Sonstiger Eigentümer	Kommune oder kommunales
Förderung der Wohnung	Wohnungsunternehmen
	Bund, Land
	Organisation ohne Erwerbszweck
	Gebäudetyp
	Freistehendes Ein- oder Mehrfamilienhaus
	Doppelhaus (Ein- oder Mehrfamilienhaus)
	Gereichtes Ein- oder Mehrfamilienhaus
	Anderer Gebäudetyp
	Heizungsart
	Fernheizung
	Zentralheizung
	Etagenheizung
	Einzel- oder Mehrraumöfen
	Keine Heizung
<u>Wohnungen:</u>	<u>Wohnungen</u>
Bewohnen der Wohnung durch	Eigentumsverhältnis
Eigentümer	Privatperson/en
Hauptmieter	Privatwirtschaftliches Unternehmen
Untermieter	Öffentliches Unternehmen
Angehörige ausländischer Streitkräfte,	Wohnungsgenossenschaft
diplomatischer, berufskonsularischer	Art der Nutzung
Vertretungen sowie der ständigen Vertretung	Von Eigentümer/n bewohnt
der Deutschen Demokratischen Republik	Zu Wohnzwecken vermietet
Freizeitwohnung	Leer stehend
Einzugsjahr des Haushalts	Gesamte Wohnung gewerblich genutzt
Ausstattung der Wohnung	Wohnungstyp
Küche	Ferien-/Freizeitwohnung
Kochnische	Diplomaten-/ausländische Streitkräftewohnung
Bad/Dusche	Keines von beiden
WC	Ausstattung der Wohnung
Art der Beheizung	mit WC
Fern-, Blockheizung	Dusche
Zentralheizung	Badewanne
Etagenheizung	Anzahl der Räume
Einzel- oder Mehrraumöfen	Wohnungsfläche
Brennstoff	Anzahl der Bewohner
Gas, Heizöl, Strom, Kohle, Holz, Fernwärme,	
Sonnenergie, Wärmepumpe	
Zahl der Räume mit mindestens 6 m ² und davon Anzahl	
untervermieteter oder gewerblich genutzter Räume	
Fläche der gesamten Wohnung	
Förderung der Wohnung mit Mitteln des	
sozialen Wohnungsbaus	
Höhe der Miete	
Dienst-, Werks-, Berufs- oder Geschäftsmietwohnung	
Ermäßigung oder Wegfall der Miete	

Abbildung 1
Systematik von Gebäuden und Wohnungen beim Zensus 2011 und deren jeweilige Anzahl im Land Bremen
 Zur Erläuterung der verschiedenen Ausprägungen siehe nebenstehenden Textkasten



Quelle: Zensus 2011, Gemeindeblatt für das Land Bremen: Gebäude und Wohnungen.

Abbildung 2
Systematik von Gebäuden und Wohnungen bei der Volkszählung 1987 und deren jeweilige Anzahl im Land Bremen



Quelle: Schematische Darstellung der Gebäudearten der Gebäude- und Wohnungszählung 1987

Erläuterungen zu Abbildung 1:

Die einzelnen Ausprägungen sind für die GWZ 2011 wie folgt definiert:

- › **Gebäude mit Wohnraum:** Für längere Dauer errichtete Bauwerke, die entweder vollständig oder teilweise für die Wohnversorgung von Haushalten bestimmt sind. Hierzu zählen auch administrative oder gewerblich genutzte Gebäude, wenn in ihnen mindestens eine zu Wohnzwecken genutzte Wohnung vorhanden ist. Gebäude mit Wohnraum gliedern sich in Wohngebäude und sonstige Gebäude mit Wohnraum.
- › **Wohngebäude:** Gebäude, die mindestens zur Hälfte der Gesamtnutzfläche zu Wohnzwecken genutzt werden. Zu den Wohngebäuden gehören auch die Wohnheime (mit eigener Haushaltsführung der Bewohner/-innen).
- › **Wohngebäude - ohne Wohnheime:** Gebäude, die mindestens zur Hälfte der Gesamtnutzfläche zu Wohnzwecken genutzt werden.
- › **Wohnheime - mit eigener Haushaltsführung der Bewohner/-innen:** Wohnheime sind Wohngebäude, die primär den Wohnbedürfnissen bestimmter Bevölkerungskreise dienen. Wohnheime besitzen Gemeinschaftsräume. Die Bewohner/-innen von Wohnheimen führen einen eigenen Haushalt.
- › **Sonstige Gebäude mit Wohnraum:** Gebäude, in denen weniger als die Hälfte der Gesamtnutzfläche für Wohnzwecke genutzt wird, zum Beispiel weil sich im Gebäude überwiegend Läden oder Büros befinden.
- › **Bewohnte Unterkünfte:** Bewohnte Unterkünfte sind behelfsmäßige Bauten. Hierzu zählen zum Beispiel Wohnbaracken, Bauwagen, Wohnwagen (zum Beispiel auf Campingplätzen), Gartenlauben, Schrebergartenhütten, Jagdhütten, Weinberghütten, Almhütten, fest verankerte Wohnschiffe und Wohncontainer, sofern diese dauerhaft bewohnt werden.

Die GWZ 1987 basiert auf einer ähnlichen Struktur und ähnlichen Definitionen (Vgl. dazu Statistische Mitteilungen des Statistischen Landesamtes Bremen: Teil 2: Gebäude- und Wohnungszählung; Volkszählung am 25. Mai 1987, Heft 80). Lediglich auf unterster Ebene wurde zwischen „Wohngebäude (ohne Wohnheime, ohne Wohngebäude nur mit 1 oder 2 Freizeitwohneinheiten)“, „Wohnheime“ und „Wohngebäude nur mit 1 oder 2 Freizeitwohneinheiten“ unterschieden.

2.3 Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 im Vergleich mit Kennzahlen der Fortschreibung

Laut GWZ 2011¹³ existieren für das Land Bremen 136 047 Wohngebäude (ohne Wohnheime). In den letzten 24 Jahren (von 1987 bis 2011) ist damit eine Zunahme um 14 968 Wohnobjekte zu verzeichnen. Der Vergleich der über die GWZ 2011 ermittelten Gebäude mit denen per Fortschreibung für 2011 hochgerechnet weist eine positive Differenz von weniger als einem Prozent aus (Tabelle 2), was im Bundesvergleich als eine niedrige Abweichung anzusehen ist.¹⁴ D. h., im Land Bremen gibt es 1 171 Wohngebäude mehr als durch die Fortschreibung zu erwarten gewesen wären.

Wie durch den Zensustest bereits beschrieben, verhält es sich in Bezug auf die Größen-

Tabelle 2
Wohngebäude im Land Bremen nach Größe und Wohnfläche
Ergebnisse der GWZ 2011 und der Fortschreibung des Wohngebäudebestandes

Datenquelle	Wohngebäude ¹⁾			Wohnfläche in 100 m ²
	insgesamt	darunter mit		
		1 Wohnung	2 Wohnungen	
Anzahl				
Gebäude- und Wohnungszählung 2011	136 047	90 042	13 625	269 955
Fortschreibung 2011	134 876	80 323	20 757	270 600
Differenz	1 171	9 719	- 7 132	- 645
Gebäude- und Wohnungszählung 1987	121 079	69 468	19 518	239 296

1) Ohne Wohnheime.

ordnung der Wohnungen anders.¹⁵ Hier stehen laut der GWZ 2011 gleich 5 400 (1,5 Prozent) Wohnungen weniger zur Verfügung als durch die Fortschreibung ermittelt (Tabelle 3).¹⁶ Al-

13 Stichtag der Erhebung war der 9. Mai 2011; Stand der veröffentlichten Ergebnisse ist Mai 2013.

14 Die durchschnittliche Abweichung aller Bundesländer zwischen GWZ 2011 und Fortschreibung 2010 betrug 1,4 Prozent.

15 Besonders drastisch ist die Abweichung zwischen den Wohnungshäufigkeiten in Wohngebäuden (ohne Wohnheime). Sie beträgt (ohne seitens der GWZ gewerblich genutzte Wohnungen zu berücksichtigen) 14.485 (337.022-351.507) Wohnungen. Offensichtlich findet der Ausgleich zwischen Über- und Unterzählung größtenteils im Bereich der Nichtwohn- bzw. sonstigen Gebäude statt.

16 Der für die Berechnung der Differenz notwendige Ausgangswert

Tabelle 3
Wohnungsbestand in Wohn- und Nichtwohn-/sonstigen Gebäuden im Land Bremen nach der Anzahl der Räume
 Ergebnisse der GWZ 2011 und der Fortschreibung des Wohnungsbestandes

Datenquelle	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ¹⁾							
	insgesamt	davon mit ... Raum/Räumen ²⁾						
		1	2	3	4	5	6	7 oder mehr
Anzahl								
Gebäude- und Wohnungszählung 2011	350 485	11 193	46 732	93 653	91 150	49 748	29 353	25 501
Fortschreibung 2011	355 885	9 296	19 966	91 963	121 709	67 024	27 716	18 211
Differenz	- 5 400	1 897	26 766	1 690	- 30 559	- 17 276	1 637	7 290
Gebäude- und Wohnungszählung 1987	322 634	8 037	17 387	83 856	114 856	59 126	24 138	15 234

1) Ohne Wohnheime. 2) Als Räume zählen alle Wohn- und Schlafräume mit 6 m² oder mehr Wohnfläche sowie alle Küchen.

Tabelle 4
Anzahl der Räume in Wohnungen im Land Bremen
 Ergebnisse der GWZ 2011 und der Fortschreibung
 des Wohnungsbestandes

Datenquelle	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ¹⁾	
	Anzahl	Räume
Gebäude- und Wohnungszählung 2011	350 485	1 396 786
Fortschreibung 2011	355 885	1 453 535
Differenz	- 5 400	- 56 749

1) Ohne Wohnheime

Tabelle 5
Bewohnte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohn-/sonstigen Gebäuden im Land Bremen nach Besitzverhältnis
 Ergebnisse der GWZ 2011 und 1987

Gebäude- und Wohnungszählung - Jahr	Bewohnte Wohnungen nach Besitzverhältnis		
	insgesamt	davon	
		Eigentümerwohnungen	Mietwohnungen
Anzahl			
2011 ¹⁾	333 689	127 938	205 751
1987	317 077	96 298	220 779

1) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden/sonstigen Gebäuden (ohne Wohnheime): ohne gewerblich genutzte, ohne Ferien- und Freizeit-, ohne Diplomaten- und ohne leer stehende Wohnungen.

lerdings ist auch diese Abweichung als eher gering zu bezeichnen. Die nähere Betrachtung der Wohnungen zeigt, dass vor allem Wohnungen mit 4 und 5 Räumen durch die Fortschreibung stark übererfasst worden sind. Laut der GWZ 2011 liegen deutlich mehr Wohnungen mit 2 Räumen vor, als im Rahmen der Bautätigkeit fortgeschrieben.

Die Anzahl der Räume (Tabelle 4) liegt im Vergleich um 3,9 Prozent (56 749) unter den Ergebnissen der Fortschreibung. Dies ist vor al-

der Wohnungszahl GWZ 2011 von 350.485 wurde zur genaueren Vergleichbarkeit intern ermittelt. Es handelt sich hierbei um Wohnungen in Wohn- (337.022) und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum (10.308) ohne Diplomaten-/Streitkräftewohnungen abzüglich Ferien- und Freizeitwohnungen (979) aber einschließlich gewerblich genutzter Wohnungen (4.134). In den Tabellen der Auswertungen stehen ausschließlich Werte ohne gewerbliche, Diplomaten-/Streitkräftewohnungen zur Verfügung.

lem vor dem Hintergrund interessant, dass die Wohnfläche beider Statistiken nur ein Viertel Prozent voneinander abweicht (Tabelle 2).

Die Eigentumsverhältnisse wurden im Rahmen der Bautätigkeitsstatistik nicht fortgeschrieben. Die Ergebnisse der Zählungen zeigen folgendes Bild (Tabelle 5): Im Jahr 1987 wurden ca. 70 Prozent der Wohnungen¹⁷ von Mietern und ca. 30 Prozent von Eigentümern bewohnt. Dieses Verhältnis hat sich in der Gegenwart zugunsten der Eigentümerwohnungen verschoben: 38 Prozent der Haushalte wohnen in den eigenen Wänden und 62 Prozent zur Miete.

2.4 Zusammenfassung des Vergleichs zwischen Gebäude- und Wohnungszählung und Fortschreibung

Durch die Gegenüberstellung der Ergebnisse der GWZ 2011 lassen sich die Werte der Fortschreibung wie folgt zusammenfassen: Insgesamt steht der geringen Untererfassung an Gebäuden eine niedrige Übererfassung von Wohnungen gegenüber. Gebäude mit 1 Wohnung sind stärker unter-, als Gebäude mit 2 Wohnungen übererfasst sind (Abbildung 3). Innerhalb der Wohnungen gibt die Größenklasse (nach Räumen) ein differenzierteres Bild (Abbildung 4): es sind starke Abweichungen zu beobachten, die sich in der Gesamtbilanz der Wohnungen jedoch nicht gewichtig niederschlagen. Der Fortschreibungs-Übererfassung an Wohnungen steht eine um das 2,5-fache höhere Übererfassung von Räumen gegenüber, bei nur marginal veränderter Wohnfläche. Diese ist im Einzelnen mit einer Abweichung von weniger als einem halben Quadratmeter pro Wohnung als annähernd gleich zu bezeichnen (Tabelle 2).

¹⁷ Bezogen auf Wohn- und Nichtwohn-/sonstige Gebäude (ohne Wohnheime).

Der Anteil der Eigentümer und Eigentümerinnen, die ihre eigene Wohnung bewohnen ist um ca. 8 Prozent gestiegen (Abbildung 5).

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Fortschreibungswerte auf der Grundlage der Volkszählung von 1987 weitestgehend durch die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 bestätigt werden. Stärkere Über- bzw. Untererfassungen liegen innerhalb der Gebäude- bzw. Wohnungsstruktur vor.

3 Ausgewählte Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung für das Land Bremen

Der folgende Abschnitt stellt einen Teil der Auswertungsergebnisse der GWZ 2011 für das Land Bremen vor. Die Aussagen zu Gebäuden beziehen sich vorrangig auf die Baujahre und den Gebäudetyp.¹⁸ Wohnungsmerkmale werden im Hinblick auf Eigentumsverhältnisse näher betrachtet. Grundlage bilden die 140 130 Gebäude mit Wohnraum und die darin befindlichen 350 792 Wohnungen.¹⁹

3.1 Anzahl der Gebäude mit Wohnraum nach Baujahr²⁰ und Typ

Im Bundesdurchschnitt überwiegen mit 61,7 Prozent die freistehenden Häuser, nur 19,6 Prozent sind Reihenhäuser. Anders im Land Bremen: hier stellen mehr als die Hälfte (54,3 Prozent) aller Gebäude mit Wohnraum die gereihten Häuser dar (Abbildung 6). Sie beinhalten auch den Großteil aller Wohnungen (63,5 Prozent). Ungefähr ein Fünftel der Wohnungen in Reihenhäusern ist dabei in Einfamilienhäusern (Reihenhäuser mit 1 Wohnung) vorzufinden. Vom Gesamtbestand der Wohnungen befindet sich ca. ein Viertel in freistehenden Häusern, die an kein anderes Gebäude direkt grenzen.²¹

Das heißt, der überwiegende Gebäudetyp im Land Bremen ist das (auch große, mehrgle-

¹⁸ Als Gebäudetyp konnten im Fragebogen der GWZ 2011 angegeben werden: freistehendes Ein- oder Mehrfamilienhaus, Doppelhaus, gereihtes Ein- oder Mehrfamilienhaus, anderer Gebäudetyp (keiner der drei genannten Typen, bewohnte Unterkünfte), s. auch Tabelle 1.

¹⁹ Bei Auswertungen die Wohnungen betreffend sind gewerblich genutzte und Diplomaten-/Streitkräftewohnungen nicht berücksichtigt.

²⁰ Bei den Darstellungen, die sich auf die Baujahre beziehen ist immer zu beachten, dass dabei die 2011 geltende Perspektive eingenommen wird. D. h. bezogen auf Vorkriegsjahre kann z. B. die Baupräferenz bestimmter Gebäudetypen anders ausgesehen haben, als sie sich heute darstellt, da Abrisse oder Zerstörungen von Gebäuden unberücksichtigt sind.

²¹ Vgl. zu den Zahlen die Angaben des Gemeindeblattes, Quelle: Statistisches Landesamt Bremen (Hrsg.) (2013): Gebäude und Wohnungen Land Bremen am 9. Mai 2011.

Abbildung 3
Differenzen zwischen den Ergebnissen der GWZ 2011 und der Fortschreibung 2011 bei Wohngebäuden (ohne Wohnheime) im Land Bremen

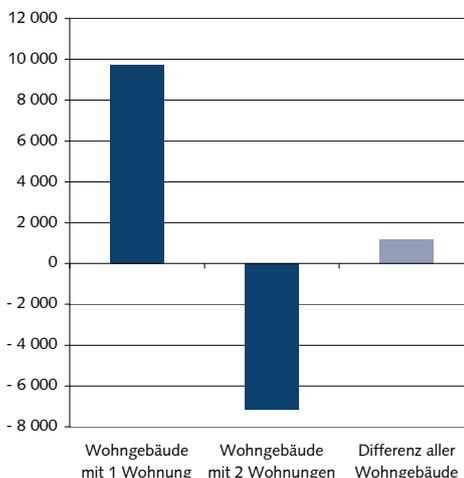


Abbildung 4
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohn-/sonstigen Gebäuden im Land Bremen nach der Anzahl der Räume.

Differenzen zwischen den Ergebnissen der GWZ 2011 und der Fortschreibung 2011

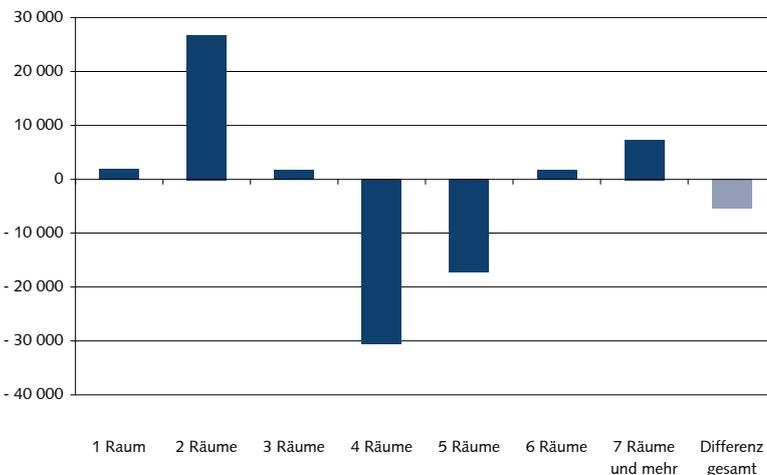


Abbildung 5
Verhältnis der Eigentümer- zu Mietwohnungen im Land Bremen Ergebnisse der GWZ 2011 und 1987

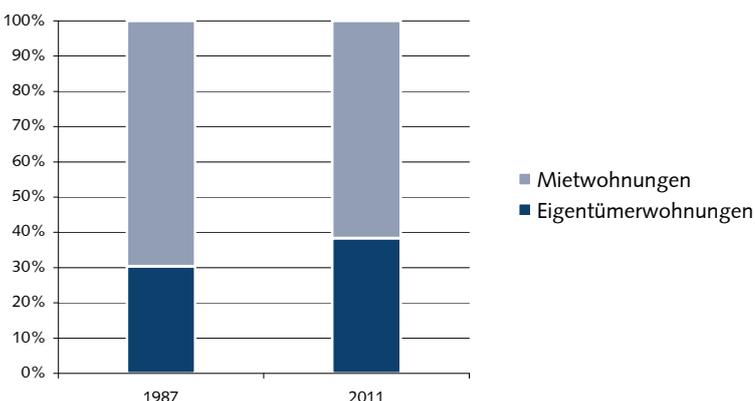
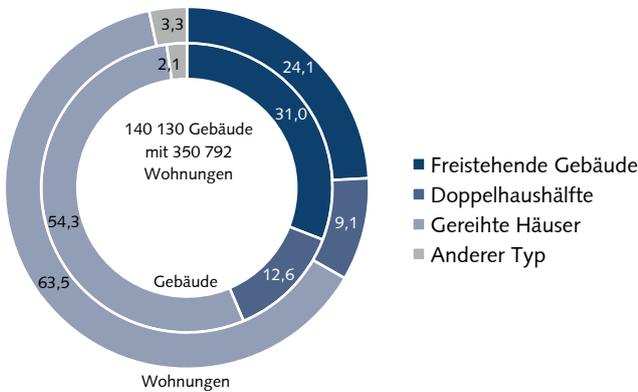


Abbildung 6
Gebäude mit Wohnraum und Wohnungen im Land Bremen nach Bauweise des Hauses (Gebäudetyp)
 Ergebnisse der GWZ 2011; Anteile in %



schossige) Reihenhaus, in dem sich auch die meisten Wohnungen befinden. Bei den gereihten Häusern handelt es sich meist um das „klassische Bremer Haus“ bzw. das Einfamilienhaus (57,8 Prozent der Reihenhäuser sind Gebäude mit 1 Wohnung).

Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt verfügt Bremen über einen relativ alten Baubestand. Mehr als jedes zweite Gebäude mit Wohnraum wurde vor 1960 erbaut. Im Bundesvergleich trifft dies lediglich auf 37,5 Prozent der Gebäude mit Wohnraum zu (Abbildung 7).

Wie Abbildung 7 verdeutlicht, sind - dem Bundesschnitt entsprechend - auch in Bremen etwa 14 Prozent des gegenwärtigen Gesamtgebäudebestandes mit Wohnraum älter als 92 Jahre. Die meisten im Jahr 2011 existierenden Gebäude wurden in den Jahren 1919-1959 errichtet. Mehr als die Hälfte aller Gebäude mit Wohnraum ist heute also älter als 51 Jahre. Seit den 1970er Jahren ist die Errichtung von Gebäuden zurückgegangen.

Welche Gebäudetypen wurden (nach heutigem Stand) in den einzelnen Baujahresgruppen vorrangig gebaut, und welcher Gebäudetyp gründet auf einer älteren Bausubstanz? Bis in die späten 1960er-Jahre dominiert anteilig die Errichtung von Reihenhäusern. Ab 1970 machen sie erstmals weniger als die Hälfte der gebauten Wohnobjekte aus. Seit 2000 werden am häufigsten freistehende Häuser gebaut (Abbildung 8).

Bei der Betrachtung der beiden zentralen Gebäudetypen im Land Bremen (freistehendes und gereihtes Haus) zeigt sich, dass die Bausubstanz der Reihenhäuser älter ist. Ungefähr 74 Prozent dieses Gebäudetyps wurde vor mehr als 43 Jahren errichtet. Die freistehenden Gebäude weisen lediglich zu ca. 61 Prozent eine vergleichbare Altersstruktur auf. Doppelhäuser wurden vor allem in den Jahren 1919 bis 1949 gebaut (Abbildung 9).²² Weit mehr als ein Drittel der Doppelhäuser sind älter als 64 Jahre.

3.2 Anzahl der Gebäude mit Wohnraum nach Baujahr, Typ und Größe

Die Frage, ob es zeitliche Unterschiede (hier überwiegend in Jahrzehnten) hinsichtlich des Vorhandenseins von Ein- oder Mehrfamilienhäusern gibt, lässt sich anhand Abbildung 10 beantworten. Der Vergleich über die beiden häufigsten Gebäudetypen mit Wohnraum (freistehend und gereiht) zeigt, dass während der wirtschaftlichen Aufschwungjahre der 1950er-Jahre der Anteil der gereihten Mehrfamilienhäuser am höchsten ist, in den Baubeständen der letzten vier Jahrzehnte jedoch drastisch abnimmt.

²² Die Kategorie des Gebäudetyps „anderer Typ“ wird aufgrund der geringen Bedeutung nicht abgebildet.

Abbildung 7
Gebäude mit Wohnraum im Land Bremen und in Deutschland nach Baujahresgruppen
 Ergebnisse der GWZ 2011

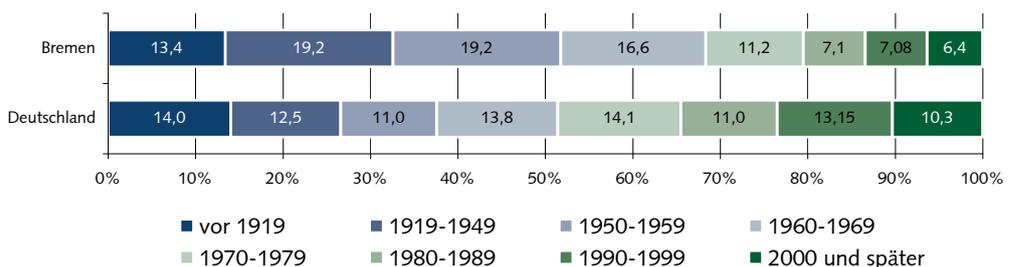


Abbildung 8
Gebäude mit Wohnraum im Land Bremen nach Baujahresgruppen und Bauweise des Hauses
Ergebnisse der GWZ 2011

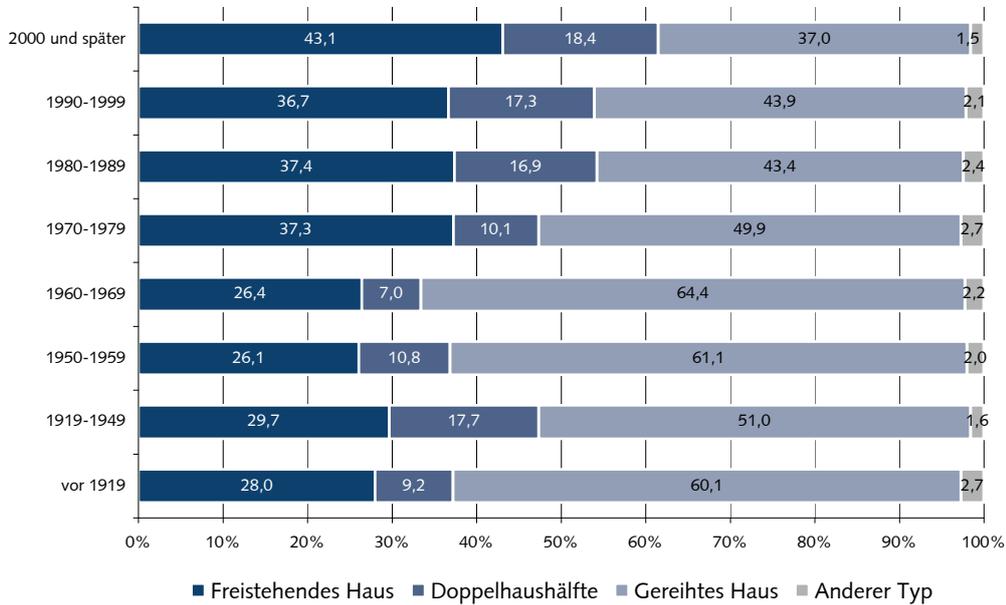


Abbildung 9
Gebäude mit Wohnraum im Land Bremen nach Bauweise des Hauses und Baujahresgruppen
Ergebnisse der GWZ 2011

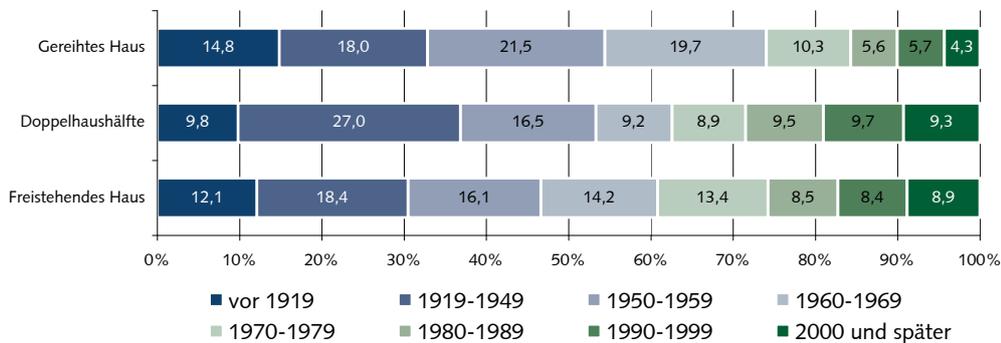


Abbildung 10
Freistehende und gereichte Gebäude mit Wohnraum im Land Bremen nach Baujahresgruppen
Ergebnisse der GWZ 2011

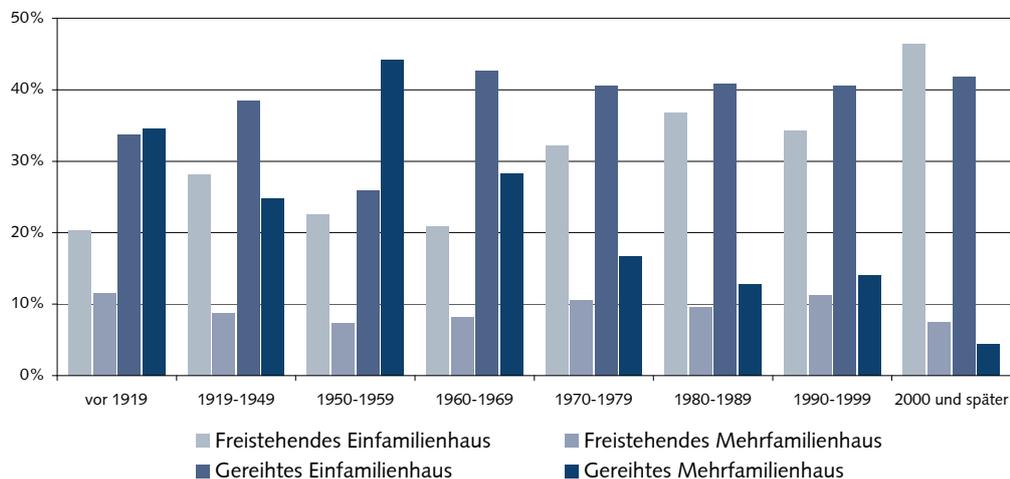
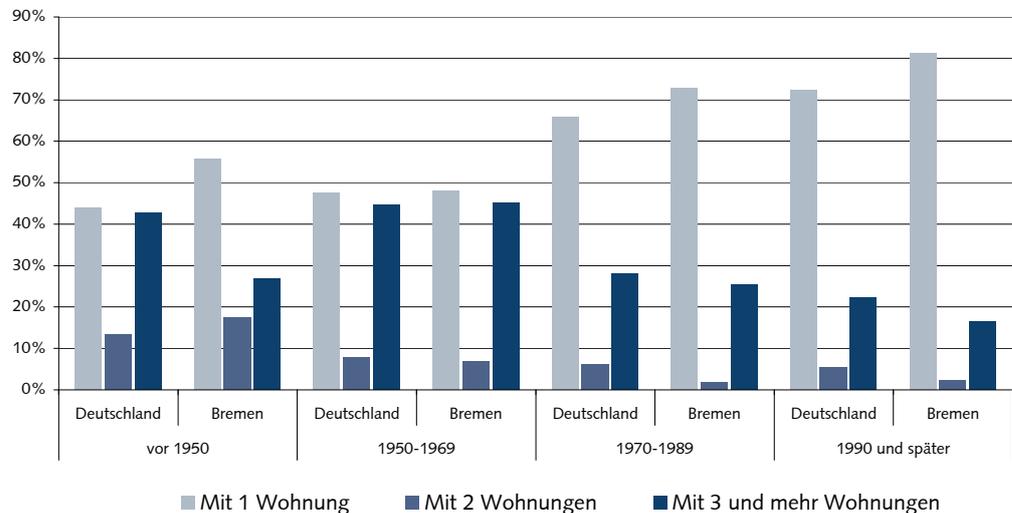


Abbildung 11
Gereichte Gebäude mit Wohnraum im Land Bremen und in Deutschland nach Baujahresgruppen und Größe
 Ergebnisse der GWZ 2011



Danach überwiegt - zunächst deutlich - die Bauform des gereichten Einfamilienhauses, das erst seit 2000 durch das freistehende Einfamilienhaus als dominierender Gebäudetyp abgelöst wird. Der Anteil des Baus gereichter Mehrfamilienhäuser beträgt aktuell nur noch weniger als 5 Prozent.

In welchen Jahren wurden in Bremen bzw. in Deutschland eher Gebäude mit mehreren Wohnungen bzw. Einfamilienhäuser gebaut? Gibt es dabei Unterschiede, welcher Gebäudeart (freistehend oder gereicht) das Haus zuzuordnen ist?

Bei den gereichten Häusern besitzen die Einfamilienhäuser in Bremen grundsätzlich einen höheren Anteilswert als in Gesamtdeutschland. Allerdings nehmen sie sowohl lokal als auch bundesweit die vorherrschende Position ein. Seit den 1970er Jahren ist anteilig einerseits der Bau von Gebäuden mit 3 und mehr Wohnungen stark rückläufig. Auf der anderen Seite steigt seitdem die Bautätigkeit von Einfamilienhäusern relativ gesehen deutlich an. Häuser mit 2 Wohnungen spielen insgesamt betrachtet eine eher untergeordnete Rolle im Baugeschehen. Aus bremischer und gesamtdeutscher Sicht bietet sich bezüglich der Gebäudeanteile nach der Anzahl der beinhaltenden Wohnungen seit 1950 ein ähnliches Bild. Lediglich vor 1950 zeigen sich Unterschiede: in Bremen sind wesentlich weniger Gebäude mit 3 und mehr Wohnungen aus dieser Zeit vorhanden als im Gesamtbestand Deutschlands (Abbildung 11).

Freistehende Häuser verteilen sich bezüglich ihrer Größe und über die Baujahre hinweg ebenfalls gesamtdeutsch und bremisch weitestgehend gleich. Auch bei diesem Gebäudetyp verfügt Bremen über die Zeit hinweg anteilig über mehr Einfamilienhäuser als Gesamtdeutschland. Gebäuden mit 2 Wohnungen kommt bei den freistehenden Gebäuden eine größere Bedeutung zu als bei den gereichten (Abbildung 12).

3.3 Anzahl der Gebäude mit Wohnraum nach Baujahr, Typ und Eigentumsform²³

Von den 140 130 Gebäuden mit Wohnraum im Land Bremen gehören 79,8 Prozent Privatpersonen, etwa ein Zehntel besitzen Wohnungseigentümergeinschaften. Das verbleibende Zehntel der Gebäude ist in der Hand von privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen (4,4 Prozent), der Kommune oder kommunalen Wohnungsunternehmen (3,1 Prozent) oder von Wohnungsgenossenschaften (1,5 Prozent). Der Anteil, den der Bund/das Land oder Organisationen ohne Erwerbzweck besitzen, ist mit insgesamt weniger als 1 Prozent verschwindend gering. Abweichend davon ist im Bundesgebiet der Anteil der Privatpersonen als Gebäudeeigentümer insgesamt um 4,3 Prozent höher, derjenige der kommunalen und privatwirtschaftli-

²³ Zu den Ausprägungen der Variable „Eigentümer/-in des Gebäudes“ siehe Tabelle 1.

Abbildung 12
Freistehende Gebäude mit Wohnraum im Land Bremen und in Deutschland
nach Baujahresgruppen und Größe
 Ergebnisse der GWZ 2011

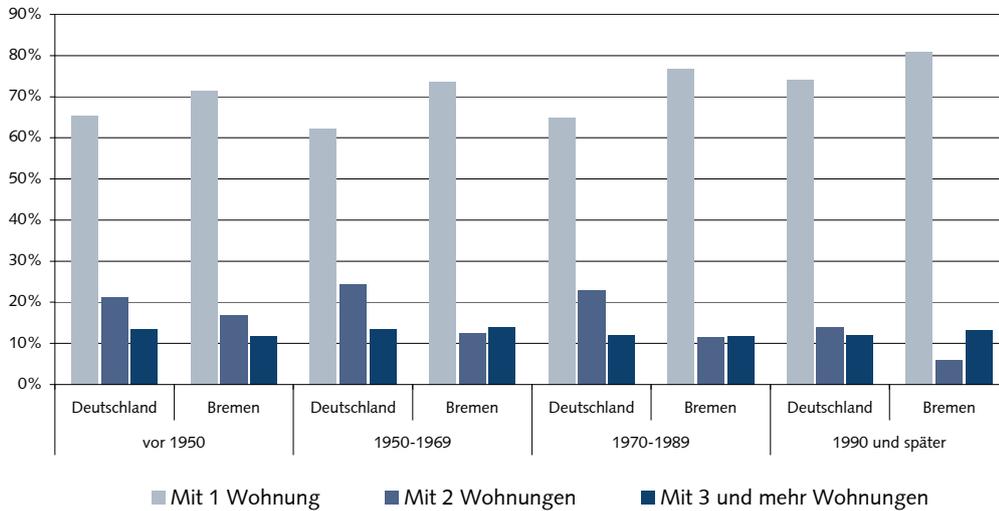
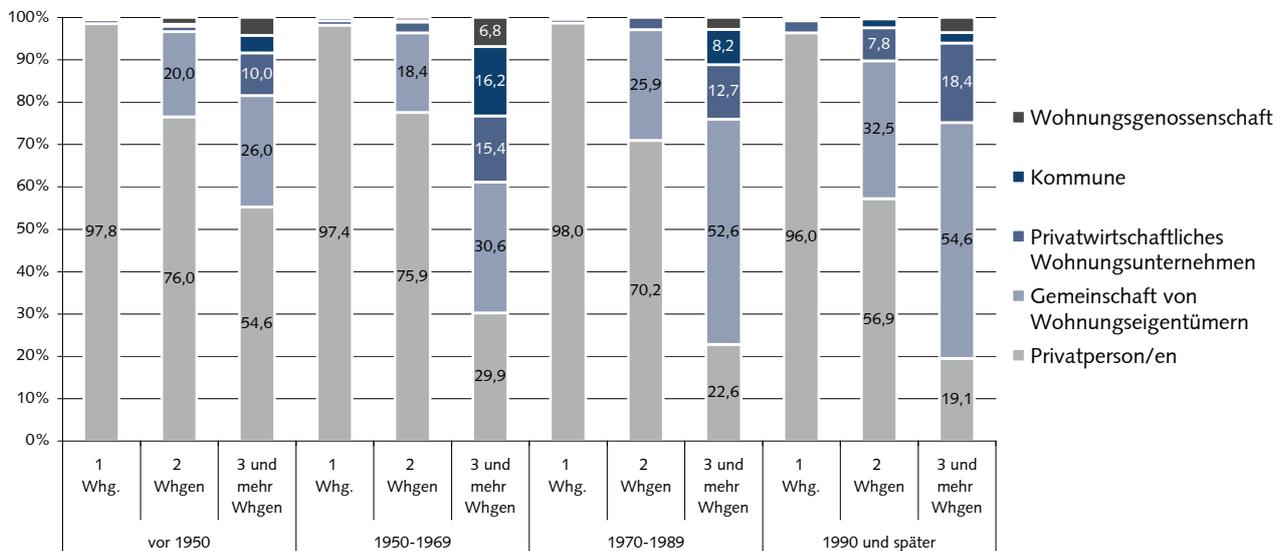


Abbildung 13
Gebäude mit Wohnraum im Land Bremen nach Baujahresgruppen, Größe und Eigentümer
 Ergebnisse der GWZ 2011



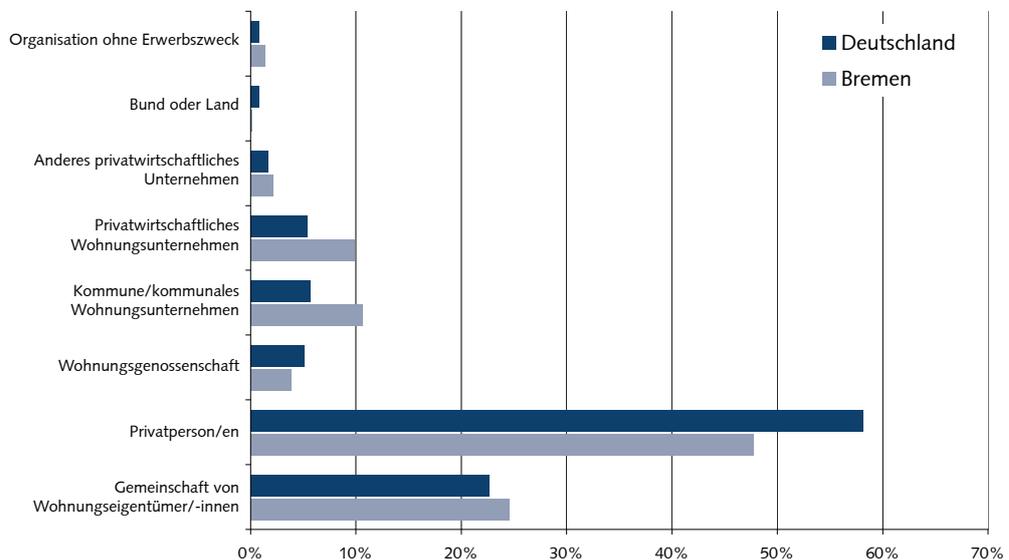
chen Wohnungsunternehmen hingegen um bis zu 1,9 Prozent geringer.²⁴

Die Fragestellung, ob das Alter der Gebäude eine Rolle im Hinblick auf die Kategorie der Besitzer von Gebäuden unterschiedlicher Größe spielt, zeigt Abbildung 13 (Organisationen ohne Erwerbszweck und der Bund/das Land als Eigentümer werden nicht angezeigt). Der Anteil der Privatpersonen als Eigentümer von

Einfamilienhäusern ist unabhängig vom Alter des Gebäudes erwartungsgemäß hoch. Interessanterweise steigt bei Gebäuden mit mehr als einer Wohnung, die nach 1969 erbaut worden sind, der Anteil der Wohnungseigentümergeinschaften. Diese bilden innerhalb der Gebäude mit 3 und mehr Wohnungen generell die stärkste Eigentümergruppe. In der Kategorie der Gebäude mit mehr als 1 Wohnung spielen die Privatpersonen als Eigentümer eine immer geringere Rolle, je jünger das Gebäude

²⁴ Siehe dazu die dynamischen Tabellen der Auswertungsdatenbank des Zensus 2011.

Abbildung 14
Wohnungen im Land Bremen und in Deutschland nach Besitzer des Gebäudes mit Wohnraum
 Ergebnisse der GWZ 2011



ist. Deutlich zu erkennen ist die Zunahme der Kommune als Eigentümerin von in den 1950er- und 1960er-Jahren erbauten, viele Wohnungen umfassenden, Gebäuden.

3.4 Verteilung der Wohnungen nach Eigentumsverhältnis der Gebäude mit Wohnraum

Abbildung 14 stellt den Anteil der Wohnungen dar, die sich in Gebäuden mit Wohnraum unterschiedlicher Eigentümergruppen befinden. Der Vergleich zwischen der Verteilung im Land Bremen im Gegensatz zu Deutschland gesamt zeigt, dass die meisten Wohnungen in den Händen von Privatpersonen bzw. Gemeinschaften von Wohnungseigentümern liegen. In Bremen allerdings weniger (72,2 Prozent) als in Deutschland (80,7 Prozent). Im Land Bremen spielen die privatwirtschaftlichen und Kommunen/kommunalen Wohnungsunternehmen eine größere Rolle in Bezug auf den Besitz von Wohnungen.

3.5 Anzahl der Wohnungen nach Eigentumsformen der Gebäude mit Wohnraum und Nutzungsart der Wohnungen²⁵

In Deutschland sind ca. 42 Prozent der Wohnungen (in Gebäuden mit Wohnraum) von ihren

Eigentümern und Eigentümerinnen bewohnt, über 52 Prozent sind vermietet. Im Land Bremen ist der Anteil der Wohnungen, in denen die Eigentümer/innen wohnen, um knapp 6 Prozentpunkte geringer (ca. 37 Prozent). Der Anteil der vermieteten Wohnungen ist erwartungsgemäß höher. Er beträgt etwa 60 Prozent.

Wie viele Wohnungen in Gebäuden, die Privatpersonen bzw. Wohnungseigentümern (im Sinne von Wohnungseigentümergeinschaften) gehören, werden selbst bewohnt und wie viele Wohnungen werden vermietet? In Gebäuden, die Privatpersonen oder Gemeinschaften von Wohnungseigentümern gehören, befinden sich insgesamt 243 383 vermietete bzw. selbst bewohnte Wohnungen. Von diesen Wohnungen ist etwas mehr als die Hälfte von den Eigentümern/Eigentümerinnen selbst bewohnt. Immerhin 47,4 Prozent der Wohnungen werden vermietet (Abbildung 15).

3.6 Anzahl der Wohnungen nach Eigentumsformen der Gebäude mit Wohnraum und Nutzungsart der Wohnungen nach Gebäudegröße²⁶

Die Frage, ob Wohnungen eher selbst bewohnt oder vermietet werden, je nachdem ob sie sich in

²⁵ Zu den Ausprägungen der Gebäude- und Wohnungsvariablen s. Tabelle 1.

²⁶ Bei den folgenden Darstellungen zur Wohnungsgröße anhand der Räume bzw. der Wohnfläche wird die Anzahl der Personen, welche in den Wohnungen leben, nicht berücksichtigt. Insofern kann eine nach Raum und m² große Wohnung für den Einzelnen dennoch wenig Raum bieten, wenn viele Haushaltsmitglieder in ihr wohnen.

größeren oder kleineren Häusern befinden, kann anhand der Tabelle 6 beantwortet werden. Für die Eigentumswohnungen (linker Tabellenteil) insgesamt kann festgehalten werden, dass sie eher in Gebäuden mit mehr als 3 Wohnungen enthalten sind (93,2 Prozent). Es zeigt sich auch, dass Eigentumswohnungen in kleineren Gebäuden (mit 2 Wohnungen) eher vom Besitzer/der Besitzerin selbst bewohnt als vermietet werden. Beinhaltet die Gebäude mehr als 3 Wohnungen, vermieteten die Besitzer/-innen eher.

In Bezug auf Gebäude, die Privatpersonen (rechter Tabellenteil) gehören, stellt sich das Bild anders dar. Zunächst einmal kann festgestellt werden, dass weit mehr als die Hälfte (47,8 +

Abbildung 15
Vermietete und durch Eigentümer/-innen bewohnten Wohnungen in Gebäuden mit Wohnraum im Land Bremen
 Ergebnisse der GWZ 2011; Anteile in %

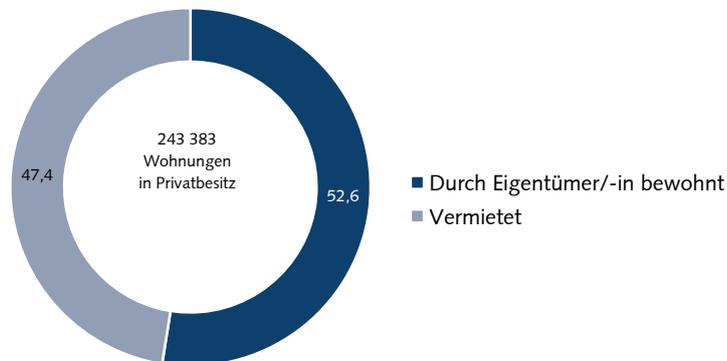


Tabelle 6
Wohnungen in Gebäuden mit Wohnraum im Land Bremen nach Eigentumsform des Gebäudes und Nutzungsart der Wohnungen
 Ergebnisse der GWZ 2011

Art der Wohnungsnutzung	Eigentumsform des Gebäudes						
	Wohnungseigentümergeinschaft			Privatpersonen			
	Wohngebäude mit ... Wohnung/-en						
	gesamt	2	3 und mehr	gesamt	1	2	3 und mehr
%							
Von Eigentümer/in bewohnt	47,3	4,5	42,8	55,4	47,8	5,4	2,2
Zu Wohnzwecken vermietet	52,7	2,3	50,4	44,7	6,5	6,8	31,4
Insgesamt	100	6,8	93,2	100	54,3	12,2	33,6

5,4 + 2,2 Prozent) aller Wohnungen in Gebäuden, die Privatpersonen gehören, vom Eigentümer bzw. der Eigentümerin selbst bewohnt werden. Nur 44,7 Prozent werden vermietet. In der Natur der Sache liegend sind Wohnungen in Gebäuden privater Besitzer, die 2 und mehr Wohnungen enthalten, nur zu geringeren Anteilen von den Eigentümern selbst bewohnt (5,4 + 2,2 = 7,6 Prozent). 38,2 Prozent (6,8 + 31,4) dieser Wohnungsgruppe sind vermietet. Das Fazit hierbei lautet: Wohnungen in Einfamilienhäusern, die sich privater Hand von Personen befinden, werden weit überwiegend (47,8 Prozent) selbst bewohnt. Sobald das Gebäude mehr als 1 Wohnung beinhaltet, dreht sich erwartungsgemäß das Verhältnis: die Wohnungen sind umso häufiger vermietet, je mehr Wohnungen im Gebäude vorhanden sind.

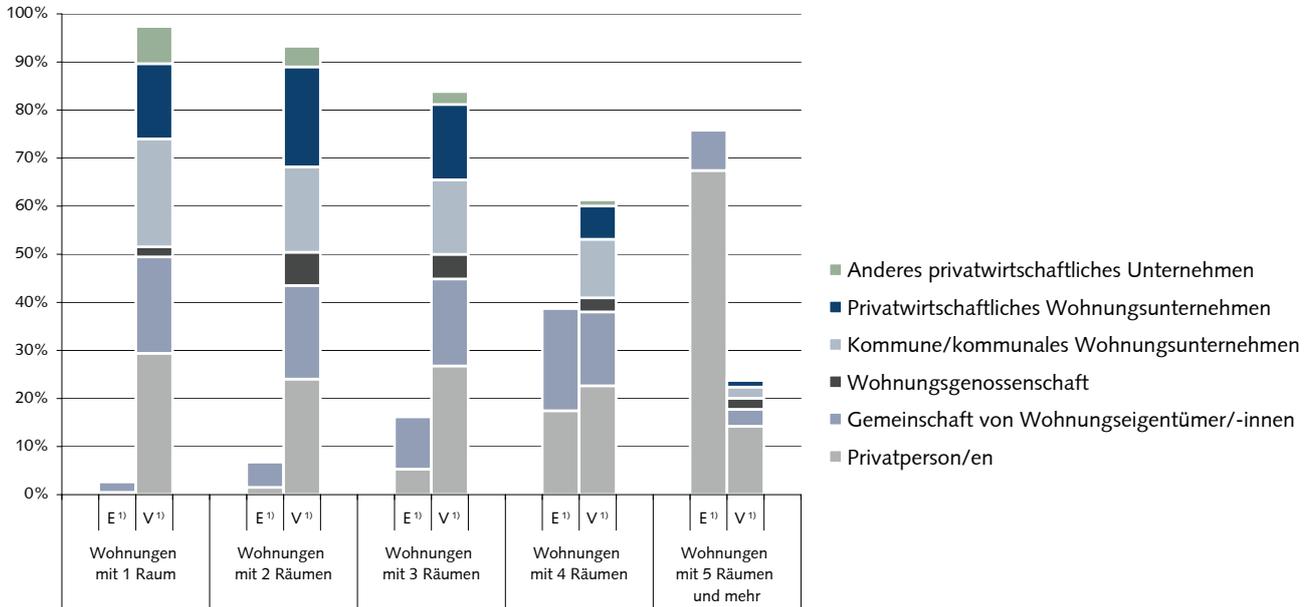
3.7 Anzahl der Wohnungen nach Gebäudeeigentümergruppe²⁷, Anzahl der Räume und Nutzungsart

Wie Abbildung 16 verdeutlicht, zeigen sich auch im Hinblick auf die Wohnungsgröße Unterschiede, ob Wohnungen eher vom Eigentümer selbst bewohnt oder eher vermietet werden. Betrachtet man die Wohnungen in ihrer Größenklasse (die Berechnungsbasis der Anteile bildet jeweils die Summe der Wohnungen mit x Räumen), zeigt sich folgendes Bild:

- › Wohnungen mit wenigen Räumen (1 bis 3) werden sowohl von Personen einer Wohnungseigentümergeinschaft als auch von privaten Gebäudeeigentümern eher vermietet als selbst bewohnt. Der Anteil der selbst bewohnten Wohnungen erhöht sich, je mehr Räume die Wohnung beinhaltet.
- › Bei den Wohnungen mit 4 Räumen dreht sich das Verhältnis zumindest bei den Personen einer Wohnungseigentümergein-

²⁷ Diese sind in diesem Fall: Wohnungseigentümergeinschaften, Privatperson/en, Wohnungsgenossenschaften, Kommunen bzw. kommunale Wohnungsunternehmen und (andere) privatwirtschaftliche Unternehmen.

Abbildung 16
Wohnungen im Land Bremen nach Größe, Nutzungsart und Besitzern von Gebäuden mit Wohnraum
 Ergebnisse der GWZ 2011;
 Anteile in Prozent, jede Kategorie („Wohnung mit 1 Raum“, „Wohnungen mit x Räumen“) ergibt jeweils 100 Prozent



1) E: Vom Eigentümer bewohnte Wohnungen, V: Zu Wohnzwecken vermietete Wohnungen

schaft: diese Wohnungen werden häufiger selbst bewohnt als vermietet. Auch bei den privaten Gebäudebesitzern nähert sich das Verhältnis zwischen Vermietung und Selbstbewohnen an.

- › Wohnungen mit 5 und mehr Räumen werden sehr häufig von den Personen bewohnt, in deren Besitz sich das Gebäude befindet.
- › Andere Gebäudeeigentümer außer Privatpersonen und Wohnungseigentümergeinschaften vermieten erwartungsgemäß ausschließlich. Dabei ist festzustellen, dass insgesamt eher Wohnungen mit wenigen Räumen vermietet werden (1-Raum-Wohnungen = 47,9 Prozent, 2-Raum-Wohnungen = 49,8 Prozent).

3.8 Wohnungen nach Eigentumsform der Gebäude mit Wohnraum und Wohnfläche

Welche Flächen weisen Wohnungen in Gebäuden auf, die entweder Privatpersonen oder Wohnungseigentümergeinschaften gehören und die von den Eigentümern/den Eigentümerinnen jeweils selbst bewohnt werden? Abbildung 17 verdeutlicht einen klaren Unterschied. Bewohner/Bewohnerinnen von Eigentumswoh-

nungen leben insgesamt auf weniger Quadratmetern (und zwar am häufigsten auf 60 bis 79 m²) als private Hausbesitzer. Fast die Hälfte aller Wohnungen, die von den Privateigentümern/den Privateigentümerinnen der Häuser bewohnt werden, weist eine Wohnfläche zwischen 100 und 139 m² auf.

Abbildung 18 zeigt, welche Eigentümergruppe häufiger große (bzw. umgekehrt kleine) Wohnungen vermietet. Wohnungen mit einer Wohnfläche ab 140 m² werden in Abbildung 18 nicht ausgewiesen, da die Werte hier allesamt gegen Null tendierten (lediglich die Gruppe der Privatpersonen als Gebäudebesitzer ist in dieser Größenordnung noch mit Werten nahe 3 Prozent vertreten).

Insgesamt vermieten alle Gebäudebesitzergruppen am häufigsten Wohnungen zwischen 40 und 79 m². Etwas mehr als ein Fünftel des vermieteten Wohnungsbestandes von „andere privatwirtschaftliche Unternehmen“ ist maximal 39 m² groß. Auch privatwirtschaftliche Wohnungsunternehmen, Privathausbesitzer und Eigentumswohnungsbesitzer verfügen über ca. ein Zehntel vermieteten Wohnungsbestandes, der weniger Fläche als 40 m² aufzuweisen hat. Wohnungsgenossenschaften vermieten fast die Hälfte ihres gesamten Wohnungsbestandes im

Segment von 40 bis 59 m² und nehmen damit in diesem Punkt die Spitzenposition unter allen Gruppen der Gebäudebesitzer ein. Der Anteil der großen vermieteten Wohnungen (ab 80 bis 139 m²) ist bei den Privatgebäudebesitzern am größten und umfasst mehr als ein Viertel ihres vermieteten Wohnungsbestandes.

4 Kennzahlen der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 im Ländervergleich

Abschließend sind in tabellarischer Form ausgewählte Kennzahlen der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 gelistet. Sie bieten einen Überblick über die Durchschnittswerte des Landes Bremen im Vergleich zu den anderen Bundesländern.

In Bezug auf den Anteil selbst genutzten Wohneigentums nimmt das Land Bremen mit 36,9 Prozent Platz 12 ein. Lediglich in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Hamburg und Berlin bewohnen die Menschen noch seltener ihr Eigentum. Die höchste Quote findet sich im Saarland, hier werden 58,1 Prozent des Wohneigentums selbst bewohnt. Vermietet werden in Bremen 59,4 Prozent der Wohnungen in Gebäuden mit Wohnraum. Noch höhere Vermietungsquoten haben Sachsen, Hamburg und Berlin vorzuweisen.

Abbildung 17
Vom Eigentümer des Gebäudes mit Wohnraum selbst bewohnte Wohnungen im Land Bremen nach Wohnfläche
Ergebnisse der GWZ 2011

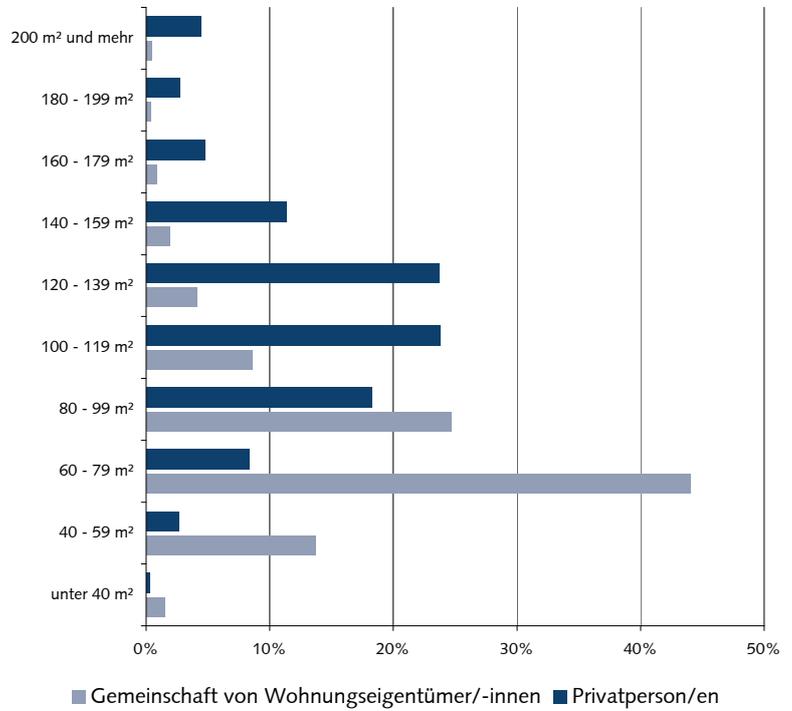


Abbildung 18
Vom Eigentümer des Gebäudes mit Wohnraum vermietete Wohnungen im Land Bremen nach Wohnfläche
Ergebnisse der GWZ 2011

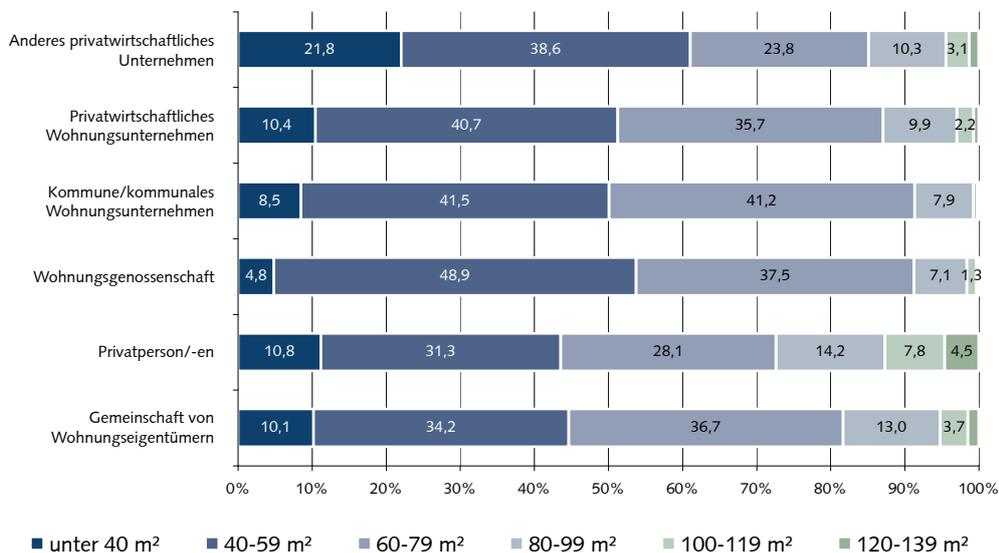


Tabelle 7
Gebäude- und Wohnungskennzahlen im Ländervergleich
 Ergebnisse der GWZ 2011

Gebiet	Kennzahlen für Gebäude mit Wohnraum				
	Anteil des selbst genutzten Wohneigentums ¹⁾	Leerstandsquote (Wohnungen) ²⁾	Anteil der vermieteten Wohnungen (auch mietfrei) ³⁾	Wohnungsgröße in m ² ⁴⁾	Anzahl der Wohnungen je Wohngebäude ⁵⁾
	in %			in m ²	Anzahl
Baden-Württemberg	50,5	4,2	45,3	95,1	2,1
Bayern	48,4	3,9	47,7	96,4	2,0
Berlin	15,0	3,6	81,5	72,4	6,0
Brandenburg	41,7	5,8	52,5	83,6	2,0
Bremen	36,9	3,7	59,4	80,0	2,5
Hamburg	23,5	1,6	74,9	75,1	3,7
Hessen	46,1	3,8	50,2	95,5	2,1
Mecklenburg-Vorpommern	35,7	6,3	58,0	78,5	2,3
Niedersachsen	51,2	3,7	45,1	100,8	1,7
Nordrhein-Westfalen	40,6	3,7	55,8	89,4	2,3
Rheinland-Pfalz	53,9	4,5	41,5	102,9	1,7
Saarland	58,1	5,8	36,1	103,0	1,6
Sachsen	29,7	10,1	60,2	74,5	2,8
Sachsen-Anhalt	37,7	9,5	52,9	79,1	2,2
Schleswig-Holstein	48,4	2,8	48,8	92,0	1,8
Thüringen	42,1	7,0	51,0	81,0	2,2
Deutschland	43,2	4,5	52,3	90,6	2,2

Bei den Wohnungen sind nicht berücksichtigt: Diplomatenwohnungen/Wohnungen ausländischer Streitkräfte wie auch gewerblich genutzte Einheiten. Abgebildet werden Gebäude- wie auch Wohnungskennzahlen. Die Berechnung der durchschnittlichen Wohnungsgröße erfolgt hier für „Wohngebäude (ohne Wohnheime)“ und „Sonstige Gebäude mit Wohnraum“ gemeinsam. Weitere Informationen zur jeweiligen Berechnung siehe Glossar der Zensusdatenbank <https://ergebnisse.zensus2011.de/#Home>:

- 1) Die Kennzahl gibt den Anteil der Wohnungen in Wohngebäuden (ohne Wohnheime) und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum wieder, welche zum Berichtszeitpunkt durch den Eigentümer selbst bewohnt waren. Ferien- und Freizeitwohnungen bleiben für die Berechnung unberücksichtigt.
- 2) Die Kennzahl gibt den Anteil der Wohnungen in Wohngebäuden (ohne Wohnheime) und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum wieder, welche zum Berichtszeitpunkt als leerstehend ausgewiesen wurden. Ferien- und Freizeitwohnungen bleiben für die Berechnung unberücksichtigt.
- 3) Die Kennzahl gibt den Anteil der Wohnungen in Wohngebäuden (ohne Wohnheime) und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum wieder, welche zum Berichtszeitpunkt durch den Eigentümer vermietet wurden. Hierzu zählen auch mietfrei überlassene Wohnungen. Ferien- und Freizeitwohnungen bleiben für die Berechnung unberücksichtigt.
- 4) Die ausgewiesene „Durchschnittliche Wohnungsgröße“ stellt jeweils die Relation zwischen der Gesamtwohnfläche aller relevanten Wohneinheiten und der Gesamtzahl der Wohneinheiten je betrachteter Gebäudeart dar. Ferien- und Freizeitwohnungen werden in die Berechnung einbezogen. Bei den Tabellen der Gebäude- und Wohnungskennzahlen im regionalen Vergleich erfolgt die Berechnung der durchschnittlichen Wohnungsgröße für Wohngebäude (ohne Wohnheime) und sonstige Gebäude mit Wohnraum gemeinsam.
- 5) Es handelt sich hierbei um eine Gebäudekennzahl. Die durchschnittliche Anzahl der Wohnungen je Wohngebäude ist die Relation zwischen der Gesamtzahl der Wohnungen in Wohngebäuden (ohne Wohnheime) und der Gesamtzahl der Wohngebäude (ohne Wohnheime).

Der Leerstand an Wohnungen ist in Bremen mit 3,7 Prozent unterdurchschnittlich. Bremen verfügt damit nach Hamburg, Schleswig-Holstein, Berlin und neben Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen über die viertniedrigste Quote.

Die durchschnittliche Wohnungsgröße im Land Bremen ist mit 80 m² mehr als 10 m² geringer als in Gesamtdeutschland. Noch kleinere Wohnungsgrößen findet man lediglich in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Sach-

sen und den Stadtstaaten Hamburg und Berlin. Über die größten Wohnflächen verfügen die Saarländer, dicht gefolgt von den Rheinland-Pfälzern.

Mit 2,5 Wohnungen je Wohngebäude sind die Häuser in Bremen knapp überdurchschnittlich ausgestattet. Lediglich in Sachsen und in den beiden anderen Stadtstaaten umfassen Wohngebäude durchschnittlich mehr Wohnungen.

Christine Genedl und Ariane Borowski

Gebäude und Wohnungen in den Städten Bremen und Bremerhaven im Vergleich

1 Einleitung

Am 31. Mai 2013 wurden die ersten Ergebnisse des Zensus 2011 und damit auch die ersten Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung veröffentlicht. Dieser Text stellt diese Ergebnisse für die Städte Bremen und Bremerhaven vor und vergleicht beide Stadtgemeinden des Landes Bremen mit anderen deutschen Städten. Für Bremen sind die Vergleichsstädte alle Städte, die am Zensusstichtag (9. Mai 2011) über 500 000 Einwohner aufwiesen (im Folgenden als „Großstädte“ bezeichnet). Bremerhaven wird mit den Städten aus den norddeutschen Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern verglichen, in denen am Zensusstichtag zwischen 75 000 und 120 000 Menschen lebten (im Folgenden als „norddeutsche Städte“ bezeichnet). Die vorliegenden Auswertungen beziehen sich auf die Ergebnisse des Zensus 2011 und haben daher stets den Stand 9. Mai 2011.

Der erste Teil der Ergebnisdarstellung behandelt den Gebäudebestand der Städte, der zweite Teil die Wohnsituation. Es werden Aussagen zu den einzelnen Gebäude- und Wohnungsmerkmalen getroffen sowie ausgewählte Merkmale zueinander in Beziehung gesetzt. Zu allen Merkmalen findet eine Gegenüberstellung der Städte Bremen und Bremerhaven statt bzw. zu bestimmten Merkmalen ein Ranking der entsprechenden Vergleichsstädte.

In einer Zusammenfassung werden die Kernaussagen zum Gebäude- und Wohnungsbestand abschließend nochmals aufgegriffen und mit den Ergebnissen des Städterankings in Beziehung gesetzt.

Die Darstellung der Ergebnisse des Gebäude- und Wohnungsbestandes bezieht sich auf Wohngebäude (ohne Wohnheime) in den Städten Bremen und Bremerhaven und die in ihnen befindlichen Wohnungen. Die Wohnheime und die Wohnungen in Wohnheimen bleiben für die vorliegende Auswertung unberücksichtigt.¹ In Auswertungen zu den Wohnungen werden außerdem, falls nicht anders beschrieben, die gewerblich genutzten Wohnungen, Diplomatwohnungen sowie Wohnungen ausländischer Streitkräfte² nicht mit einbezogen. Die Wohngebäude (ohne Wohnheime) werden im Folgenden als Wohngebäude bezeichnet.

In den Abbildungen und Tabellen sind nicht immer die absoluten Zahlen bzw. Prozentwerte ausgewiesen und einige Merkmalsausprägungen sind zusammengefasst worden.³

2 Gebäudebestand der Städte Bremen und Bremerhaven

Im folgenden Kapitel erfolgt die Betrachtung für die insgesamt 115 200 Wohngebäude der Stadt Bremen, in denen sich 274 656 Wohnungen befinden, sowie für die 20 847 Wohngebäude in Bremerhaven, in denen sich 62 366 Wohnungen befinden (Tabelle 1).

- 1 Eine ausführliche Beschreibung der Gebäudesystematik der GWZ 2011 befindet sich bei Pruschwitz, A. (2013): „Ausgewählte Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung“ in diesem Heft.
- 2 Dabei handelt es sich in Bremen um insgesamt 3 599 Wohnungen in Wohngebäuden, in Bremerhaven um 646 Wohnungen
- 3 Die Zahlenwerte in ihren nicht zusammengefassten Merkmalsausprägungen können über das „Bremen Zensus Infosystem“ bei www.statistik.bremen.de für das Land Bremen oder über die Zensusdatenbank unter www.zensus2011.de für Ergebnisse aus allen Bundesländern eingesehen werden. Die hier genannten Prozentangaben beziehen sich auf die Grundgesamtheit Wohngebäude (ohne Wohnheime). Bezugsgröße für relative Zahlendarstellungen in der Zensusdatenbank unter www.zensus2011.de ist die Gesamtzahl der Gebäude mit Wohnraum, unabhängig von der ausgewählten Gebäudeart. Daher weichen die relativen Zahlen in der Zensusdatenbank von den Prozentangaben an dieser Stelle ab.

2.1 Wohngebäude nach Baujahr in den Städten Bremen und Bremerhaven

In Bremen wie auch in Bremerhaven entstand der Großteil des Gebäudebestandes am Zensusstichtag (54,8 Prozent in Bremen bzw. 56,0 Prozent in Bremerhaven) zwischen 1919 und 1969.

Aus dem Zeitraum nach 1970 stammen in Bremen 36 054 Wohngebäude, das entspricht einem Anteil von 31,3 Prozent am gesamten Bestand. Die vor 1919 entstandenen Wohngebäude machen einen Anteil von 13,9 Prozent aus.

4 385 Wohngebäude, das entspricht 21,0 Prozent des gesamten Bestandes an Wohngebäuden, stammen in Bremerhaven aus dem Zeitraum zwischen 1950 und 1959, 8,5 Prozent des Gebäudebestandes aus der Zeit vor 1919. Der Anteil der in den letzten 30 Jahren errichteten Wohngebäude beträgt 21,0 Prozent des gesamten Bestandes, dies entspricht 4 384 Wohngebäuden (Abbildung 1).

Tabelle 1
Wohngebäude und darin enthaltene Wohnungen in den Städten Bremen und Bremerhaven

Übersicht Wohngebäude und Wohnungen	Stadt Bremen	Bremerhaven
	Anzahl	
Wohngebäude	115 200	20 847
darin Wohnungen	274 656	62 366

Abbildung 1
Wohngebäude in den Städten Bremen und Bremerhaven nach Baujahr

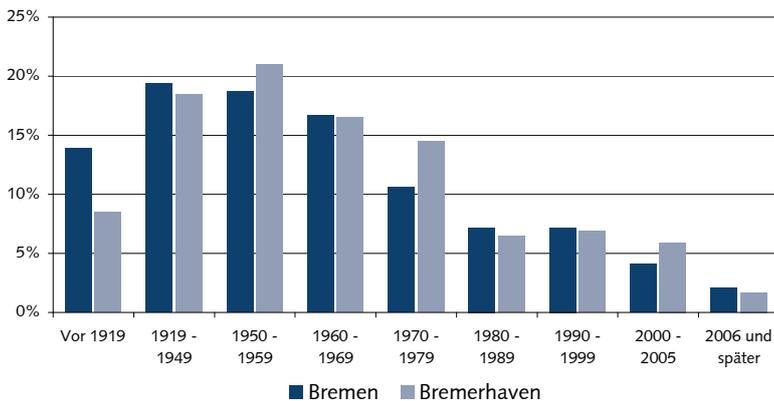
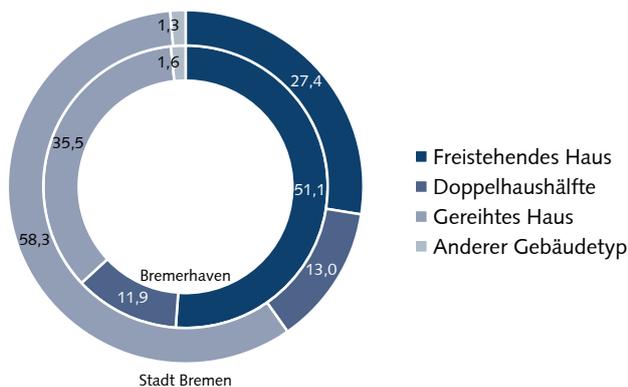


Abbildung 2
Wohngebäude in den Städten Bremen und Bremerhaven nach Gebäudetyp
Anteile in %



2.2 Wohngebäude nach Gebäudetyp

In der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 werden vier verschiedene Gebäudetypen unterschieden:

- › Freistehendes Haus,
- › Doppelhaushälfte,
- › Gereihtes Haus.
- › Anderer Gebäudetyp.

Ein freistehendes Haus teilt sich keine Mauern mit einem anderen Gebäude, eine Doppelhaushälfte teilt sich genau eine Mauer mit einem anderen Haus. Ein gereihtes Haus grenzt mit zwei Mauern an seine Nachbargebäude, so genannte Reihenendhäuser am Ende einer Häuserzeile sind mit einzubeziehen. Konnten die Befragten das Gebäude in keine dieser drei Kategorien einordnen, war „Anderer Gebäudetyp“ zu wählen. Die Unterscheidung der Gebäudetypen wird anhand der Bauweise getroffen, die Anzahl der Wohnungen im Gebäude ist nicht ausschlaggebend. Gebäude mit einer Wohnung werden im Text auch als „Einfamilienhäuser“ bezeichnet.

Der in Bremen vorherrschende Gebäudetyp ist mit 67 141 Gebäuden und einem Anteil von 58,3 Prozent das Reihenhaus. In Bremerhaven hingegen dominiert das freistehende Haus mit 10 654 Gebäuden und einem Anteil von 51,1 Prozent. Dort machen die gereihten Häuser mit 67 141 Gebäuden lediglich 35,5 Prozent des Wohngebäudebestandes aus.

Der Anteil der Doppelhaushälften beläuft sich in Bremen auf 13 Prozent und in Bremerhaven auf 11,9 Prozent. Gebäude, die einem anderen Gebäudetyp zuzurechnen sind, sind nur mit geringem Anteil vertreten: 1,3 Prozent in Bremen und 1,6 Prozent in Bremerhaven (Abbildung 2).

2.3 Wohngebäude nach Gebäudetyp und Baujahr

Die Gebäudetypen der Wohngebäude sind nach Baujahren in Abbildung 3 aufgeführt. Auch aus dieser Abbildung wird deutlich, dass unabhängig vom Gebäudetyp über 60 Prozent des Gebäudebestandes beider Städte vor 1970 entstanden sind und hinsichtlich des Baualters der verschiedenen Gebäudetypen kaum Unterschiede zwischen Bremen und Bremerhaven vorliegen.

Die Reihenhäuser beider Städte stammen zu über 70 Prozent aus den Jahren vor 1970. Die freistehenden Häuser und die Doppelhaushälften sind anteilig etwas jüngeren Baualters. Bezüglich der Gebäude, die anderen Gebäudetypen zuzuordnen sind, ist festzustellen, dass in Bremerhaven ein älterer Bestand als in Bremen vorliegt.

2.4 Wohngebäude nach Heizungsart

Der Großteil der Wohngebäude in den Städten Bremen und Bremerhaven wird über eine Zentralheizung geheizt (72,5 Prozent in Bremen, 74,5 Prozent in Bremerhaven). Der Anteil der Etagenheizungen macht in Bremen 12,9 Prozent und in Bremerhaven 13,6 Prozent aus, die Fernheizung 10,9 Prozent in Bremen und 8,9 Prozent in Bremerhaven (Tabelle 2). In der Stadt Bremen gibt es 49 Gebäude ohne Heizung, in Bremerhaven 24.

2.5 Wohngebäude nach Heizungsart und Baujahr

Werden die Heizungsarten nach den Baujahren der Gebäude betrachtet (Abbildungen 4a und 4b), wird deutlich, dass die Zentralheizung in Gebäuden jeden Baualters, sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven, stets die überwiegend genutzte Heizungsart ist. Die meisten Gebäude mit Etagenheizung, über 75 Prozent in Bremen wie auch in Bremerhaven, stammen aus den Jahren vor 1970.

Der Anteil der Wohngebäude mit Fernheizung in Bremen stieg ab dem Baujahr 1990 wieder an. Im Gegensatz dazu verringerte sich der Anteil dieses Heizungstyps in Gebäuden in Bremerhaven, die nach 1970 gebaut wurden, über die Zeit.

Abbildung 3
Wohngebäude in den Städten Bremen und Bremerhaven nach Baujahr und Gebäudetyp

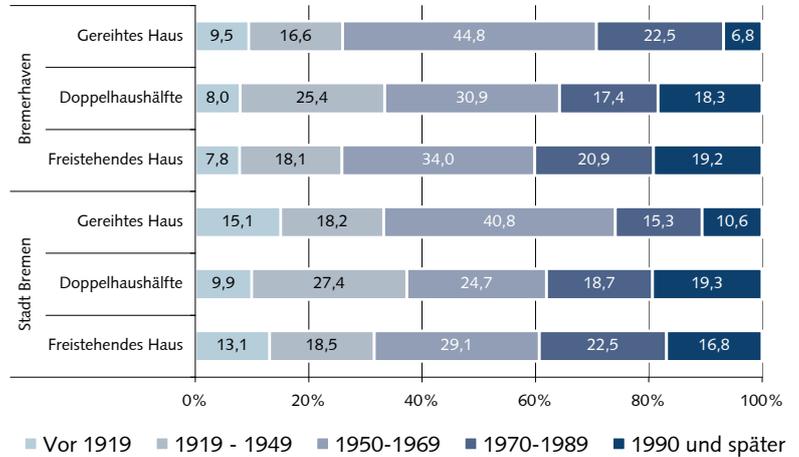


Tabelle 2
Wohngebäude in den Städten Bremen und Bremerhaven nach Heizungsart

Heizungsart	Stadt Bremen		Bremerhaven	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Fernheizung (Fernwärme)	12 564	10,9	1 864	8,9
Etagenheizung	14 916	12,9	2 832	13,6
Blockheizung	2 067	1,8	284	1,4
Zentralheizung	83 502	72,5	15 534	74,5
Einzel- oder Mehrraumöfen (auch Nachtspeicherheizung)	2 102	1,8	309	1,5
Keine Heizung im Gebäude oder in den Wohnungen	49	0,0	24	0,1
Insgesamt	115 200	100	20 847	100

Abbildung 4a
Wohngebäude in der Stadt Bremen nach Heizungsart und Baujahr

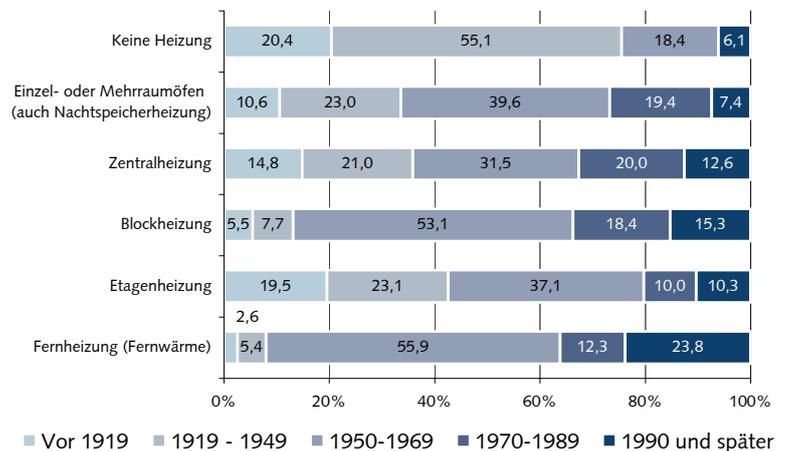


Abbildung 4b
Wohngebäude in Bremerhaven nach Heizungsart und Baujahr

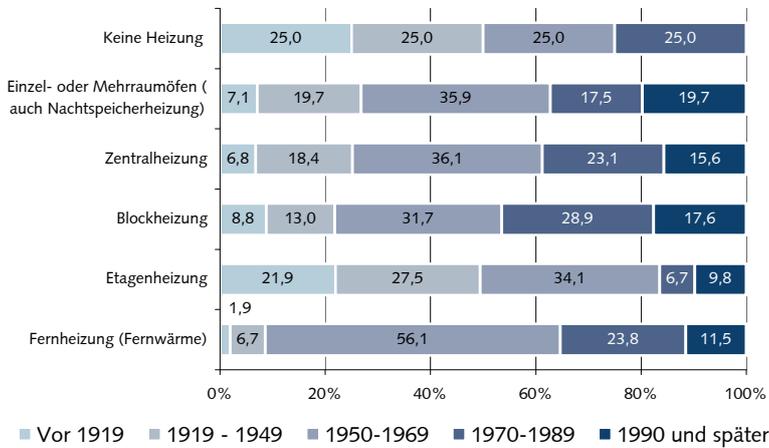


Abbildung 5
Wohngebäude und Wohnungen in den Städten Bremen und Bremerhaven nach der Eigentumsform des Gebäudes Anteile in %

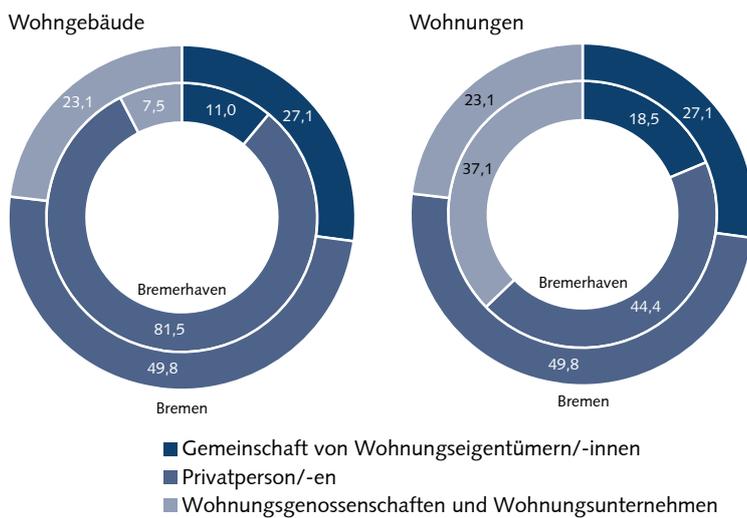
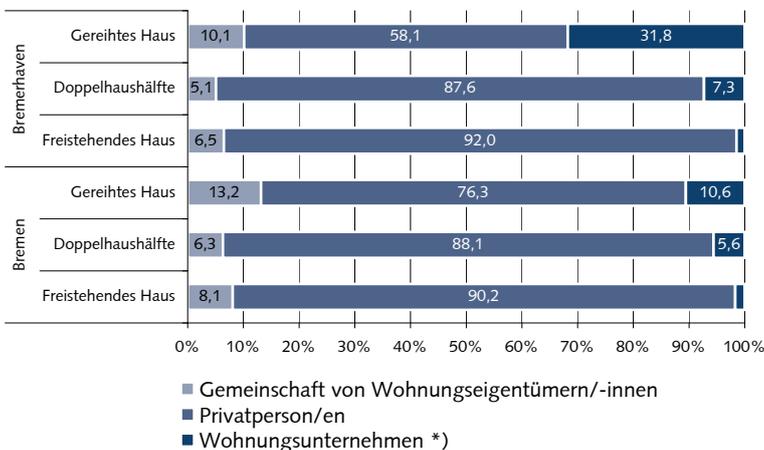


Abbildung 6
Wohngebäude in den Städten in Bremen und Bremerhaven nach Eigentumsform und Gebäudetyp



*) Wohnungsunternehmen: Summe der Werte für die Merkmalsausprägungen „Wohnungsgenossenschaft“, „Kommune oder kommunales Wohnungsunternehmen“ und „Privatwirtschaftliches Wohnungsunternehmen“.

2.6 Wohngebäude nach Eigentumsform

In Bremen befinden sich 91,5 Prozent der Wohngebäude und 75,2 Prozent der darin enthaltenen Wohnungen im Besitz von Privatpersonen oder Gemeinschaften von Wohnungseigentümern/-innen. In Bremerhaven sind es 85,2 Prozent der Gebäude und 60,4 Prozent der Wohnungen⁴.

Die Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsunternehmen⁵ besitzen in der Stadt Bremen einen Anteil von 7,4 Prozent der Gebäude bzw. 22,5 Prozent der Wohnungen, in Bremerhaven 12,9 Prozent der Gebäude und 35,6 Prozent der Wohnungen (Abbildung 5).

2.7 Wohngebäude nach Eigentumsform und Gebäudetyp

Bei der Darstellung der Eigentumsform von Wohngebäuden nach deren Gebäudetyp wird deutlich, dass der größte Teil der Wohngebäude in Bremen und Bremerhaven unabhängig vom Gebäudetyp überwiegend im Besitz von Privatpersonen ist. Vor allem die freistehenden Häuser gehören zu sehr großen Anteilen Privatpersonen: 90,2 Prozent in Bremen und 92,0 Prozent in Bremerhaven.

Gemeinschaften von Wohnungseigentümern/-innen besitzen vor allem gereichte Häuser, anteilig handelt es sich dabei in beiden Städten nur um knapp über 10 Prozent. Auch die Wohnungsunternehmen sind vor allem im Besitz gereichter Häuser: In Bremerhaven besitzen sie 31,8 Prozent der gereichten Häuser, in Bremen 10,6 Prozent (Abbildung 6).

2.8 Wohngebäude nach der Anzahl der Wohnungen

2.8.1 Verhältnis der Wohngebäude zur Anzahl der darin enthaltenen Wohnungen im Städtevergleich

Es fällt auf, dass Bremen, gemessen an seiner Einwohnerzahl, eine hohe Anzahl an Wohngebäuden hat (Tabelle 3). Dresden z. B. hat zwar nur ca. 30 000 Einwohner weniger als Bremen, jedoch weniger als die Hälfte des Wohngebäudebestandes von Bremen. Dies erklärt sich aus

⁴ Zu den Eigentumsverhältnissen in Wohnungen siehe Kapitel 3.

⁵ An dieser Stelle sind die Merkmalsausprägungen „Kommune oder kommunales Wohnungsunternehmen“, „privatwirtschaftliches Wohnungsunternehmen“ und „Wohnungsgenossenschaft“ zusammengefasst.

dem Verhältnis zwischen der Zahl der Wohngebäude und der Anzahl der Wohnungen pro Wohngebäude in Bremen, die in Abbildung 7 dargestellt ist.

Anders als in Bremen sind für Bremerhaven im Städtevergleich keine großen Auffälligkeiten im Verhältnis von Wohngebäuden und Wohnungen hervorzuheben. In der Betrachtung fällt die Stadt Salzgitter auf, wo es, trotz weniger Einwohnern als in Hildesheim, Bremerhaven und Göttingen, mehr Wohngebäude gibt.

2.8.2 Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden im Städtevergleich

Abbildung 7 zeigt, warum Bremen eine im Vergleich so hohe Anzahl an Wohngebäuden besitzt.

Die Wohngebäude in Bremen haben zu 66,4 Prozent eine Wohnung, das ist im Vergleich mit den anderen Großstädten der größte Anteil an Einfamilienhäusern. Der Anteil an Wohngebäuden mit 7 bis 12 Wohnungen (6,3 Prozent) bzw. 13 und mehr Wohnungen (1,3 Prozent) ist vergleichsweise gering. In Bremen sind sogar mehr Einfamilienhäuser als im Bundesdurchschnitt zu finden, in dessen Berechnung viele ländliche Regionen mit einem höheren Anteil an Ein- oder Zweifamilienhäusern enthalten sind. Der Anteil der Wohngebäude mit zwei Wohnungen ist durchschnittlich geringer als in Deutschland insgesamt, dafür ist der Anteil an Wohngebäuden mit sieben bis zwölf Wohnungen höher.

Bei den norddeutschen Städten ist die Verteilung der Wohngebäude in der Kategorie „1 Wohnung“ sehr ähnlich, mit Ausnahme der Städte Göttingen und Schwerin, die ca. 10 Prozentpunkte weniger Einfamilienhäuser als die übrigen aufgeführten Städte aufweisen. Die Verteilung der Wohngebäude Bremerhavens gleicht der gesamtdeutschen Verteilung in den Kategorien „1 Wohnung“ und „3 bis 6 Wohnungen“. Bremerhaven besitzt mit 7,4 Prozent gegenüber Deutschland (16,6 Prozent) weniger Wohngebäude mit zwei Wohnungen, hat aber in Wohngebäuden mit mehr als 7 Wohnungen prozentual eine höhere Anzahl an Wohngebäuden.

Tabelle 3
Wohngebäude, darin enthaltene Wohnungen und Einwohnerzahlen von Bremen und Bremerhaven im Städtevergleich

Stadt	Wohngebäude	darin Wohnungen	Einwohner/-innen
	Anzahl		
Bremen und Städte über 500 000 Einwohner			
Berlin	310 941	1 841 540	3 292 365
Hamburg	241 864	891 947	1 706 696
München	135 153	724 695	1 348 335
Köln	132 886	521 156	1 005 775
Frankfurt am Main	74 061	344 180	667 925
Düsseldorf	69 242	323 507	586 291
Stuttgart	73 784	282 985	585 890
Dortmund	91 689	301 074	571 143
Essen	86 373	301 886	566 201
Bremen	115 200	274 656	542 707
Dresden	55 320	284 839	512 354
Hannover	66 703	286 874	506 416
Leipzig	57 786	317 262	502 979
Bremerhaven und norddeutsche Städte zwischen 75 000 und 120 000 Einwohner			
Wolfsburg	25 840	63 001	119 984
Göttingen	18 434	64 139	115 843
Bremerhaven	20 847	62 366	108 156
Hildesheim	18 566	52 354	99 554
Salzgitter	23 144	55 458	98 895
Schwerin	12 688	56 891	91 293
Flensburg	16 307	47 221	82 258
Wilhelmshaven	17 223	44 645	77 451

Abbildung 7
Wohngebäude nach der Zahl der Wohnungen: Bremen und Bremerhaven im Städtevergleich

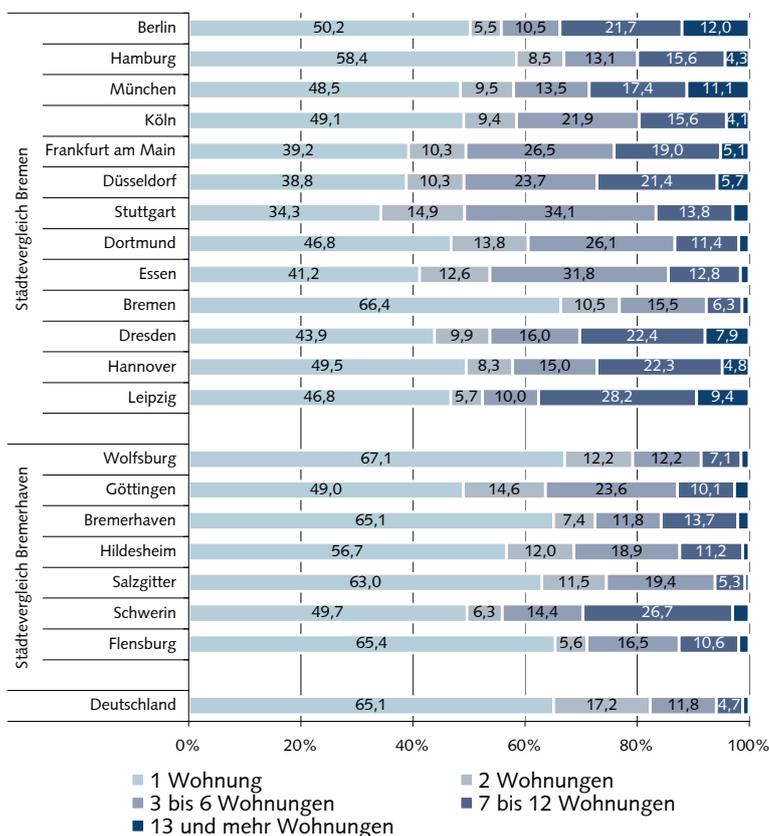


Abbildung 8
Durchschnittliche Anzahl der Wohnungen pro Gebäude im Städtevergleich

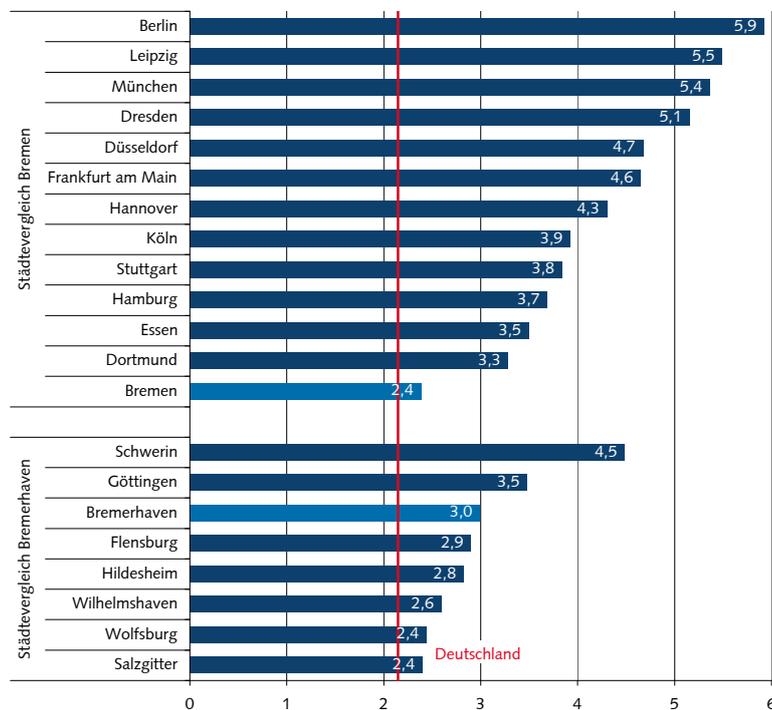


Tabelle 4
Wohngebäude in den Städten Bremen und Bremerhaven nach Gebäudetyp und Anzahl der Wohnungen

Merkmale	Stadt Bremen		Bremerhaven	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Freistehendes Haus				
1 Wohnung	23 758	75,2	8 289	77,8
2 Wohnungen	4 060	12,9	1 059	9,9
3 bis 6 Wohnungen	2 500	7,9	916	8,6
7 bis 12 Wohnungen	913	2,9	308	2,9
13 und mehr Wohnungen	364	1,2	82	0,8
Insgesamt	31 595	100	10 654	100
Doppelhaushälfte				
1 Wohnung	11 572	77,4	1 904	76,9
2 Wohnungen	1 510	10,1	207	8,4
3 bis 6 Wohnungen	1 321	8,8	207	8,4
7 bis 12 Wohnungen	482	3,2	136	5,5
13 und mehr Wohnungen	58	0,4	22	0,9
Insgesamt	14 943	100	2 476	100
Gereichtes Haus				
1 Wohnung	40 373	60,1	3 260	44,1
2 Wohnungen	6 358	9,5	262	3,5
3 bis 6 Wohnungen	13 706	20,4	1 281	17,3
7 bis 12 Wohnungen	5 747	8,6	2 293	31,0
13 und mehr Wohnungen	957	1,4	297	4,0
Insgesamt	67 141	100	7 393	100
Anderer Gebäudetyp				
1 Wohnung	761	50,0	125	38,6
2 Wohnungen	153	10,1	16	4,9
3 bis 6 Wohnungen	359	23,6	56	17,3
7 bis 12 Wohnungen	158	10,4	109	33,6
13 und mehr Wohnungen	90	5,9	18	5,6
Insgesamt	1 521	100	324	100

2.8.3 Durchschnittliche Anzahl von Wohnungen in Wohngebäuden im Städtevergleich

Die durchschnittliche Anzahl an Wohnungen pro Wohngebäude ist in Bremen im Vergleich mit den anderen Großstädten mit 2,4 sehr niedrig (Abbildung 8).

Durchschnittlich die meisten Wohnungen pro Wohngebäude hat Berlin mit 5,9, darauf folgt Leipzig mit 5,5 und Dresden mit 5,1 Wohnungen pro Wohngebäude. Dortmund hat nach Bremen mit durchschnittlich 3,3 die geringste Anzahl an Wohnungen pro Wohngebäude. Bremen verfügt mit 2,4 Wohnungen pro Wohngebäude über einen Wert, der nahe am Bundesdurchschnitt mit 2,1 Wohnungen pro Wohngebäude liegt. Die anderen Großstädte weichen stark bis sehr stark vom Bundesdurchschnitt ab.

Bremerhaven hat mit 3,0 Wohnungen pro Wohngebäude den dritthöchsten Wert nach Göttingen mit 3,5 und Schwerin mit 4,5 Wohnungen pro Wohngebäude. Salzgitter und Wolfsburg haben mit 2,4 Wohnungen pro Wohngebäude den niedrigsten Wert und sind nur 0,3 Skalenpunkte vom Bundesdurchschnitt 2,1 entfernt. Ein Bremerhavener Wohngebäude weist im Durchschnitt ungefähr eine Wohnung mehr auf als der Bundesdurchschnitt.

2.8.4 Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden nach Gebäudetyp

Werden die Gebäudetypen auf die Anzahl der im Gebäude enthaltenen Wohnungen hin betrachtet, fällt auf, dass in Bremen bei allen Gebäudetypen die Gebäude mit einer Wohnung überwiegen. In Bremerhaven hingegen weisen die Reihenhäuser sowie Gebäude, die anderen Gebäudetypen zuzuordnen sind, überwiegend mehr als drei Wohnungen auf (Tabelle 4).

Generell sind die freistehenden Häuser und die Doppelhaushälften eher Gebäudetypen mit einer geringen Anzahl an Wohnungen: in beiden Städten haben diese Gebäudetypen zu über 75 Prozent nur eine Wohnung pro Gebäude.

Obwohl der in Bremerhaven überwiegend vertretene Gebäudetyp das freistehende Haus ist, befindet sich der Großteil der Wohnungen dort mit einer Zahl von 35 660 (57,2 Prozent) wie in Bremen in gereichten Häusern. Diese weisen im Gegensatz zu Bremen mit durchschnittlich 4,8 Wohnungen pro Reihnhaus eine

deutlich höhere Anzahl an Wohnungen auf. 89,4 Prozent der Reihenhäuser in Bremerhaven haben mehr als drei Wohnungen, während dieser Gebäudetyp in Bremen durchschnittlich 2,7 Wohnungen beinhaltet (Abbildung 9).

2.8.5 Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden nach Baujahr

Werden die Städte Bremen und Bremerhaven hinsichtlich der Anzahl der Wohnungen pro Gebäude nach Baujahr betrachtet, fällt in beiden Städten der Trend zu weniger Wohnungen pro Gebäude auf (Abbildung 10).

Nach 1970 entstanden sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven anteilig mehr Gebäude mit einer Wohnung als in den Jahren davor. Dieser Trend verlief in Bremerhaven kontinuierlich, in Bremen stieg die Wohnungsanzahl pro Gebäude zwischen 1950 und 1970 für einige Jahre an. Die Gebäude mit mehr als drei Wohnungen stammen mehrheitlich (zu 77,9 Prozent in Bremen und zu 82,7 Prozent in Bremerhaven) aus den Jahren vor 1970.

Der Anteil der nach 1990 entstandenen Gebäude mit einer Wohnung liegt in Bremen bei 82,5 Prozent, in Bremerhaven bei 85,3 Prozent.

3 Wohnsituation in den Städten Bremen und Bremerhaven

In Kapitel 3 werden die Wohnungen in Wohngebäuden zunächst auf ihre Ausstattung hin betrachtet. Daran anschließend werden die Eigentumsverhältnisse, d. h. die Eigentümer- und Mieterquoten sowie die Leerstandsquote vorgestellt.

3.1 Fläche der Wohnungen in Wohngebäuden

3.1.1 Fläche der Wohnungen nach Baujahr

Die Wohnungen mit einer Fläche zwischen 40 und 79 m² machen in beiden Städten den größten Anteil aus. In Bremen haben 40,9 Prozent der Wohnungen mehr als 80 m², in Bremerhaven 42,1 Prozent (Abbildung 11).

Während zwischen 1950 und 1969 Gebäude mit kleineren Wohnungen als in den Jahren zuvor gebaut wurden, sind die Wohnungen in Gebäuden, die nach 1970 entstanden sind, deutlich größer (Abbildung 12). Der Anteil der

Abbildung 9
Anzahl Wohnungen in den Städten Bremen und Bremerhaven nach Gebäudetypen
Anteile in %

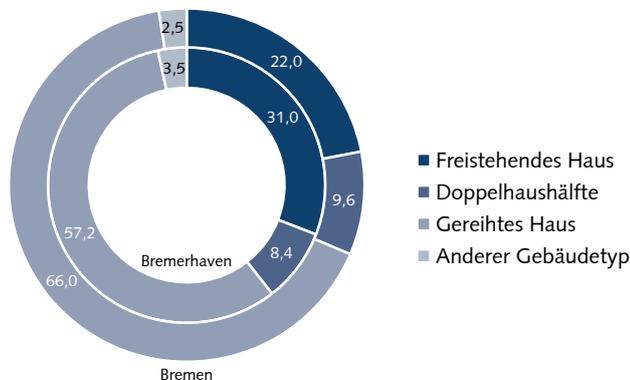


Abbildung 10
Wohngebäude in den Städten Bremen und Bremerhaven nach der Anzahl der Wohnungen im Gebäude und Baujahr

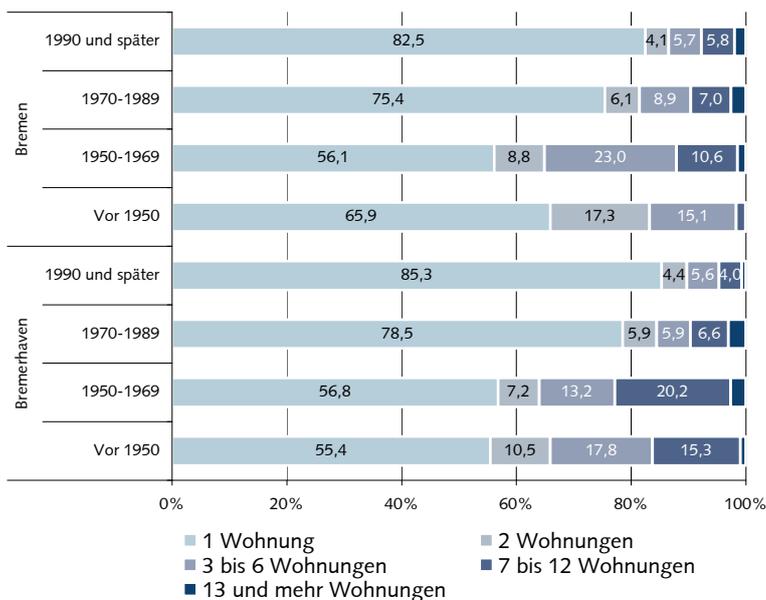


Abbildung 11
Wohnungen in Wohngebäuden in den Städten Bremen und Bremerhaven nach ihrer Fläche
Anteile in %

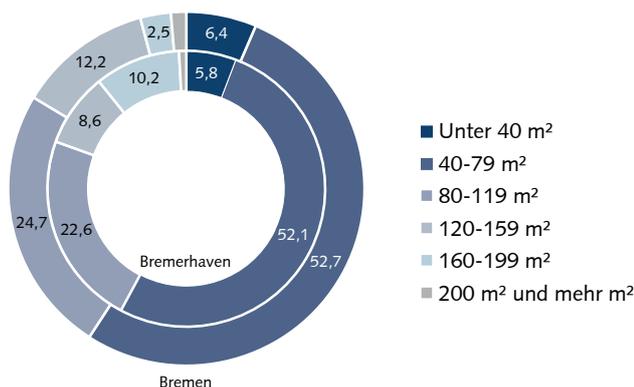
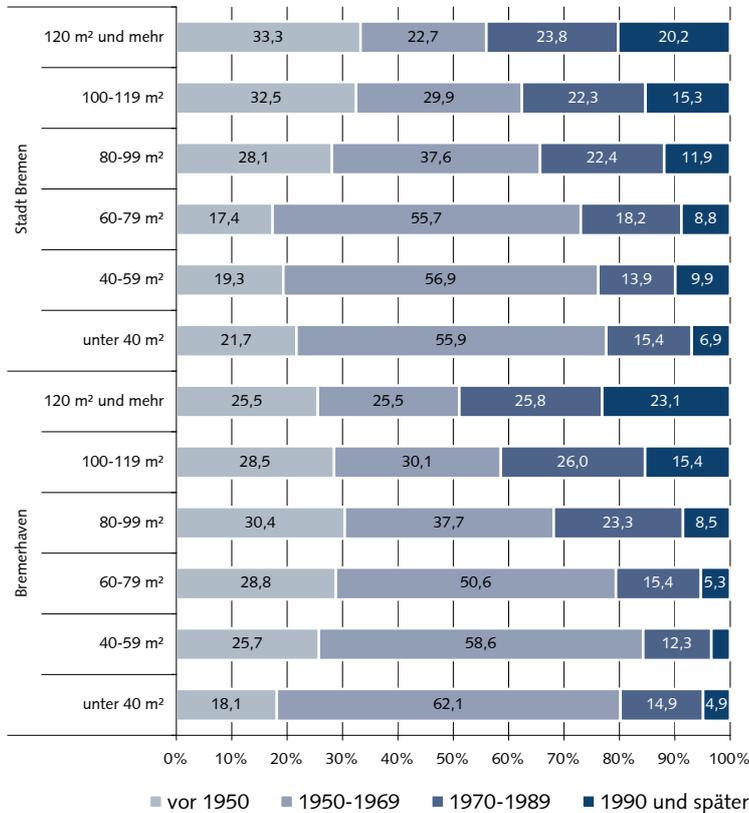


Abbildung 12
Fläche der Wohnungen in Wohngebäuden in den Städten Bremen und Bremerhaven nach Baujahr



Wohnungen über 100 m², die sich in Gebäuden aus den Jahren zwischen 1950 und 1969 befinden, liegt in Bremen bei 14,6 Prozent, in Bremerhaven bei 13,2 Prozent. Dies ändert sich jedoch in den Folgejahren: Zwischen 1970 und 1989 steigen die Anteile der Wohnungen mit über 100 m² Wohnfläche auf 32 Prozent in Bremen und 32,2 Prozent in Bremerhaven, nach 1990 sogar auf 40,2 Prozent in Bremen und 52,1 Prozent in Bremerhaven.

3.1.2 Fläche der Wohnungen nach Anzahl der Wohnungen im Gebäude

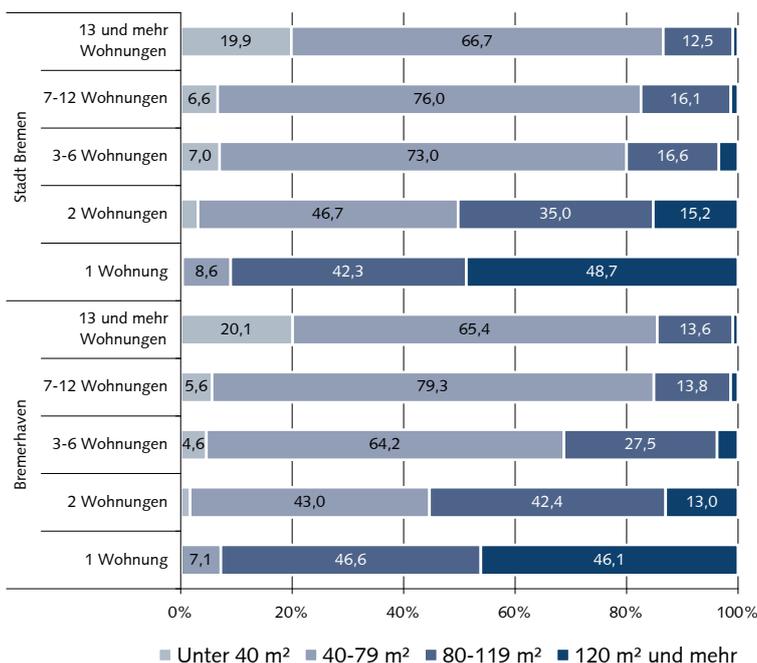
In Abbildung 13 ist die Fläche der Wohnungen nach Anzahl der Wohnungen im Gebäude dargestellt. Für die Städte Bremen und Bremerhaven gilt gleichermaßen: Je weniger Wohnungen das Gebäude hat, desto größer sind die darin enthaltenen Wohnungen im Durchschnitt.

3.1.3 Wohnungen nach Fläche und Raumzahl im Städtevergleich

Die Einwohner von Bremen haben im Vergleich mit durchschnittlich 4,0 Räumen und einer Wohnfläche von 80,9 m² pro Wohnung in Wohngebäuden den meisten Platz zum Wohnen (Tabelle 5). Auf Bremen folgt Stuttgart mit durchschnittlich 3,7 Räumen und 77,5 m² pro Wohnung in Wohngebäuden. Die im Durchschnitt kleinsten Wohnungen haben die Einwohner von Leipzig mit 69,1 m². Den Einwohnern von München stehen mit 3,3 Räumen weniger Zimmer zur Verfügung als den Leipziguern mit 3,5 Räumen pro Wohnung, obwohl sie mit 72,0 m² im Durchschnitt mehr Fläche besitzen. In München sind die Räume im Schnitt folglich größer als in Leipziger Wohnungen. In den Großstädten ist die Größe der Wohnungen in Wohngebäuden geringer als im Bundesdurchschnitt mit 4,4 Räumen auf 90,7 m², die Stadt Bremen liegt mit ihren Durchschnittswerten diesem aber besonders nahe.

Im Vergleich Bremerhavens mit den norddeutschen Städten haben die Einwohner Schwereins die kleinsten Wohnungen mit durchschnittlich 3,5 Räumen und 67 m² pro Wohnung. Die größten Wohnungen sind in Wolfsburg zu finden – es stehen den Menschen durchschnittlich 4,4 Räume und 87 m² zur Verfügung. Die durchschnittliche Größe des Wohnraums der Bremerhavener liegt mit 3,8 Räumen und

Abbildung 13
Wohnungen in Wohngebäuden in den Städten Bremen und Bremerhaven nach ihrer Fläche und der Anzahl der Wohnungen im Gebäude



76,6 m² pro Wohnung ungefähr im Mittel. Wolfsburger Wohnungen entsprechen fast genau dem Bundesdurchschnitt, Bremerhavener Wohnungen weichen folglich von diesem ab, da sie durchschnittlich kleiner sind und weniger Räume beinhalten.

3.2 Wohnungen in Wohngebäuden nach Art der Wohnungsnutzung

Die Zahl der vom Eigentümer oder der Eigentümerin bewohnten Wohnungen liegt in Bremen bei 108 180 und in Bremerhaven bei 18 292 (Tabelle 6). In beiden Städten gibt es mehr Wohnungen, die vermietet sind oder dem Bewohner mietfrei überlassen wurden: 157 809 Wohnungen in Bremen und 39 799 Wohnungen in Bremerhaven. Insgesamt ist der Anteil an vermieteten (oder mietfrei überlassenen) Wohnungen in Bremerhaven mit 63,8 gegenüber 57,5 Prozent größer als in Bremen, mit dem Anteil der vom Eigentümer oder der Eigentümerin bewohnten Wohnungen verhält es sich genau umgekehrt. Die Ferien- und Freizeitwohnungen nehmen in beiden Städten nur einen geringen Anteil von unter einem Prozent ein. In Bremerhaven herrscht mit 6,3 Prozent ein höherer Leerstand als in Bremen (2,9 Prozent).

3.2.1 Eigentümer- und Mieterquoten Bremen und Bremerhaven

Für die Berechnung der Eigentümer- und Mieterquoten⁶ werden die Ferien- und Freizeitwohnungen sowie die leerstehenden Wohnungen nicht berücksichtigt, daher ergibt sich für die Stadt Bremen eine Zahl von 265 989 Wohnungen, die zum Stichtag entweder vom Eigentümer bewohnt oder zu Wohnzwecken vermietet wurden, für Bremerhaven eine Zahl von 58 091 Wohnungen.

Aus diesen Zahlen berechnen sich die Eigentümer- und Mieterquoten, die nachfolgend beschrieben werden (Abbildung 14). Unter Einbeziehung der zu Wohnzwecken vermieteten Wohnungen ergibt sich für Bremen eine Eigentümerquote von 40,7 Prozent und eine Mieterquote von 59,3 Prozent. In Bremerhaven liegen eine Eigentümerquote von 31,5 Prozent und eine Mieterquote von 68,5 Prozent vor.

⁶ Die Eigentümerquote ist das Verhältnis zwischen der Merkmalsausprägung „von Eigentümer/-in bewohnt“ und „zu Wohnzwecken vermietet (auch mietfrei)“. Eigentümer- und Mieterquote ergeben zusammen 100 Prozent.

Tabelle 5
Raumzahl und Größe von Wohnungen in Bremen und Bremerhaven im Städtevergleich

	Durchschnittliche	
	Raumzahl	Größe in m ²
Bremen und andere deutsche Großstädte		
Berlin	3,5	72,2
Hamburg	3,7	75,1
München	3,3	72,0
Köln	3,5	75,9
Frankfurt am Main	3,5	72,5
Düsseldorf	3,4	75,1
Stuttgart	3,7	77,5
Dortmund	3,7	77,1
Essen	3,7	76,4
Bremen	4,0	80,9
Dresden	3,6	68,8
Hannover	3,8	76,7
Leipzig	3,5	69,1
Bremerhaven und andere norddeutsche Städte		
Wolfsburg	4,4	87,0
Göttingen	3,8	75,7
Bremerhaven	3,8	76,6
Hildesheim	4,2	84,0
Salzgitter	4,4	83,0
Schwerin	3,5	67,0
Flensburg	3,8	77,9
Wilhelmshaven	4,2	81,8
Deutschland		
Insgesamt	4,4	90,7

Tabelle 6
Wohnungen in Wohngebäuden nach Art der Wohnungsnutzung in den Städten Bremen und Bremerhaven

Art der Wohnungsnutzung	Bremen		Bremerhaven	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Von Eigentümer/-in bewohnt	108 180	39,4	18 292	29,3
Zu Wohnzwecken vermietet (auch mietfrei)	157 809	57,5	39 799	63,8
Ferien- oder Freizeitwohnung	602	0,2	340	0,5
Leer stehend	8 065	2,9	3 935	6,3
Insgesamt	274 656	100	62 366	100

Abbildung 14
Eigentümer- und Mieterquote in Wohngebäuden in den Städten Bremen und Bremerhaven

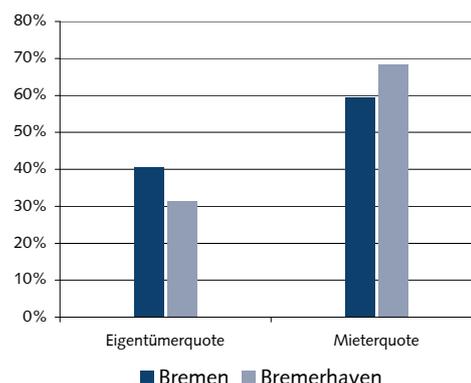
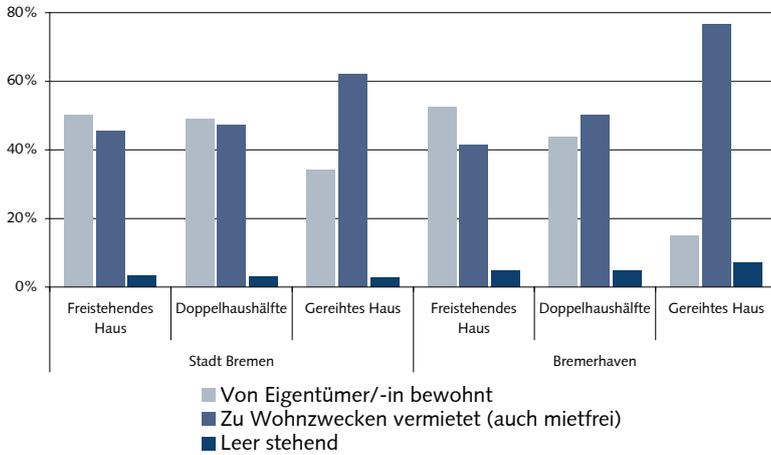


Abbildung 15
Wohnungen in Wohngebäuden nach Art ihrer Nutzung und Gebäudetypp in den Städten Bremen und Bremerhaven

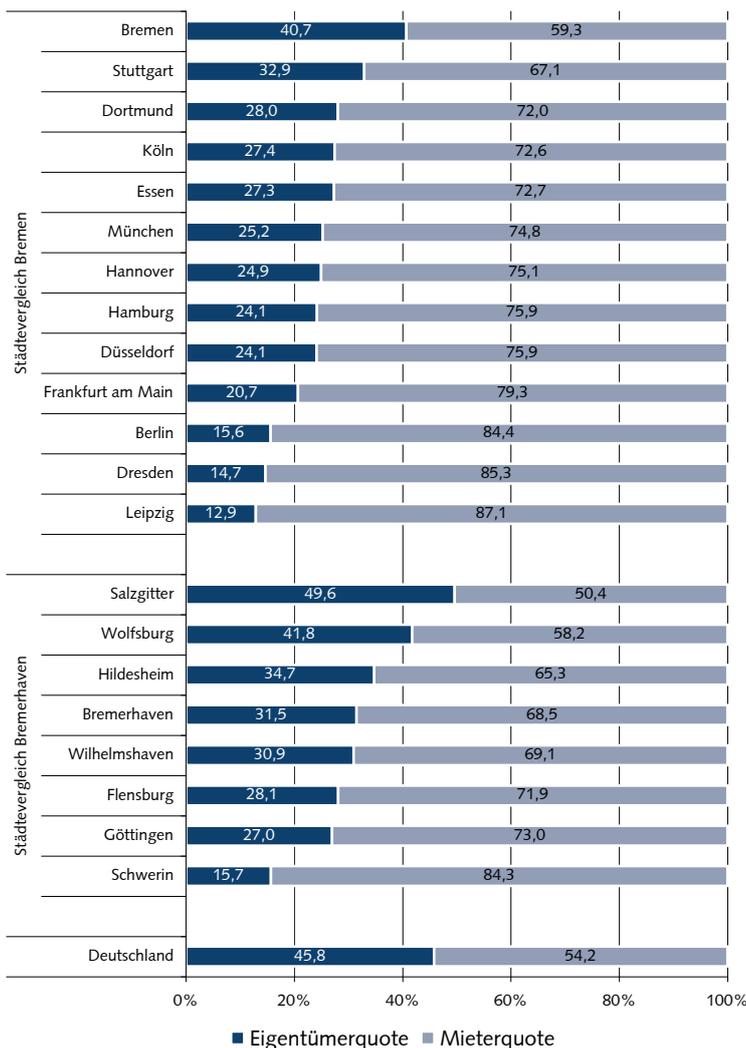


3.2.2 Eigentumsverhältnisse nach Gebäudetyppen

Für die Darstellungen der Art der Wohnungsnutzung nach Gebäudetyppen sind neben den von Eigentümer/-innen bewohnten und zu Wohnzwecken vermieteten Wohnungen die leer stehenden Wohnungen berücksichtigt. Werden die Wohnungen bezogen auf die verschiedenen Gebäudetyppen auf die Art der Wohnungsnutzung hin betrachtet, sind entsprechende Unterschiede zwischen den Städten Bremen und Bremerhaven zu erkennen (Abbildung 15).

In Bremerhaven bestehen die Gebäudetyppen zur Hälfte (51,1 Prozent) aus freistehenden Häusern, die zu 52,4 Prozent vom Eigentümer bewohnt sind. In Bremen sind 27,4 Prozent der Gebäude freistehende Häuser, die zu 50,1 Prozent vom Eigentümer bewohnt werden.

Abbildung 16
Eigentümer- und Mieterquote von Wohnungen in Wohngebäuden im Städtevergleich



3.2.3 Eigentümer- und Mieterquoten im Städtevergleich

Unter den 13 Großstädten in Deutschland hat Bremen die höchste Eigentümerquote, die Mieterquote fällt dementsprechend unterdurchschnittlich aus (Abbildung 16).

Mit einer Eigentümerquote von 40,7 Prozent liegt Bremen 5,1 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt von 45,8 Prozent. Die Stadt mit der zweithöchsten Eigentümerquote ist Stuttgart mit 32,9 Prozent. Die Städte Leipzig (12,9 Prozent) und Dresden (14,7 Prozent) sowie Berlin (15,6 Prozent) haben die niedrigsten Eigentümerquoten.

Die Eigentümerquote von Bremerhaven liegt mit 31,5 Prozent im Mittelfeld der norddeutschen Vergleichsstädte und 14,3 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt von 45,8 Prozent. Die Stadt mit der höchsten Eigentümerquote ist Salzgitter, die mit 49,6 Prozent fast so viele vom Eigentümer bewohnte wie vermietete Wohnungen hat und damit über dem Bundesdurchschnitt liegt. Schwerin hat die niedrigste Eigentümerquote mit 15,7 Prozent, danach folgen Göttingen (27,0 Prozent) und Flensburg (28,1 Prozent).

3.3 Leerstandsquote von Wohnungen in Wohngebäuden im Städtevergleich

Mit 2,9 Prozent Leerstandsquote bei den Wohnungen in Wohngebäuden liegt Bremen im

Vergleich der 13 einwohnerstärksten Städte Deutschlands im unteren Mittelfeld. Auffallend ist der hohe Leerstand in Leipzig mit 11,7 Prozent. Hamburg hat mit 1,5 Prozent die geringste Leerstandsquote. In den Städten Berlin, Dresden und Leipzig ist der Leerstand insgesamt am höchsten und in Hamburg, München und Köln am niedrigsten. In Deutschland stehen insgesamt 4,4 Prozent der Wohnungen leer, von den Großstädten liegen nur die Städte Dresden und Leipzig über diesem Wert. Essens Leerstandsquote liegt genau im deutschen Durchschnitt (Abbildung 17).

Mit 6,3 Prozent leer stehenden Wohnungen hat Bremerhaven den dritthöchsten Leerstand in den norddeutschen Städten und somit einen 2,1 Prozentpunkte höheren Leerstand als Deutschland insgesamt. Salzgitter hat mit 9,8 Prozent den zweithöchsten und Schwerin mit 10,7 Prozent den höchsten Leerstand aufzuweisen. Diese beiden Städte liegen neben Bremerhaven und Wilhelmshaven auch über dem Anteil an leer stehenden Wohnungen in Deutschland insgesamt. Den niedrigsten Anteil an leer stehenden Wohnungen hat Flensburg mit 2,8 Prozent.

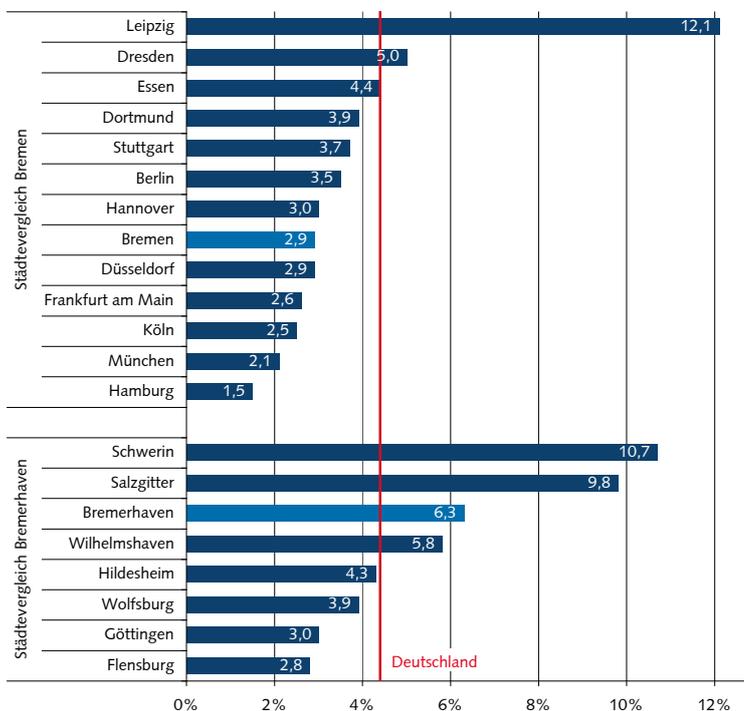
4 Zusammenfassung

Der überwiegende Teil des zum Zensusstichtag festgestellten Bestandes an Wohngebäuden stammt in Bremen wie auch in Bremerhaven aus den Jahren zwischen 1919 und 1969.

Bei den Wohngebäuden handelt es sich in Bremen überwiegend um Reihenhäuser, sie enthalten im Durchschnitt 2,7 Wohnungen. Insgesamt befinden sich die meisten Wohnungen in diesem Gebäudetyp. In Bremerhaven hingegen ist der vorherrschende Gebäudetyp das freistehende Haus, allerdings befindet sich der Großteil der Wohnungen dort ebenfalls in Reihenhäusern, die mit durchschnittlich 4,8 Wohnungen eine deutlich höhere Anzahl an Wohnungen pro Gebäude aufweisen. 60,5 Prozent der Bremer Reihenhäuser hingegen sind Einfamilienhäuser, deren Bewohner/-innen zu 82,4 Prozent auch deren Eigentümer/-innen sind. Die Wohngebäude werden in beiden Städten zum Großteil über eine Zentralheizung geheizt.

Eigentümer der Wohngebäude sind vor allem Privatpersonen, wobei der Anteil dieser Eigentümergruppe in Bremen deutlich höher ist als in Bremerhaven. Dort haben die Wohnungsun-

Abbildung 17
Leerstandsquote von Wohnungen in Wohngebäuden im Städtevergleich



ternehmen und –genossenschaften wiederum einen vergleichsweise hohen Eigentümeranteil, vor allem in Reihenhäusern.

Die Stadt Bremen fällt im Vergleich mit den übrigen deutschen Großstädten durch ihre großzügigeren Wohnverhältnisse auf. Den Einwohnern von Bremen steht in den Wohngebäuden mit der durchschnittlich geringsten Anzahl von Wohnungen im Gebäude (2,1) und mit durchschnittlich 80,9 m² in 4,0 Räumen der meiste Platz zum Wohnen zur Verfügung. Die Leerstandsquote bewegt sich im Mittelfeld der betrachteten Städte. Auch bei der Eigentümerquote nimmt Bremen mit 40,7 Prozent den ersten Platz ein.

Bremerhaven liegt im Vergleich der norddeutschen Städte im Mittelfeld der Städtevergleiche. Die Verteilung der Wohngebäude nach Anzahl der Wohnungen ist ähnlich, nur Schwerin und Göttingen stechen mit ihrer Verteilung hervor, da sie mehr Wohngebäude mit einer höheren Anzahl von Wohnungen besitzen. Die Wohngebäude in Bremerhaven haben durchschnittlich 3,0 Wohnungen, die mit durchschnittlich 3,8 Räumen und 76,6 m² pro Wohnung etwa mittig im Städtevergleich liegen. Auch mit einer Eigentümerquote von 31,5 Prozent und einer Leerstandsquote von 6,1 Prozent landet Bremerhaven auf einem mittleren Platz.

Magdalena Gajdzik und Ulrich Schewe

Ergebnisse des Zensus 2011 sowie Möglichkeiten zur kleinräumigen Darstellung und Analyse

Vorbemerkung

Der Zensus 2011 bietet nach der Volkszählung 1987 eine umfassende und aktuelle Datenbasis zu Bevölkerungs-, Haushalts- sowie Gebäude- und Wohnungsdaten. Die Ergebnisse werden zu zwei Zeitpunkten – zum 31. Mai 2013 und im Frühjahr 2014 veröffentlicht. Der im Frühjahr 2014 vorliegende zensustypische Datensatz ermöglicht dann auch kleinräumige Analysen z. B. zur Struktur der Haushalte oder der Gebäude mit Wohnraum. Der folgende Artikel befasst sich mit den Veröffentlichungen der Zensusergebnisse und deren rechtlichen und institutionellen Voraussetzungen sowie Möglichkeiten zur kleinräumigen Darstellung und Analyse.

1 Veröffentlichung der Zensusergebnisse

Der Zensus 2011 ist eine registergestützte Bevölkerungserhebung, die das Ziel hat, die amtliche Einwohnerzahl festzustellen und flächendeckende Strukturdaten zu Haushalten und Wohnungen zu ermitteln. Nachdem die Aufbereitungs- und Erhebungsphasen im Frühjahr 2013 abgeschlossen wurden, steht der Öffentlichkeit seit dem 31. Mai 2013 der erste Teil der Ergebnisse des Zensus 2011 in der Online-Auswertungsdatenbank zum Zensus zur Verfügung. Die abschließenden Ergebnisse des Zensus 2011 werden im Frühjahr 2014 veröffentlicht.

1.1 Wer kann wie auf die Zensusergebnisse zugreifen?

Im Rahmen der Veröffentlichung der Zensusergebnisse wird grundlegend zwischen zwei Nutzergruppen unterschieden – Öffentlichkeit sowie Fachanwenderinnen und Fachanwender. Aggregierte Daten sind allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern bereits jetzt kostenfrei zugänglich. Die Daten können über das Internet

unter <https://ergebnisse.zensus2011.de> abgerufen werden. Hierbei haben die Nutzerinnen und Nutzer zwei Möglichkeiten, die Ergebnisse des Zensus 2011 für alle Länder, Kreise und Gemeinden Deutschlands einzusehen. Unter der Rubrik „Ergebnisse einfach und schnell“ können sowohl die Einwohnerzahlen als auch zusammengefasste Ergebnisse nach Regionen sowie vordefinierte Tabellen und Diagramme nach Themen abgerufen werden. Die zweite Rubrik „Ergebnisse dynamisch und individuell“ ermöglicht es den Nutzerinnen und Nutzern, variable Tabellen und Diagramme sowie Gemeinde- und Regionalvergleiche nach eigenem Interesse zu erstellen. Informationsmaterialien, Gemeindeblätter sowie die Ergebnisse für das Land Bremen sind zusätzlich auf der Homepage des Statistischen Landesamtes Bremen unter www.statistik.bremen.de veröffentlicht.

Ein Zugriff auf Einzeldaten des Zensus 2011 ist nur für die Gruppe der Fachanwenderinnen und Fachanwender vorgesehen. Dies ist durch die Zensusgesetze und das Bundesstatistikgesetz geregelt. Zu diesem Kreis zählen neben den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder die Forschungseinrichtungen der Universitäten und Hochschulen sowie Kommunen mit abge-

schotteter Statistikstelle. Einzeldaten dienen hier jedoch nur der analytischen und internen Betrachtung und als Basis für Aggregationen im Rahmen von Auswertungen – jegliche Veröffentlichung unterliegt dem Gebot der statistischen Geheimhaltung und den Vorgaben des Datenschutzes.

Für spezifische Fragestellungen, die mithilfe des verfügbaren Datenangebots nicht beantwortet werden können, bieten die Statistischen Ämter des Bundes und Länder auf Anfrage die Anfertigung von Sonderauswertungen an.

Neben den elektronischen Möglichkeiten der Datenbeschaffung liegen auch ausgewählte Informationsmaterialien in den Statistischen Ämtern der Länder für die Öffentlichkeit und interessierte Fachanwenderinnen und Fachanwender in gedruckter Form aus.

1.2 Was wird veröffentlicht?

Die Veröffentlichung der Zensusergebnisse erfolgt wie eingangs beschrieben in zwei aufeinander folgenden Phasen. Beim ersten Veröffentlichungstermin lagen neben der amtlichen Einwohnerzahl für Bundesländer, Kreise und Gemeinden auch Daten zur Bevölkerungsstruktur und zu demographischen Merkmalen sowie die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vor.

Die Ergebnisse können nach Themengebieten differenziert eingesehen werden.

Bei den Daten der Bevölkerung stehen folgende Strukturmerkmale auf Basis der Haushaltebefragung und Registerauswertungen zur Auswahl bereit:

- › Demografie,
- › Religion,
- › Migration,
- › Schul- und Berufsbildung,
- › Beruf.

Im Bereich der Gebäude- und Wohnungszählung stehen folgende Themenbereiche zur Verfügung:

- › Gebäude,
- › Gebäudeart,
- › Gebäudetyp,
- › Baujahr,
- › Eigentumsform,
- › Heizungsart,

- › Wohnungen,
- › Wohnungsnutzung,
- › Ausstattung der Wohnung,
- › Fläche,
- › Räume.

Eine Darstellung der Ergebnisse zum ersten Veröffentlichungstermin auf Ebene des Landes und der Städte Bremen und Bremerhaven findet sich in den vorangestellten Artikeln dieser Publikation.

Im Frühjahr 2014 werden zum geplanten zweiten Veröffentlichungstermin die abschließenden Ergebnisse der Haushaltegenerierung und damit Informationen auf Basis der Personen in Wohnhaushalten bereitgestellt.

1.3 Was ist eine Haushaltegenerierung?

1.3.1 Ziel und Vorgehensweise

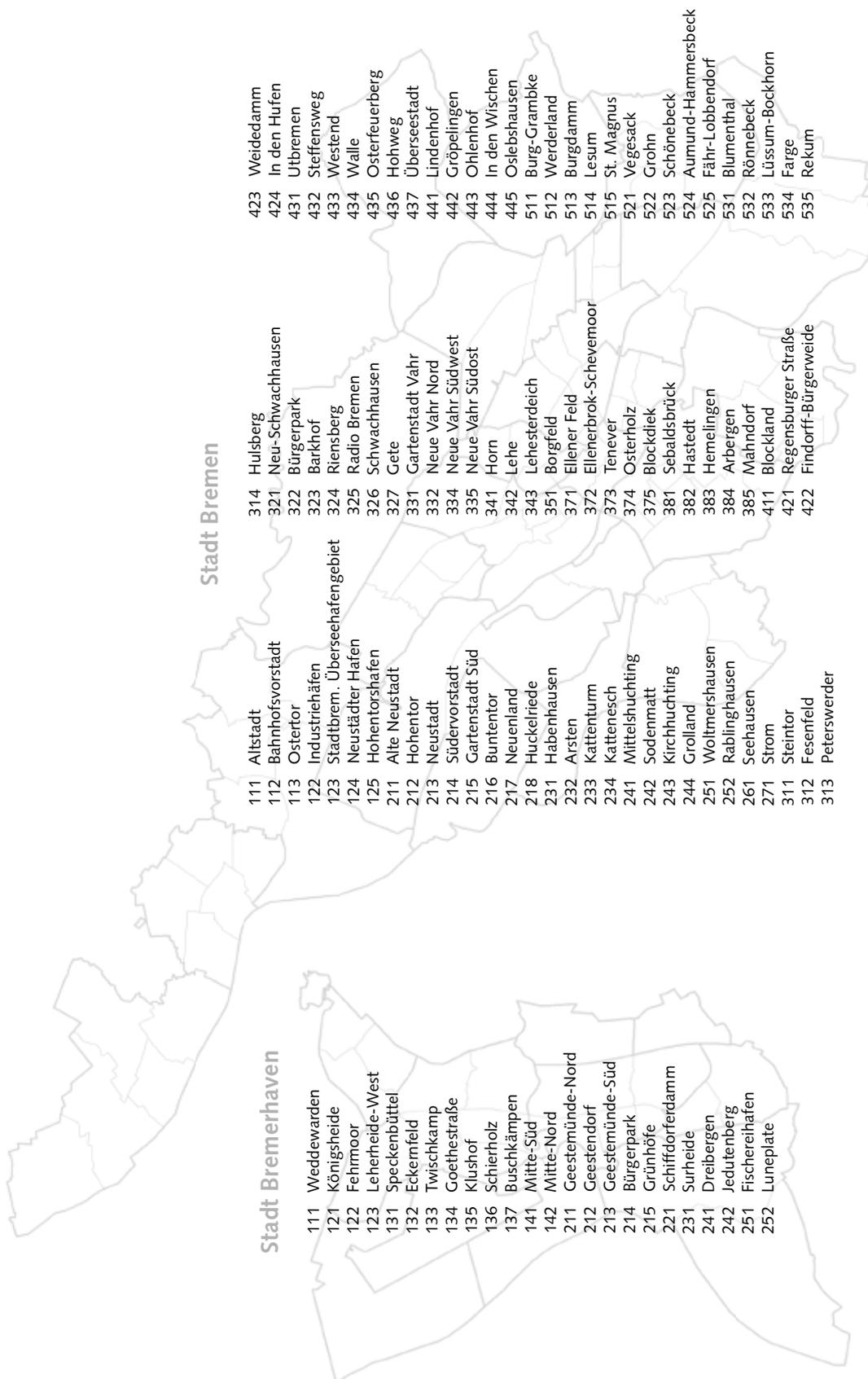
Die Haushaltegenerierung ist das Verfahren des Zensus 2011, welches als Ergebnis Informationen zu Strukturen der einzelnen Haushalte auf Ebene der Wohnungen erzeugt (z. B. Aussagen über Ein- und Mehrpersonenhaushalte und deren demografische Zusammensetzung - Wohnhaushalte). Zur Ermittlung dieser Strukturen werden alle Ergebnisse der einzelnen Erhebungsteile des Zensus 2011 miteinander innerhalb der Haushaltegenerierung zum sogenannten zensustypischen Datensatz verknüpft. Dazu werden die Angaben des Melderegisters durch die erhobenen Angaben aus der Haushaltebefragung, die Erhebung an Sonderbereichen, den qualitätssichernden Maßnahmen der Mehrfachfallprüfung sowie der Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten bereinigt und mit den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung in Wohnungen sowie dem aufgebauten erwerbsstatistischen Register zusammengeführt.

1.3.2 Die vier Schritte der Haushaltegenerierung

Das komplexe Verfahren der Haushaltegenerierung lässt sich grob in vier Schritte untergliedern:

- 1 Bildung von Kernhaushalten,
- 2 Feststellung der Wohnungsnutzer,
- 3 Bildung von Haushalten nach weiteren Kriterien,
- 4 Bildung von Haushalten nach statistischen Kriterien.

Noch: **Abbildung 1**
Ortsteilnummern und -namen der Städte Bremen und Bremerhaven



1 Kernhaushalte

Im ersten Schritt der Haushaltgenerierung werden sogenannte Kernhaushalte gebildet. Kernhaushalte beinhalten diejenigen Personen, die durch sogenannte Verzeigerungen im Melderegister miteinander verbunden sind. Darunter sind alle Verbindungen durch Verwandtschaftsbeziehungen sowie gesetzliche Bindungen (z. B. Ehe, eingetragene Lebenspartnerschaft) zu verstehen.

2 Feststellung der Wohnungsnutzer

Im zweiten Schritt werden die im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung erhobenen Wohnungsnutzerinnen sowie Wohnungsnutzer mit den Personen des bereinigten Melderegisterbestandes verknüpft. Weisen die verknüpften Personen Verzeigerungen unter ein und derselben Anschrift auf, werden sie ebenso den einzelnen Wohnungen zugeordnet.

3 Haushalte nach weiteren Kriterien

Die erhobene Anzahl der Wohnungsnutzerinnen und Wohnungsnutzer je Wohnung aus der Gebäude- und Wohnungszählung ist im vorletzten Schritt der Haushaltgenerierung das maßgebende Kriterium. Hierbei werden noch zu verknüpfende Personen nach ausgewählten Merkmalen des Melderegisters in die noch „freien Plätze“ der Wohnungen eingeordnet.

4 Haushalte nach statistischen Kriterien

Alle Personen, die noch keiner Wohnung zugeordnet sind, werden im letzten Schritt der Haushaltgenerierung nach bestimmten statistischen Durchschnittswerten verknüpft (z. B. durchschnittliche zur Verfügung stehende Wohnfläche je Person).

Im Ergebnis liegt der zensustypische Datensatz für jede Person mit ihren soziodemographischen Merkmalen und der Zuordnung zu einem Wohnhaushalt in einem Gebäude mit Wohnraum an einer Anschrift vor.

2 Kleinräumige Analyse der Zensusergebnisse - Kleinräumige Bezugssysteme

Voraussetzung zur Arbeit mit Einzeldaten des Zensus 2011 ist das Gebot der Abschottung und Geheimhaltung der datenverarbeitenden Stellen (§22 Abs. 2 ZensG i.v.m. §16 Abs. 5 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke – kurz:

Bundesstatistikgesetz - BStatG). Die Ergebnisse des Zensus 2011 sind von ihrer Struktur dahingehend geeignet, umfassende untergemeindliche und kleinräumige Analysen mit dem zensustypischen Datensatz oder den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung durchzuführen; dies ist aber erst nach dem zweiten Veröffentlichungstermin vorgesehen.

Auswertungen unterhalb der Gemeindeebene unterliegen der kommunalen Hoheit und Verantwortung. Die Kommunen führen hierzu in den Statistikstellen und Ämtern sogenannte Kleinräumige Bezugssysteme bzw. sogenannte Kleinräumige Gliederungen. Mithilfe dieser Kleinräumigen Bezugssysteme sind die Kommunen in der Lage, Einzeldaten zu regionalisieren und auf untergemeindlicher Ebene Auswertungen vorzunehmen.

Kleinräumige Bezugssysteme ermöglichen den Kommunen weiterhin, die Ergebnisse des Zensus 2011 mit Geographischen Informationssystemen (GIS) aufzubereiten und Visualisierungen sowie Analysen auf Basis von Raumbezügen und räumlichen Einheiten, durchzuführen.

2.1 Was sind kleinräumige Analyseeinheiten?

Das Kleinräumige Bezugssystem enthält in der Regel für jede Anschrift einer Kommune die Zuordnung zu statistischen, administrativen und planerischen Ebenen sowie weiterhin zu Gebietseinheiten wie Postleitzahl- oder Schuleinzugsbereichen, Polizeirevieren, Feuerwehrbezirken, Flächennutzungsplanung (vorbereitende Bauleitplanung), Finanzamtsbezirken oder Wahlbezirken und -kreisen oder Verkehrszellen bzw. lebensweltlichen Planungsräumen. Diese Ebenen und Gebiete können jeweils als eigenständige Analyseeinheiten betrachtet werden, unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der fachlichen Verwendung bzw. Fragestellung und besonders in Hinsicht auf Ansprüche an Geheimhaltung und Datenschutz.

Das Land Bremen besteht administrativ aus seinen beiden Städten Bremen und Bremerhaven. Bremerhaven lässt sich in 2 Stadtbezirke, 9 Stadtteile und 24 Ortsteile gliedern, die Stadt Bremen gliedert sich in 5 Stadtbezirke, 19 Stadtteile und 88 Ortsteile (Abbildung 1).

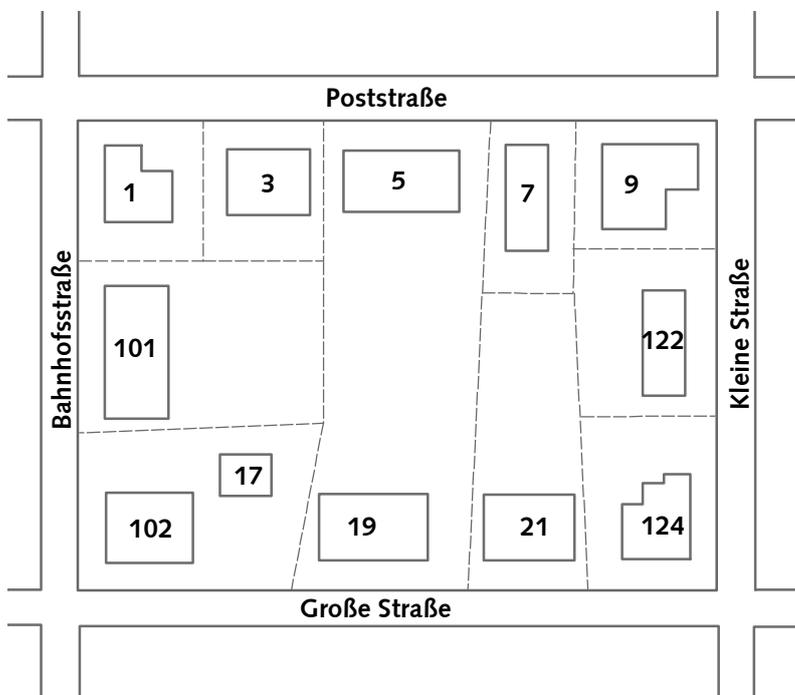
Statistische Ebenen in der Stadt Bremen sind die rund 6 000 Baublöcke und die Ebene der Ortsteile.

Die kleinste räumliche Einheit der Zensusergebnisse zum Frühjahr 2014 bildet ein Gebäude an einer Anschrift mit Straßenname und Hausnummer bzw. ggf. weiteren alphanumerischen Hausnummernzusätzen. Im Rahmen des Zensus 2011 ist diese Analyseeinheit jedoch aus datenschutzrechtlichen Gründen nur sehr bedingt einsetzbar und nicht für Veröffentlichungen geeignet. Die Angaben zur Anschrift müssen zwei Jahre nach der Datenlieferung gelöscht werden. Die kleinste räumliche Einheit, für die Daten veröffentlicht und langfristig gespeichert werden dürfen, ist nach § 10 Abs. 2 BStatG die Blockseite bzw. der Baublock. Ein Baublock wird als räumliche Einheit definiert, die durch natürliche Grenzen oder Infrastrukturen (Straßen, Wasserflächen, Bahnlinien) umgeben ist und als geschlossene Einheit von Gebäudekörpern als „Quartier“ betrachtet werden kann. Die Blockseite meint dabei eine bestimmte Seite des Baublocks (Abbildung 2) z. B. entlang eines Straßenzuges. Baublöcke dürfen in ihrer Ausdehnung keine Bezirks-, Stadtteil- oder Ortsteilgrenzen überschreiten, um eine eindeutige Zuordnung der statistischen zu administrativen Ebenen zu gewährleisten.

2.2 Kleinräumige Analysen – Ein Anwendungsbeispiel

Die Palette der Anwendungsbeispiele kleinräumiger Analysen ist breit gefächert. Als Anwendungsbeispiel für kleinräumige Analysen wurden die Daten der Volkszählungen 1968 und 1987 für einen Raumausschnitt auf Baublockebene nebeneinander gestellt. Der Ortsteil Tenever bietet durch seine städtebauliche Entwicklung in den 1970-er Jahren einen geeigneten Anwendungsfall zur beispielhaften Darstellung einer kleinräumigen Übersicht der Veränderungen zwischen den Zählungen. In Abbildung 3 ist Tenever mit seiner Wohnungsdichte (Wohneinheit je Hektar) für jeden einzelnen Baublock kartographisch dargestellt. Der kartographische Vergleich der beiden Gebäude- und Wohnungszählungen zeigt sehr deutlich die vorangeschrittenen städtebaulichen Veränderungen der rund 20 Jahre zwischen den Zählungen. Im Jahr 1968 weist lediglich ein kleiner nordwestlicher Teil Tenevers dichte Wohnungsstrukturen mit 50 bis 200 und mehr Wohneinheiten je Hektar auf, wogegen der überwiegende Teil des Ortsteils mit bis zu 10 Wohneinheiten je Hektar als gering

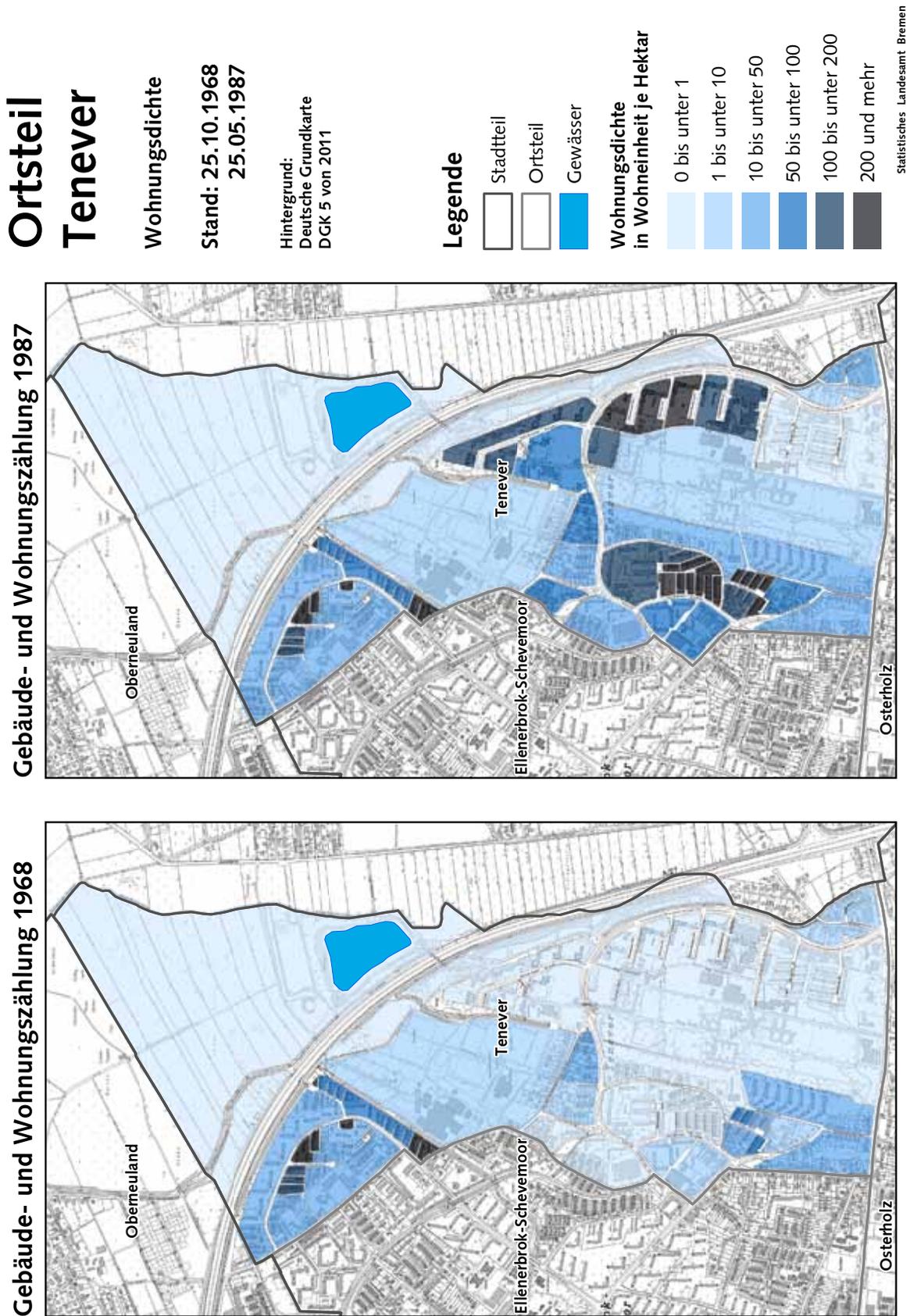
Abbildung 2
Schema eines Baublocks mit vier Blockseiten
 (nach: DST-Beiträge zur Statistik und Stadtforschung 1979, Heft 15)



besiedelt beschrieben werden kann. Wird der Kartenausschnitt nach der Volkszählung 1987 betrachtet, stellt sich dieser Sachverhalt anders dar. Es ist eindeutig zu erkennen, dass ein enormer Zuwachs von Gebäuden bzw. Wohnungen stattgefunden hat. Baublöcke, die 1968 kaum Wohneinheiten je Hektar aufweisen, sind nach der Gebäude- und Wohnungszählung von 1987 durch eine sehr hohe Wohnungsdichte geprägt. Dies gründet auf dem Demonstrativbauvorhaben in Tenever unter dem damaligen Städteleitbild „Urbanität durch Dichte“, welches durch Hochhausstrukturen Ende der 1960-er bis 1970-er Jahre umgesetzt worden ist und bis heute noch in mancher Hinsicht charakteristisch für den Ortsteil ist.

Dieser Vergleich zwischen den Zählungen 1968 und 1987 zeigt auf, welche Möglichkeiten Analysen auf kleinräumiger Ebene bieten. Nach dem zweiten Veröffentlichungstermin des Zensus 2011 ab dem Frühjahr 2014 können derartige Analysen auf einer aktuellen Datenbasis erfolgen. Dann werden auch die bestehenden, z. T. interaktiven, Datenangebote für die Stadt Bremen auf Ortsteil- und Baublockebene aktualisiert sein.

Abbildung 3
Beispiel für eine kleinräumige Analyse auf Baublockebene



Statistisches Landesamt Bremen

An der Weide 14–16
28195 Bremen
Telefon: +49 421 361-25 01
E-Mail: office@statistik.bremen.de

www.statistik.bremen.de

Straßenbahn/Bus:
Haltestelle Hauptbahnhof

Auskunftsdienst:
Telefon: +49 421 361-6070
E-Mail: info@statistik.bremen.de

Öffnungszeiten:
Montag bis Donnerstag
9.00 bis 15.00 Uhr
Freitag
9.00 bis 14.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

